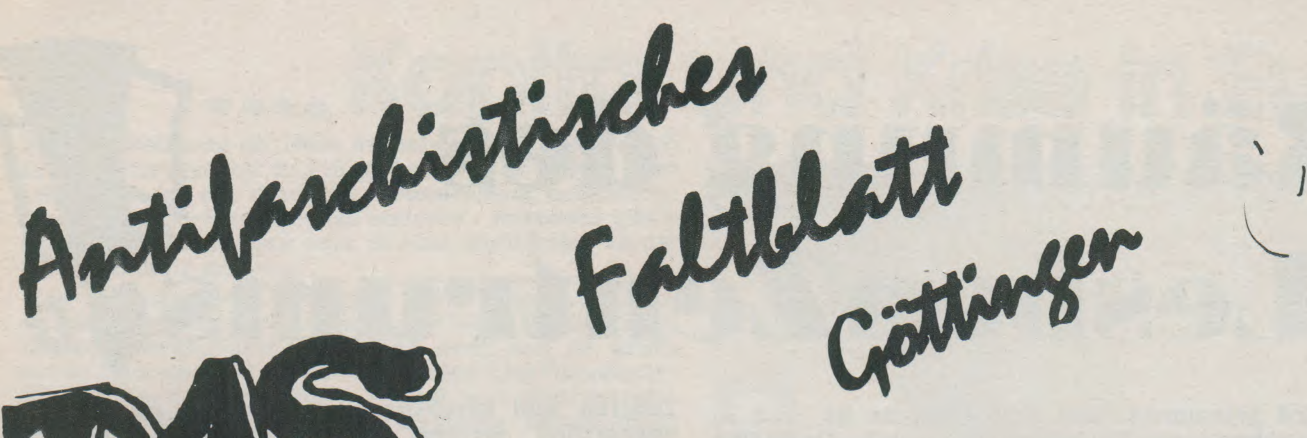


1,50

Februar '93

DAS NESTBESCHMUTZ

GESCHICHTE

DOKUMENTE

KRITIKEN

Inhaltsverleitung:

Wozu verleiten?

Tjaaaaaaa, das Nestbeschmutz, daß euch unverschämt angrinst, würde gerne zu mehr und genauerem Nachdenken und diskutieren verleiten. Wir hätten auch nichts dagegen, würden daraus praktische Konsequenzen gezogen: Glotze aus dem Fenster, keine Miete und Steuern o.ä. bezahlen, Flüchtlinge verstecken helfen, die Kohle in alternative Projekte stecken, auf die Straße gehen, sich und die unterschiedlichen Geschichten wahrnehmen - um dann die Parrs, Schmierwaters, Hans-Hugos, die Wills und Fischers - das Göttinger Panoptikum der grausam-normalen Peinlichkeiten (und ihrer Entsprechung in Kohl&Kotz) aus ihren Sesseln hochzujagen, und anzufangen, das Leben selbst in die Hand zu nehmen.

Gemeinsam rausfinden, was das Gegenteil des strukturell mordenden und zerstörenden Apparates ist, gemeinsam die Verwertungs- und Ausgrenzungssachzwänge zu begreifen, um eine Ahnung davon zu kriegen, was wir in und um uns bekämpfen müssen.

Nun ja, die Widersprüche, die die Revolution auf morgen vertagen, sind so schreiend, daß wir die Zeitung mit zugehaltenen Ohren produzieren.

Die Widersprüche fangen damit an, daß wir uns mit revolutionären Ansprüchen konfrontieren, die einen Wohn-, Arbeits- und Beziehungsalltag in unsere radikale Theorie und Praxis miteinzubeziehen versuchen. Meist verschwimmt alles im Meer der alltäglichen Probleme und hinterläßt Zweifel und Zynismus.

Wir als Gruppe, die sich diesem Berg stellen will (Idioten! d.T.), finden uns wieder in dieser autonomen Szene, die auf diese Überforderung entweder mit Rückzug oder vereinzelten Reaktionen reagiert, sodaß ehemalige Selbstverständlichkeiten kaum noch als solche gelten: der FrauenLesben-Kampf gegen die Sanierung oder der Kampf gegen die rassistische Alltagspraxis werden selbst von Teilen der Szene immer weniger wahrgenommen.

An die Großmachtprojekte des vereinten und verdammten Deutschlands, sich von der Nazi-Vergangenheit zu lösen und weltökonomisch und -politisch zur altbekannten Bestie zu wachsen, trauen wir uns kaum mehr heran. Außer Symbolik - die Medien freuen sich darüber, daß wir uns auch noch mal sehen lassen - bleibt meist nur die resignative Erkenntnis, daß im Moment jede Bewegung ihre Grenzen hat.

Für uns ist das ein Grund, Diskussionen um das zu fördern, was das Umsetzen von Radikalität betrifft, das heißt, was linksradikale Praxis noch soll, welche theoretischen und gründlichen Auseinandersetzungen es erfordert.

Eine Linke, die sich ursprünglich in ihrer Geschichte durch die Kritik an der humanistischen und scheinheiligen Moral des liberalen Teils der Gesellschaft unterschied, in dem sie militante Praxis einforderte, die die Strukturen angreifen wollte und radikale Kritik zur Grundlage hatte, verkommt zu ihrem Gegenteil. Der moralische Part wird selbst übernommen, die Militanz wird zum Abreagieren und die radikale Kritik hängt in der Luft - ohne Vermittlung.

Deshalb: in dieser Ausgabe ein langer Text einer autonomen Gruppe zur Vergangenheit des Antifa-Widerstandes der letzten Jahre; weitere Auseinandersetzung um antiimperialistische Begrifflichkeit; außerdem geht es um die kapitalistische Krise in Europa.

Einen anderen Schwerpunkt bedeuten die Texte, Redebeiträge, Briefe, zu der schleichenden, systematischen , abstrakt funktionierenden Praxis des Apparates: die männlich arrogante Kündigung der FrauenLesben aus ihrem Haus und die rassistische Alltagspraxis des völkischen Deutschlands, dessen Vertreter von Blechbüchsen, wie den deutschen Bürokraten und den politischen Parteien, ausgeübt werden. Unterstützt durch Teile der breiten Bevölkerung, weil sie weiter an die Illusion glauben, so schlecht, wie sie sich benehmen, wären sie etwas besseres.

Ein anderer Block setzt sich mit der Vergangenheitsbewältigung der Deutschen auseinander, nach dem Motto, wer die Vergangenheit beherrscht, beherrscht die Zukunft: Kontinuität der Justiz im Verurteilen antifaschistischen Widerstands, Paderborner Antisemitismus und ein Beitrag zum 129a, ein Verweis auf heutige Gesinnungsjustiz.

Nicht abgedruckt wurde eine Kritik an dem Organisierungsvorschlag der Antifa (M), nicht weil wir die Diskussion unterdrücken oder behindern wollen (Ehrenwort! d. Red., Na,na! d.T). Uns ist der Text einer Gruppe aus Südniedersachsen zu voll von Ungereimtheiten und wir waren uns zu unsicher, ob das tausendfach verbreitet werden sollte. Deshalb ist er im Ordner mit einer Begründung von uns.

Zum Schluß wollen wir nochmals betonen, daß der radikale Widerstand sich in dem Widerspruch bewegt, dem herrschenden Druck widerstehen zu müssen, aber auch nicht zu vergessen, im Widerstand die Reflexion beizubehalten, die einstmals uns zu Linken werden ließ. Die Panik und Trauer sind beständige Begleiter der radikalen Szene geworden; wir arbeiten daran, daß Reflexion, Kritik und militanter Ausdruck dessen, Begleiter wird.

Wir kämpfen weiter dafür, daß die herrschenden Kohlköpfe, ihre völkische Basis, die extreme Rechte um Schlechthuber und Unfrey bald wieder mit einer politischen Praxis konfrontiert werden, die unsere Widersprüche, Zweifel und Fragen mitaufnimmt und auf Utopien beharrt, die ein besseres Leben im Schlechten bedeuten könnten.

Nestbeschmutz '93

Niemand weiß, wohin die Reise geht ...



Keine Räumung des FrauenLesbenZentrums!

Nach 1 1/2-jährigenmMietstreit, Kündigungsdrohung und tatsächlicher Kündigung und einem anschließenden Räumungsprozeß zwischen der Stadt Göttingen und dem FrauenLesbenZentrum (FLZ) wird es jetzt zu der Konfrontation kommen, die im Vorgehen der Stadt und der Parteien von Anfang an angelegt war. Trotz Verzögerungstaktik und Vertuschungsversuche wird das passieren, was eine Kündigung in dieser Gesellschaft in letzter Konsequenz politisch bedeutet: die Durchsetzung des Machtanspruches per Eigentumtitels mit allen Mitteln gegen die eigentlich die Räume nutzenden und erhaltenden Mieterinnen. Seit dem Ausgang des juristischen Prozesses zugunsten der Stadt am 3.2.1993 droht die Stadt mit einer polizeilichen Räumung des Gebäudes.

So läuft die Strategie der Stadt: Denn, wenn andere Formen der Machtausübung von Seiten der Herrschenden scheitern, nämlich die Formen der "sanften" Disziplinierung, der Integrationsversuche und der Plädoyers an die Einsicht in die vermeintlichen Sachzwänge (alles Methoden, die in dieser Gesellschaft als "vernünftig" verkauft werden), wird zu offen repressiven Mitteln gegriffen.

Die Stadt wiegt sich in Sicherheit, dies durchziehen zu können (in der Hoffnung, daß es möglichst unauffällig geschieht, versteht sich), weil es doch ein Argument gibt, das von der politischen Bedeutung der Kündigung ablenkt und das jede Bürgerin und jeder Bürger in dieser Konsum- und Leistungsgesellschaft versteht: Kosten und Geld, also vermeintliche Sachzwänge (...doch wo kommen die "Sachzwänge" her...und wo versteckt sich der politische Handlungswille...?). Und es wird gesprochen, der Erhalt des Vorderhauses in der Düsteren Straße (Das FLZ befindet sich im Hinterhaus.) wäre zu teuer geworden, nachdem jahrelang am Haus nichts gemacht wurde, sprich: es bis zur Baufälligkeit runtergewirtschaftet wurde.

Da wird gejammert, daß kein Geld da ist, und so manche überteuerte Bushaltestelle entsteht. Da werden Göttinger Frauenprojekte gegeneinander ausgespielt, wenn es um die Vergabe von eh zu knappen Haushaltsgeld für FrauenLesben geht und nicht gefragt, warum Männer überdacht Fußball gucken müssen, ganz zu schweigen von dem geplanten Golfplatz.

Aber: es gibt keine bedauerlichen Sachzwänge, sondern nur politische Entscheidungen. Die Stadt will das FLZ aus politischen Gründen loswerden und schiebt "Sachzwänge" vor, durch die sich auch noch der Verantwortung des eigenen Handelns entledigt werden soll. Jede politische Auseinandersetzung kann so umgangen werden, und die bodenlose Doppelzüngigkeit der PolitikerInnen funktioniert weiter: auf der einen Seite die Praxis von Repression und Ausgrenzung (Kürzungungen, Abschiebungen, Räumungen, Kriminalisierung...) und auf der anderen Seite das Interesse, ein Bild von Liberalität und Toleranz abzugeben, denn auf solche Weise läßt's sich leichter regieren.

In der Realität sieht das dann so aus: Es ist bezeichnend, daß sie einen politischen Raum für FrauenLesben schließen wollen, in dem versucht wird, radikale Politik- und Lebensansätze zu diskutieren und zu entwickeln. Gleichzeitig werden von den Parteien Gleichstellungsstellen eingerichtet und gefördert, die über keine eigenständigen Entscheidungs- und Handlungsbefugnisse verfügen können. Ähnliches läuft in der Asylpolitik und Rassismus-Diskussion. Eklatantes Beispiel dafür ist die versuchte illegale Abschiebung einer Roma-Familie aus Göttingen durch die Kreisverwaltung (siehe auch Artikel dazu in diesem Nestbeschmutz) und die gleichzeitig laufende, groß angelegte Plakataktion der Stadt mit dem Motto: Eine Stadt sagt nein zu Rassismus und Gewalt!

Deshalb ist es eben kein Zufall, daß gerade autonome Zentren und Strukturen von Frauen und Lesben angegriffen werden. In diesen wird versucht, patriarchale Strukturen, die diese Gesellschaft ausmachen und funktionieren lassen, zu benennen, grundlegend zu hinterfragen und zu bekämpfen. Hier wehren sich FrauenLesben gegen die ansozialisierte Zwangsheterosexualität und gegen die vielen Ausformungen von Frauenbildern, die das patriarchal-kapitalistische System tragen.

In der Unbequemheit dieser Ansätze liegt der Grund, warum die Stadt das Zentrum wegsanieren läßt. An den Grundpfeilern der Gesellschaft soll nicht gerüttelt werden.

Unser Selbstverständnis bestand und besteht jedoch nicht darin, mildtätige Unterstützung von der Stadt zu erbetteln, sondern offen zu fordern, daß FrauenLesben ein Zentrum zusteht.

Die LesbenFrauen bleiben in ihrem Haus in der Düsteren Straße 21. Deshalb sind alle, die dort arbeiten, ihre Gruppen haben, zu kulturellen und politischen Veranstaltungen kommen, etc... ab jetzt konkret von der Räumung bedroht. Die Konfrontation mit der Stadt erreicht ihren Höhepunkt. Inwieweit die Stadt ihre Politik durchziehen kann, liegt an uns allen und dem politischen Druck, den wir dieser Entscheidung entgegensetzen.

SIE SOLLEN DAS HAUS NICHT STILL UND LEISE RÄUMEN KÖNNEN !!! KOMMT ZUM ZENTRUM, KOMMT INS ZENTRUM!!!

FrauenLesben, denkt nicht, daß es Sachzwänge sind! Es sind unsere selbstgeschaffenen Strukturen, die sie angreifen!

FÜR DIE ERHALTUNG ALLER AUTONOMEN FRAUENLESBENPROJEKTE!!!

Die Frauen der Redaktion

Gegen: -Sanierung-Wohnungspolitik
-frauenfeindliche Politik
-Diskriminierung von Lesben

WIßT, DAß IN DER HÄLFTE DES HIMMELs DER STURM TOBT
KEIN VERKAUF des FrauenLesbenZentrums
Dies bleibt unser Haus
Für einen starken LesbenFrauenMädchen Widerstand

... denkt nicht, daß es Sachzwänge sind! Es sind unsere selbstgeschafffenen Strukturen, die sie angreifen!

Achtet auf Aktuelle Aushänge und Flugis

Gegen Yuppiisierung, Luxussanierung der Innenstadt

Redebeitrag des FrauenLesbenzentrums zur Sanierungs- und Wohnungspolitik vom 5.9.1992

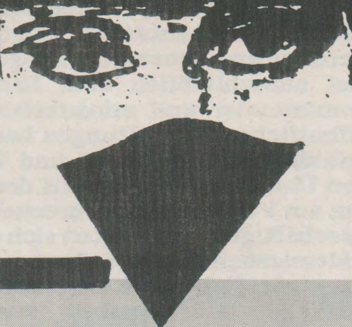
Der Lebensraum auf dieser Erde wird nach männlichen Vorstellungen von Bedürfnissen aufgeteilt und ausgebeutet. Im großen Stil durch Kolonialisierung, gnadenlose Ausbeutung von Naturressourcen, Zwangsumsiedlungen...
Die Ausbeutung des Trikonts durch die Metropolen und die durch die herrschende Stadtplanung entstandene Trennung zwischen Innenstadt (reich) und Stadtrand (arm) basieren auf den gleichen Machtstrukturen. Die Wohnungs- und Sanierungspolitik ist Teil der Lebensraumverteilung durch den Mann. Diese Politik stützt sich auf Funktionalität, Rationalität, alles im Sinne der Profitmaximierung.
Die Stadtplaner teilen Raum in die Funktion "Arbeit", "Wohnen", "Freizeit" ein - für den Mann.
Die Gewichtung dieser einzelnen Funktionen ist auf wirtschaftliche Profitinteressen ausgerichtet. Große Unternehmen, Banken usw. sind zentral angesiedelt, die Funktion "Wohnen" wird an den Stadtrand gedrängt. In dieser Stadtplanung tauchen Frauen und Lesben nicht auf. Ein Großteil ihrer Arbeit und damit ihr Platz in dieser Gesellschaft verschwindet in der der Funktion "Wohnen". Damit werden gerade sie an die Peripherie verbannt.
Auch in Göttingen wird die Innenstadt seit Jahrzehnten kaputtsaniert. In den 60er Jahren wurde z.B. ein ganzes Viertel, das Reitstallviertel, zerstört. Billiger, alter Wohnraum, teilweise unter Denkmalschutz, mußte den Profitinteressen von Stadt und Pudding-Oetker weichen. Was dabei herausgekommen ist??? Schaut Euch um!. Es gibt noch viele Beispiele, wie auch die der Neustadt, in der alte Häuser durch potthäßliche, teure Wohnbunker ersetzt wurden.
Hinter dieser Vorgehensweise, billigen Wohnraum zu Einzelparzellen oder Geschäftsräumen umzuwanden, steckt ein klares Kalkül. Die neu entstandenen Luxusappartments werden das Mietpreisniveau in die Höhe treiben; Menschen mit duchschnittlichem Einkommen werden an den Stadtrand verdrängt. Spekulanteninteressen und bevölkerungspolitische Maßnahmen der Stadt gehen hier Hand in Hand. Die Stadt beschreibt ihre Interessen klar im Planungsleitbild für die Innenstadt:
"Die Sanierungsmaßnahmen, die privaten Neubauvorhaben und Moderinsierungen werden das Wohnungsangebot auf lange Sicht insgesamt so verbessern, daß die Innenstadt nicht in dem jetzigen Ausmaß Zufluchtsort für Schichten mit geringem Einkommen ist."
Vor diesem Hintergrund erklärt sich, daß in Göttingen gesetzliche Möglichkeiten wie Beschlagnaheme von Wohnraum und Zweckentfremdungsklagen von der Stadt nicht wahrgenommen werden. Diese produziert sogar künstlich einen Mangel an billigem Wohnraum in der Innenstadt, da dort mit ihrer Unterstützung Wohnungen
- abgerissen oder zerfallen gelassen werden,
- umgewandelt werden in Eigentumswohnungen,
- zweckentfremdet werden (Wohnraum wird in Geschäftsraum umgewandelt),
- luxusmodernisiert werden in 1-Zimmer-Appartments.

Die in letzter Zeit duchgeführte Sanierung der Göttinger Innenstadt soll die Attraktivität Göttingens als Einkaufsstadt sichern. Dabei schielen die Stadtväter auch auf die Expo 2000 in Hannover, um von dort finanzkräftige Besucherinnen nach Göttingen zu locken. Die Fußgängerzone wird immer mehr erweitert. Wohnraum, wenn noch vorhanden, existiert erst ab dem 2. Stock, um die Geschäftszone nicht zu unterbrechen. eine reine Konsumzone entsteht, vereinzelter teurer Wohnraum dient nur noch der Belebung der Innenstadt. Es soll ein klinisch sauberes Bild von Göttingen entstehen. Alte Menschen, Wohngemeinschaften, Menschen aus anderen Ländern, Menschen mit niedrigem Einkommen, alternative Projekte, Frauen/Lesben stören dort. Die Kündigung des FrauenLesbenzentrums in der Düsteren Straße paßt gut in dieses Bild. Die Stadt duldet keine Unruheherde mitten in der Innenstadt.
Im Zentrum wird politische Selbstbestimmung gelebt und in kollektiven Strukturen gelebt und gearbeitet. Die Stadt versucht aber ja gerade durch Vereinzelung der Menschen in Wohnklos oder in Einzelappartments, eine Organisierung und damit eine Möglichkeit zum Aufbegehren zu verhindern.
Projekte wie das FLZ sind ihr da ein Dorn im Auge. Durch ihre Politik wollen sie uns nicht nur das Zentrum nehmen, sie zwingen alte Frauen/Lesben, die ihre Miete nicht mehr zahlen können in Altersheime, die Ungewißheit, ein Dach über dem Kopf zu finden, zwingt viele Frauen, in Abhängigkeits- und Gewaltverhältnissen von Männern zu bleiben. Für ausländische Frauen ist die Schwierigkeit, eine Wohnung zu finden, mit der Drohung der Ausweisung verbunden. Durch die starke Aufteilung von Wohnraum in kleine Appartments bzw. Wohnungen wollen sie uns zwingen, allein zu wohnen oder als Kleinfamilie, d.h. mit Mann. Frauenbezogenes Leben zu vielen ist kaum noch möglich.
In letzter Zeit wehren sich immer nehr Menschen gegen diese lebensvernichtende Politik. Nach dem Motto "Die Häuser denen, die sie brauen" wurden in Göttingen wieder Häuser besetzt, wie im Bojeweg, in der Stege, aber auch von den Bullen wieder geräumt. Gestern ist nach ziemlich kurzer Zeit das besetzte Haus in der Weender Straße von den Bullen geräumt worden.
Wir schicken solidarische Grüße an alle Menschen, die gegen diese Herrschafts- und Besitzverhältnisse Widerstand leisten, aber besonders an die, die gestern in der Weender Straße versucht haben, mit der Besetzung ein Zeichen für Widerstand in Göttingen zu setzen, die für ein selbstbestimmtes, menschenwürdiges Leben kämpfen!

KAMPF FÜR UNSERE HÜTE - KRIEG DEN PALÄSTEN!!!

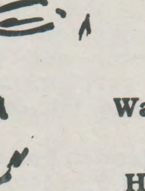
Für Autonome FrauenLesbenStrukturen und den Erhalt aller FrauenLesbenProjekte





Schierwater im Sommer '92:

Sie sind doch junge, intelligente und gesunde Frauen - warum brauchen Sie ein Zentrum???



Warum brauchen Sie ein Rathaus, Herr Schmierwater???

FLZ informiert

Dokumentation aus einem Flugblatt des FLZ:

Der Prozeß im Mietstreit Stadt Göttingen gegen FIZ geht in die letzte Runde, die Urteilsverkündung steht kurz bevor, wieder einmal ein Beweis, für die kontinuierlichen Bemühungen der Stadt, FrauenLesben-Strukturen und -Geschichte zu zerstören.
Eine Geschichte, die in den letzten beiden Jahren von Querelen mit der Stadt, Korruptionsversuchen der PolitikerInnen und Lügenmärchen von uns "wohlgesonnenen" Parteifrauen bestimmt war.
Als vor zwei Jahren Gerüchte um den Verkauf des FLZ's auftauchten, versuchten die Parteifrauen schon im ersten Informationsgespräch, uns mit Druck auf ihre politische Linie zu bringen. Es ging ihnen nicht nur um den Verkauf, sondern auch um ein von uns verfaßtes Wahlboykottflugblatt, in dem wir klar unsere Ablehnung der institutionalisierten VertreterInnenpolitik darstellten und uns für autonome Strukturen einsetzten.
Vor diesem Hintergrund sahen die Parteifrauen sich nicht in der Lage, uns im Kampf für den Erhalt des FLZ's zu unterstützen.
Dieser relativ klaren Absage standen und stehen spätere, halbherzige Unterstützungsbekundungen entgegen. Heuchlerische Versuche, den politschen Schaden so klein wie möglich zu halten. (...)

Zum Auftritt der Bullen in der letzten Zeit

Am 3.2.1993 fand nach der Urteilsverkündung im Räumungsprozeß gegen das FLZ eine spontane Kundgebung von FrauenLesben in der Innenstadt statt. Doch bevor die Redebeiräge verlesen werden konnten, zeigte die mobile Bullerei Göttingen, wie sie ihr Geschäft versteht.
Davon ausgehend, daß diese Frauen für Farbschmierereien im Rathaus verantwortlich seien, waren sie scharf darauf, ihre Personalien festzustellen (oder sollten den Kriminalisierungsstrategen mal wieder ein paar Namen fehlen ...).
Mitten in der FußgängerInnenzone schoß eine Zivilstreife auf die Frauengruppe zu und zwang sie so zum Stehenbleiben. Daß es bei dieser Aktion nicht zu Unfällen auch von anderen PassantInnen gekommen ist, kann eine nur zynisch als Glück bezeichnen. Doch auch die Kollegen, die von hinten die Frauen zusammendrängten und einkesselten, fühlten sich sichtbar wohl in ihrer männlichen Bullenmanier, vermeintliche Straffällige in den Griff zu bekommen. Sie zwängten die Frauen nicht nur gegen die Häuserwand bei Kron & Lanz, sondern standen in Knüppelbereitschaft davor. Für viele AugenzeugInnen wurde klar, hier will wer seine Macht beweisen. Und wer das "wer" ist, ist wohl klar: die Bullen - und die, die hinter den Bullen stehen: die PolitikerInnen und die Stadt. Wiedereinmal werden die Bullen gebraucht, um die herrschende Politik in der Praxis um- und durchzusetzen, die der Rat gegen die Frauen und Lesben durchziehen will.
Nachdem die Bullen alle Daten schön gespeichert hatten verzogen sie sich wieder.
Schon hier fragte sich eine, ob es mit der Deeskalationsstrategie der Bullen und PolitikerInnen in Göttingen ein Ende hat, wenn die politische Situation sich zuspitzt. Am nächsten Tag sollte eine erneute Antwort gegeben werden. Denn an diesem Donnerstag wurden die Parteibüros von SPD, FDP und CDU von einigen Menschen aus autonomen Zusammenhängen besucht und für eine kurze befristete Zeit besetzt, um damit gegen die Asylgesetzänderung und gegen die angedrohte Räumung des FLZ zu protestieren. (siehe auch andere Artikel dazu in dieser Ausgabe). Nach der kurzen Besetzung, die mehr symbolischen Charakter hatte als irgendwem der Freiheit beraubte, fahndeten die Bullen nach vermeintlichen TäterInnen. Auch sie waren scharf auf Personalien. Doch so haarsträubend es auch ist, sie fanden keinen "sichereren" Ort dazu als den von vielbefahrenen Straßen. An der Bürgerstraße und an der Weender Straße am Idunazentrum stürmten sie auf kleine Menschengruppen los.
Und wenn hier die Parallelität zu den Mord an Conny, die hier vor 3 Jahren vom ZSK (ZivilemStreifenKommando) in den fließenden Verkehr getrieben wurde, nicht gesehn wird, fällt uns auch nichts mehr ein. Wie damals wurde gezielt eine Paniksituation geschaffen: Bullen in Knüppelbereitschaft, dem Ziel der bedingungslosen Verfolgung und schnell fließender Verkehr. Auf diese Art und Weise sollen Menschen in kritischen Situationen verängstigt, aufgerieben und überfordert werden, wird ein "Unfall" mit Todesfolge von den Staatsbeamten in Kauf genommen.

Nachwievor fordern wir:

- KEINE KRIMINALISIERUNG DER BETROFFENEN
- WEG MIT DEM ZSK

HINTER DEN BULLEN STEHEN DIE VERANTWORTLICHEN POLITIKERINNEN !

WIR WERDEN WEITERHIN GEGEN JEDE FORM MENSCHENVERACHTENER POLITIK AUF DIE STRAßE GEHEN !

WIR LASSEN UNS NICHT EINSCHÜCHTERN !

Ein Beamter sieht rot

oder
die dümmsten Bauern sitzen auf den dicksten Stühlen

Am Freitag, den 29.1.93, versuchte der Landkreis Göttingen auf Weisung des berüchtigten Kreisdirektors Parr, die Abschiebung einer Roma-Familie (mit 3 Kindern) durchzusetzen, deren Ausweisung zwar "rechtsräftig" beschlossen war, wogegen aber ein gerichtlicher Einspruch lief.
Brisant war diese Rechtsbeugung doppelt:
Erstens ist die Aktion Parrs durchaus als Rache zu verstehen, denn der Familie war lange Zeit in Göttingen Kirchenasyl gewährt worden, so daß sein "Zugriff" (so heißt das im Beamtendeutsch) auf sie ins Leere gelaufen war - ein deutscher, pflichtbewußter Beamter vergißt das nicht; es wurmt ihn beträchtlich.
Zweitens wurde er, bevor er die versuchte Abschiebung in Szene setzte, von den Bullen darüber informiert, daß er damit in ein schwebendes Verfahren eingreifen würde (was nichts anderes heißt, daß die Abschiebung illegal wäre) - Parr war das egal. ... nicht nur sich als Herr über Leben und Tod fühlen, es auch einmal richtig auskosten, scheint seine Devise zu sein.
Glücklicherweise konnte die Abschiebung verhindert werden. Als der Anwalt der Familie von der drohenden Abschiebung erfuhr, erwirkte er sofort eine einstweilige Verfügung gegen die Nacht-und-Nebel-Abschiebung. Die Roma-Familie saß indessen inzwischen längst im Flugzeug nach Bukarest. Als das Oberverwaltungsgericht Lüneburg (das die Anordnung gegen die Abschiebung erlies) in Frankfurt auf dem Flughafen anklingelte (was auch Parr selbst viel später tat - und keineswegs von sich aus, wie er immer wieder nicht müde wird zu betonen), hätte die Maschine eigentlich längst gestartet sein müssen - aber wegen ungünstigem Wetter hatte sie Verspätung: die Roma-Familie wurde wieder aus dem Flugzeug geholt und in den Zug nach Göttingen gesetzt.
Eine Odyssee einer Roma-Familie, die nur als vorsätzliche Quälerei zu verstehen ist; eine Nacht-und-Nebel-Aktion der als Göttinger Ausländerbehörde; ein in ein schwebendes Verfahren eingreifender Kreisdirektor Parr:
der richtige Stoff für eine Farce in 6 Briefen.
Und Parr spielte auch noch brav mit. Nachdem schon am Montag nach der versuchten Abschiebung sein Büro besucht wurde (wo die BesucherInnen ein Foto fanden, das durchaus seiner Gesinnung zu entsprechen scheint: Winston Churchill mit Stahlhelm und darunter geschrieben: Parr in the battle line), konnte er bald nicht mehr die Klappe halten und meinte, sein unsägliches Verhalten auch noch verteidigen zu müssen. Ein offener Brief der VVN (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes) und die korrekte Berichterstattung des Evangelischen Pressedienstes (epd) schienen ihm doch weit ins "Selbstbestimmungsrecht" eines deutschen Beamten einzugreifen. Statt nun still und leise zu warten, bis Gras über die Sache gewachsen wäre, weiter seine Schreibtisch-Täter-Arbeit zu tun, ohne aufzufallen, brach es mit Gewalt aus ihm raus, ganz so, als ob er sich in geradezu masochistischer Manier selbst absägen wollte.
Die Farce nach dem blutigen Ernst der versuchten Abschiebung wird hier dokumentiert. Zuerst der offene Brief der VVN, die Antwort Parrs darauf und eine weitere Antwort der VVN auf den offenen Brief Parrs; weiterhin ein Brief Parrs an epd, eine Stellungnahme des örtlichen Korrespondenten von epd dazu und ein Brief des Chefredakteurs von epd.

Erneuter Abschiebeversuch der Ausländerbehörde
hier: Familie Lakatusch

Sehr geehrter Herr Oberkreisdirektor,
ich darf Sie als Verwaltungs-Chef und langjähriges Mitglied der Gewerkschaft ÖTV auf die Dokumentation "Judenmord und Öffentliche Verwaltung - 50 Jahre nach der Wannsee-Konferenz" aufmerksam machen, die im vergangenen Jahr von der Hauptverwaltung der ÖTV herausgegeben worden ist.
Diese Dokumentation zeigt, daß die Verwaltung auf allen Stufen des Vernichtungsprozesses maßgeblich beteiligt war. Die ersten Stufen sind sogar fast ausschließlich dem Handlungsbereich der staatlichen Verwaltung auf kommunaler und ministerialer Ebene zuzuschreiben. Die Beschäftigten der öffentlichen Verwaltungen handelten aufgrund von Vorschriften, aufgrund von mündlichen Direktiven und Vollmachten und schließlich auf der Grundlage von Übereinstimmung mit dem, was erwartet wurde.
Um am Verwaltungsverbrechen mitzuwirken, mußte jemand kein Nazi sein; die Beschäftigten beteiligten sich aus Berufspflicht, sei es zögerlich oder begeistert, widerstrebend oder teilnahmslos. Sie handelten aus verschiedenen Motiven, hauptsächlich aus Karrierestreben und Unterwürfigkeit oder aus mangelnder Courage und weniger aus ideologischen Motiven oder fanatischem Antisemitismus. In dieser Deformierung der staatlichen Verwaltung wird sichtbar, daß das Verbrechen aus der Mitte der Gesellschaft kam.
Die Arbeitsteilung in einer modernen Verwaltung fügt die zahllosen Beiträge der einzelnen Angestellten zu einem Gesamtergebnis zusammen. Heute haben Definition, Ausgrenzung oder Konzentration von Menschen nicht Vernichtung von Menschen zum Ziel. Es muß aber zum Grundwissen jedes Verwaltungsbeamten werden, daß dies schon einmal Vorstufen zum millionenfachen Mord waren. Wer dies begriffen hat, wird sensibler für Verwaltungsmaßnahmen, mit denen sich der Staat von der Einhaltung der Menschenrechte und Menschenwürde entfernt und das Prinzip der Gleichberechtigung aller Bürger und den Schutz des Lebens vernachlässigt.
Eingreifen in Rechte und Privatsphäre von Menschen gehören zum Alltag jeder Ordnungs- und Eingriffsverwaltung: die Grenzen auch im demokratischen Staat sind verschiebbar und werden täglich verschoben. Konflikte zwischen Verwaltungsvorschriften und humaner Entscheidung treten täglich auf. Deswegen ist ein bewußter, vorsichtiger Umgang mit der staatlichen Macht, an dem die Beschäftigten der öffentlichen Verwaltung teilhaben, ein Ziel, das sowohl in der Ausbildung als auch in der Verwaltungspraxis einen hohen Stellenwert haben muß.
Was geschieht, wenn sich die politische Zielsetzung der Verwaltung gegen Menschenrechte und Menschenwürde richtet? Gerade die Kenntnis der nationalsozialistischen staatlichen Verwaltung zeigt, daß man nicht abwarten kann, bevor man verantwortlich handelt: das Wegsehen vom Ergebnis ist verantwortungslos. Zwischen Staatsziel und Arbeitserledigung, zwischen Ausführungsbestimmung und Verwaltungsakt muß eine Kontrollinstanz liegen: nämlich die Verwaltungsangestellten, die Menschenrechte und Bürgerrechte, Menschenwürde und Wert des Einzelnen zum Bezugspunkt Ihres Handelns machen. Im Konfliktfall ist Zivilcourage nötig. Ein Vergleich des Judenmords mit der gegenwärtigen Abschiebung von AusländerInnen muß sich seiner Grenzen bewußt werden; Assoziationen und Vergleiche zwischen damals und heute sind jedoch notwendig, um zu erkennen und zu lernen.
Ein Mitarbeiter Ihrer Ausländerbehörde beispielsweise - vermutlich ein ganz anständiger Mensch, sicherlich selbst Familienvater -, der heute tagsüber an seinem Schreibtisch andere Menschen, i.d.R. ganze Familien, wissentlich direkt oder mit einer hohen Wahrscheinlichkeit ins Unglück stürzt und bereitwillig forsches Engagement und Kreativität bis zur Beugung der Rechtsmittel zur Erledigung dieser Aufgabe aufbringt, - worin unterscheidet sich ein solches Verwaltungshandeln eigentlich tatsächlich von dem der damaligen KollegInnen?

Mit freundlichen Grüßen i.A. George Hartwig stv. Vorsitzender

Sehr geehrte Frau Prof. Freise und Herr Hartwig,
ich habe mit großer Betroffenheit Ihr Schreiben zur Kenntnis genommen. Befremdet haben mich ebenfalls Ihre Beschimpfungen anläßlich der von Ihnen durchgeführten Demonstration am 30.01.1993. Diese große Betroffenheit teile ich nicht nur mit allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die unmittelbar die schweren Aufgaben in der Ausländerbehörde wahrnehmen müssen, sondern auch die Personalvertretung des Landkreises Göttingen wird derartig bösartige Vorwürfe und Unterstellungen nicht widerspruchslos hinnehmen.
Ihr Schreiben entspricht bis auf den letzten Absatz sowohl in der Analyse als auch in der Bewertung meinen Grundvorstellungen.
Ihren perfiden Vergleich im letzten Absatz mit den darin enthaltenen Vorwürfen und Unterstellungen ("... bis zur Beugung der Rechtsmittel ...") vermag ich jedoch nicht zu akzeptieren.
Zu Ihren Gunsten möchte ich Ihnen unterstellen, daß sie Ihre Vorwürfe in Unkenntnis des vollständigen Sachverhalts formuliert haben.
Ich erlaube mir daher, Ihnen mein Handeln in der Sache Lacatus ab Freitagmittag, den 29.01.1993, zu schildern:
Ich erhielt in der Mittagszeit vom OVG Lüneburg den Hinweis, daß die Durchführung der Abschiebung zu diesem Zeitpunkt rechtswidrig sei. Zu diesem Zeitpunkt waren leider meine Mitarbeiter und auch ich der Rechtsauffassung, daß der Abschiebung keine rechtlichen Hindernisse entgegenstehen. Nach sofortiger Überprüfung mußte ich erkennen, einen Rechtsfehler begangen zu haben.
Ich habe daraufhin persönlich unverzüglich den leitenden Polizeibeamten des Flughafens Frankfurt ersucht, die Familie aus dem Flugzeug zu holen, sie freizusetzen und den Sozialdienst zwecks sofortiger Rückführung nach Göttingen zu beauftragen. Zugleich haben Mitarbeiter die Wiederunterbringung in der derselben Wohnung sichergestellt und die Familie am Bahnhof in Empfang genommen. Sie haben sich bei der Familie für den Fehler entschuldigt und auch Ihr persönliches Bedauern zum Ausdruck gebracht.
Gegenüber den Medien und den Verfahrensbeteiligten habe ich mein Bedauern über diesen Rechtsfehler und vor allem die damit verbundene große Streßbelastung für die Familie Lacatus zum Ausdruck gebracht. Leider kann ich diesen Fehler nicht ungeschehen machen.
Ich habe ferner gemeinsam mit meinen betroffenen Kolleginnen und Kollegen die notwendigen Konsequenzen und Vorkehrungen getroffen, damit sich ein solcher Fall im Bereich der Ausländerbehörde des Landkreises Göttingen nicht wiederholen wird.
Wenn Sie, sehr geehrte Frau Prof. Friese und Herr Hartwig, angesichts dieses Sachverhalts an Ihren ungeheuerlichen Vorwurf festhalten, erfüllt dies nach meiner Beurteilung strafrechtlich den Tatbestand der Verleumdung und Beleidigung aller im Bereich der Ausländerbehörde des Landkreises Göttingen tätigen Kolleginnen und Kollegen.
Ich fordere Sie hiermit auf, umgehend Ihren letzten Absatz Ihres Schreibens zurückzunehmen.
Im übrigen betrachte ich Ihren Vergleich als schlichte Beleidigung der Opfer des Naziregimes, denn damals wurde staatliche Willkür sanktioniert. Sie haben es nicht verdient, von Ihnen für Ihre politischen und ideologischen Ziele mißbraucht zu werden.
Ich bitte um baldige Rückäußerung vor allem im Interesse meiner tief betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Hochachtungsvoll in Vertretung (Parr) Kreisdirektor

Verwaltungshandeln
Ihr Schreiben – II vom 3.2.1993 –

Sehr geehrter Herr Parr,
bedauerlicherweise war mein Schreiben vom 1.2.1993 nicht ausdrücklich mit der Anschrift des verantwortlichen Verfassers – die dem Landkreis gut bekannt ist– versehen, sonst hätte mich ihr Antwortschreiben sicherlich zumindest zeitgleich mit der Presse erreicht. so bin ich erst seit heute im Besitz ihres Schreibens. Frau Freise wird Ihnen als Vorsitzende der Göttinger VVN/BdA selbst auf Ihren Vorwurf der "Beschimpfungen" auf der Kundgebung vom 30.1.1993 antworten, der ebenso haltlos ist wie die "tief betroffenen" Unterstellungen Ihres Schreibens. Ich denke, es ist nicht der schlechteste Weg, genau hinzuhören, genau zu lesen und genau zu wissen, was man denn – zudem öffentlich – anprangern will.
Ihr Antwortschreiben erschreckt mich – nicht wegen Ihrer Auslassungen über einen strafrechtlichen Tatbestand, sondern weil ich es für äußerst bedenklich halte, wenn eine Behörde den Eindruck erweckt, nur noch wild und blind um sich zu schlagen.
Ich möchte vorweg klarstellen: die dienst– oder strafrechtliche Beurteilung des Verwaltungshandelns im vorliegenden konkreten Fall ist meine Sache überhaupt nicht, dies kann insbesondere nicht die Aufgabe der VVN/BdA sein.
Da Sie ihre Sicht des Ablaufs ausführlich schildern und Ihre Argumentation darauf stützen, erlaube ich mir dazu dennoch eine Kommentierung: Sie stellen die selbstverständlichen und unvermeidlichen Maßnahmen dar, die Sie nach der entsprechenden Anweisung des OVG Lüneburg unternommen haben; zu den Vorgängen, die zu dem offensichtlich rechtswidrigen Abschiebevorgang geführt haben, schweigen Sie. In der Presse haben Sie mit dem Verweis auf die Personalbelastung den Versuch einer Erklärung unternommen, der mich angesichts der möglichen Auswirkungen eines "Rechtsfehlers" auf menschliche Schicksale fassungslos macht. Ich nehme zur Kenntnis, daß Sie jetzt "die notwendigen Konsequenzen und Vorkehrungen getroffen (haben), damit sich ein solcher Fall ... nicht wiederholen wird". Sind diese Konsequenzen aus früheren Anlässen massiver öffentlicher Kritik demnach nicht erfolgt? Oder waren diese Konsequenzen wirkungslos geblieben? Welche Verantwortung darf ich nach dieser Äußerung dem Landkreis, den Sie derzeit vertreten, überhaupt zuschreiben?
Ich habe als Vertreter der VVN/BdA im Landesflüchtlingsrat einen recht guten Überblick über die Praxis von Ausländerbehörden in ganz Niedersachsen. Sie sollte wissen, daß der schlechte Ruf restriktiven, ausländerfeindlichen Vorgehens gerade Ihrer Ausländerbehörde nicht durch einen bösen Rechtsanwalt und durch böse Autonome begründet ist. Gerade von Ihnen, den ich als präzise, sachlich und gerade elegant arbeitenden Dezernenten in Erinnerung habe, erstaunt mich daher die unbesonnen wirkende, klobige Reaktion um so mehr.
Ein weiteres: Die Familie Lacatus ist durch das Kirchenasyl sicherlich die bekannteste Asylbewerber–Familie in Göttingen. Wenn Ihrer Behörde bei dieser Familie das unterläuft, was Sie einen "Rechtsfehler" nennen, können Sie meine Sorge nachvollziehen, wie es dann erst wohl Betroffenen ergehen mag, die nicht im Rampenlicht der Öffentlichkeit stehen?
Zum eigentlichen Kern Ihres Schreibens:
Sie stimmen meinem Schreiben in der Analyse und der Bewertung zu, jedoch nicht dem letzten Absatz. Diese Logik erstaunt mich, denn die Analyse und Bewertung bezieht sich eben nicht auf die Sanktionierung staatlicher Willkür, sondern auf die Erkenntnis, daß diese staatliche Willkür, die Aussetzung und Verletzung von Menschen– und Lebensrechten nur möglich war durch die gedankenlose oder willfährige Mitarbeit aller Verwaltungen und eben ihrer Beschäftigten auf allen Ebenen, ausdrücklich auch von denen, die nicht selbst Nazis waren.
Die Analogien und Assoziationen beziehen sich eben nicht auf eine – auch nicht partielle – Gleichsetzung des Naziregimes mit dem heutigen Staat, das ist völliger Unsinn und eine solche Unterstellung ist wirklich unter Niveau. Ich weise diesen Anwurf mit allem Nachdruck zurück.
Zur Verdeutlichung stelle ich meine Frage anders: Wo ist heute die Kontrollinstanz, die sicherstellt, daß der Mensch und nicht der Schreibtisch im Mittelpunkt von Verwaltungshandeln steht? Steht diese Instanz etwa außerhalb der Verwaltung, sozusagen im Mantel des demokratischen Rechtsstaates? Welchen praktischen Zugang hat heute Zivilcourage, Eigenverantwortung, Moral, Ethik zu den Verwaltungsschreibtischen? Oder bleibt die persönliche (nicht strafrechtliche!) Verantwortung für die Verwaltungshandeln betroffenen Menschen – z.B. in der Anonymität der Gesamtverantwortung – auf der Strecke? Woran liegt es, daß ganz normale Menschen – und ich meine damit ganz normale Menschen wie mich selbst – in ganz normalen Verwaltungen auf diese Weise mit anderen Menschen umgehen?
Nichts anderes liegt Ihnen in meinem Schreiben vom 1.2.1993 vor und ich bin erschrocken darüber, wie schnell und leicht allein schon diese Fragestellung eine Verwaltung zu Beißreflexen führt. Diese Abwehr bestärkt die Frage.
Das Beispiel des Pastor Albertz aus Berlin zeigt, daß die Erkenntnis politischen und behördlichen Fehlverhaltens – jenseits individueller Schuld – zu prinzipiellen Einsichten führen kann. Andere warnende Beispiele zeigen auch ,daß die Verweigerung jeder Reflexion über kurz oder lang auf sich selbst zurückschlägt. Aus Ihren aktuellen öffentlichen Äußerungen schließe ich, daß derzeit ein offener Diskurs nicht zu führen ist. Ich bedaure dies, weil jedes ernsthafte Gespräch Spuren hinterläßt, – auf beiden Seiten und auch ohne Übereinstimmung in der Wahrnehmung.

Mit freundlichen Grüßen George Hartwig stv. Vorsitzender





Betr.: Falschmeldung Ihres Evangelischen Pressedienstes (epd) in der Asylsache Lacatus

Sehr geehrter Herr Koppe!
Mit Bestürzung habe ich erfahren, daß epd in der o.g. Angelegenheit die Nachricht verbreitet haben soll, der Landkreis Göttingen habe den unglücklichen und bedauerlichen Versuch der Abschiebung der Familie veranlaßt, obwohl die Polizei den Landkreis auf die Unrechtmäßigkeit der Aktion hingewiesen habe. Epd soll sich dabei auf eine Aussage gestützt haben, die der Pressesprecher der Göttinger Polizei gemacht haben soll.
Ich habe nicht nur die Kolleginnen und Kollegen der Ausländerbehörde einer "hochnotpeinlichen" Befragung unterzogen, sondern habe auch bei der Göttinger Polizei recherchiert.
Aufgrund meiner Ermittlungen in dieser Angelegenheit bin ich der Auffassung, daß epd eine verhängnisvolle Falschmeldung produziert hat. Da diese Falschmeldung offensichtlich in einigen verwirrten Göttinger Köpfen noch als erwiesene Tatsache existent ist, wie anläßlich der letzten Göttinger Mahnwache zu vernehmen war, sehe ich mich zu folgender Richtigstellung veranlaßt:
Richtig ist lt. Auskunft des Pressesprechers der Polizei, daß epd am Freitag, den 29.01.1993, dort angefragt hat. Die von epd verbreitete Nachricht hat die Polizei jedoch zu keinem Zeitpunkt erteilt.
Richtig ist, daß es vor der versuchten Abschiebung zwischen Polizei und Ausländerbehörde ein Abstimmungsgespräch gegeben hat. In diesem Gespräch hat der Landkreis die Polizei über den Verfahrensstand und die Vorgeschichte informiert.
Dabei ist u.a. die Frage aufgekommen, ob angesichts der problematischen Wetterlage, des Abflugtermins und eines möglicherweise erneut stattfindenden Kirchenasyls besondere Vorkehrungen zu treffen sind. Dabei gab es zu keinem Zeitpunkt den Hinweis an den Landkreis Göttingen, daß die Maßnahme rechtswidrig sein könnte.
Sehr geehrter Herr Koppe, wer solche Falschmeldungen produziert, betätigt sich nicht als Paulus, sondern als Saulus. Er gibt Herrn Rechtsanwalt Waldmann–Stocker und den Göttinger Autonomen die Möglichkeit, die Kolleginnen und Kollegen der Ausländerbehörde des Landkreises der Freiheitsberaubung zu bezichtigen. Die traurige Fehlleistung von epd ist für mich mitursächlich, daß in Göttingen die Asyldebatte derartige Formen angenommen hat.

Lieber Herr Koppe, ich möchte Sie persönlich und die evangelische Kirche in Göttingen herzlich bitten, angesichts der Exzesse, die Göttingen in den letzten Tagen erleben mußte, schnellstens einen konstruktiven und vor allem friedensstiftenden Beitrag zu dieser Diskussion zu leisten.
Vielleicht können dadurch in Göttingen einige zeit– und kraftraubende – und letztlich wenig hilfreiche Strafverfahren vermieden werden.
Abschließend bitte ich, dafür zu sorgen, daß epd in künftigen Fällen sorgfältiger recherchiert und fairerweise nach Möglichkeit Betroffene vorher anhört.

Mit freundlichen Grüßen In Vertretung: (Parr) Kreisdirektor

an: epd-Hannover von: Göttingen

Liebe KollegInnen,
zu Ihrer Kenntnis fade ich Ihnen den Text eines 'Offenen Briefes' von Herrn Parr an Herrn Koppe, den der Landkreis Göttingen soeben verbreiten ließ. Der 'Offene Brief' soll morgen, so Herr Parr, als Anzeige oder Dokument im Göttinger Tageblatt erscheinen. Dazu noch ein paar ganz kurze Anmerkungen von mir.

1. Herr Parr kennt trotz seiner angeblich intensiven Recherchen die epd-Berichte von mir (29.1., 1.2.) überhaupt nicht. Wie er auf Nachfrage von mir einräumte, habe er nur von "bestimmten Formulierungen" gehört.
2. Bzgl. der "inkriminierten" Passage bleibe ich zu hundert Prozent bei meiner Darstellung: Herr Holle hat mir gegenüber sowohl die Abschiebung bestätigt als auch betont, Polizeibeamte hätten den Landkreis vorab auf das noch laufende Verfahren hingewiesen. Dieselbe Aussage machte Herr Holle später übrigens auch gegenüber Herrn Hinze vom Christophorus-Kirchenvorstand. Herr Hinze hat mir dies heute noch mal ausdrücklich bestätigt.
3. Unsinn ist, daß der oder die epd-Berichte dem Anwalt Waldmann-Stocker die Möglichkeit gegeben haben, Strafantrag gegen Parr und andere Mitarbeiter des Landkreises zu stellen. Dies ist vorab und unabhängig irgendwelcher Veröffentlichungen angekündigt worden. Ein interessanter inhaltlicher Nachtrag in diesem Zusammenhang: Der Anwalt hatte den Landkreis parallel zu seiner Beschwerde ans OVG Lüneburg schriftlich darauf aufmerksam gemacht, daß weiter Rechtsschutz für die Familie besteht.
4. Die Behauptung, epd höre Betroffene nicht vorher an, ist recht starker Tobak. Parr selbst kommt im epd-Bericht am 1.2. ausführlich zu Wort. Fakt und nachweisbar ist, daß im Landkreis am 29.1. ab mittags die Telefonzentrale nicht mehr besetzt war!
5. Daß - nicht nur - in Göttingen die Asyldebatte "derartige Formen angenommen hat", ist m.E. mitnichten der epd-Berichterstattung zuzuschreiben, sondern vor allem einer ausländerfeindlichen, restriktiven Praxis, wie sie zu weiten Teilen vom Landkreis Göttingen vollzogen wird.

Sehr geehrter Herr Parr,
wie wir (leider nicht von Ihnen selbst) erfahren haben, haben sie heute in einem "Offenen Brief" dem Evangelischen Pressedienst die Verbreitung einer "Falschmeldung" vorgeworfen. Sie bezweifeln in Ihrem Brief die Angabe von Polizei-Pressesprecher Helmut Holle, an der Abschiebung beteiligte Beamte hätten darauf hingewiesen, daß noch ein Gerichtsverfahren anhängig sei (von "Unrechtmäßigkeit" war in diesem Zusammenhang bei epd nichts zu lesen). Dafür, daß Herr Holle diese Angabe gemacht, gibt es Zeugen.
Sie wollen die Berichterstattung des epd mitverantwortlich machen für die gegenwärtigen Formen der Asyldebatte in Göttingen und gebrauchen in diesem Zusammenhang das Wort "traurige Fehlleistung". Ich verzichte darauf, dieses Wort auf den Abschiebungsversuch Ihrer Behörde anzuwenden, zumal Sie diesen Fehler am 1.2.93 gegenüber epd fairerweise selbst bedauert haben. Bitte wägen Sie selbst ab, was wohl stärker auf die Gemüter gewirkt haben muß: der Vorgang selbst oder die Berichterstattung nicht nur des epd darüber. Ich weise Ihre öffentlich erhobenen Behauptungen über die Berichterstattung des epd in aller Schärfe zurück. Ich verlange Widerruf und warne eindringlichst vor jeder Wiederholung.
Damit Sie selbst beurteilen können, daß Ihre Kritik jeder Grundlage entbehrt, erhalten Sie (...) den Wortlaut unserer Meldungen (...), die Sie ja nach Ihren eigenen Angaben nicht einmal kennen. Daraus wollen Sie bitte auch ersehen, daß Ihnen Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben worden ist. (...)
Mit freundlichem Gruß Chefredakteur



Beim Tippen der Briefe Parrs sträubten sich richtiggehend die Finger, sie wollten Kommentare in den Text einfügen. Aber um die Farce nicht zu zerstören, haben sie sich beherrscht und gewartet, bis alles fertig getippt war - aber dafür kommen die "Anmerkungen" jetzt, und zwar zuerst zu dem Brief Parrs an die VVN.
Abgesehen davon, daß es trotz seiner ansonsten gut ausgeprägten Penibilität mit den Kenntnissen der deutschen Sprache nicht weit her zu sein scheint und daß Frau Freise durchaus so heißt und nicht Frau Friese, ist der Inhalt geradezu hanebüchen.
Wieso die Schilderung der Wahrheit "perfide" ist - schließlich setzte sich Parr darüber hinweg, daß es sich um ein schwebendes Verfahren handelte, was das OVG Lüneburg ja auch durchaus feststellte - mag ja noch Herrn Parrs sonderbarem Verständnis von Recht zuzuschreiben sein. Wie aber ein Beamter, der mit seiner Unterschrift eine Familie in der Welt herumschieben kann, diese ohne Überprüfung aus dem Bett holt und ins Flugzeug setzen läßt (... "nach sofortiger Überprüfung" stellte er die Illegalität seiner Handlung fest, was ja nichts anderes heißt, als das er vorher ohne Überprüfung den Ausweisungsbefehl unterschrieb), ist schon nur noch mit Begriffen wie "Verwaltungskriminalität" beschreibbar. - Aber um hier keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen, natürlich sind Abschiebungen eh unmenschlich, auch wenn sie sich nach Überprüfung als korrekt im Sinne staatlicher Rechtsnormen herausstellen sollten, es geht eigentlich um die Anprangerung der gesamten Praxis der Ausweisungen von Flüchtlingen, die unter dem Deckmantel der Legalität vorgenommen werden - nicht nur um den inzwischen schon 3(!). Fall, der unter Parrs Ägide illegal abläuft. Da allerdings Parr sich selten zu seiner täglichen Ausweisungspraxis äußert, in der das Unmenschliche unsichtbar bleibt, können wir uns nur beziehen auf seine Schreiberei angesichts "besonderer Auswüchse" dieser Praxis. Zur täglichen Verschickung von Menschen in ihr Unglück schreibt Parr nichts. Für das, was er sonst so tut, existiert ein passendes Wort: Schreibtischtäter, oder auch potentieller Schreibtischmörder.
Selbst sich entschuldigen und persönlich für den Fehler Einstehen, ließ er andere erledigen: war es unter seiner Würde, die Familie persönlich wieder in Göttingen am Bahnhof abzuholen, oder traute er sich nicht? Wollte er nicht, daß die große Distanz zwischen Verwaltungsopfer und -täter zusammenbricht? Sein "Bedauern" hat er später "zum Ausdruck gebracht" - wäre die Abschiebung rechtmäßig gewesen, hätte er wohl nichts bedauert.
Wird er kritisiert wegen seiner Willkür, kann seinerseits die Drohung mit den Bullen nicht ausbleiben: Kritik ist jederzeit unerwünscht. Wenn "an ihren (wieder: deutsch ist schwer) ungeheuerlichen Vorwurf festgehalten" wird, so reckt er den Zeigefinger der VVN entgegen, dann treffen wir uns vor Gericht wieder, und es schwingt der triumphierende Ton mit, daß er sich da unter Seinesgleichen befinden wird. Was allerdings daran ungeheuerlich sein soll, eine Rechtsbeugung eine Rechtsbeugung zu nennen, ist wohl wiederum nur aus Parrs gestörtem Verhältnis zum Recht zu erklären - inzwischen hat er auch schon eine Strafanzeige wegen Freiheitsberaubung am Hals.
Und beim Lesen der Worte, die sein Geschichtsverständnis ausdrücken: die zu Berge stehenden Haare wollen sich gar nicht mehr wieder hinlegen. Wer selbst staatliche Willkür ausübt, mag natürlich nicht gern daran erinnert werden: aber diese sozialdemokratische Sauce, mit der diese Forderung nach Nicht-Erinnerung hinterlegt wird - diese pseudokritische Einstellung gegenüber dem Nationalsozialismus, solange, aber wirklich nur solange auf jede Analyse struktureller Ähnlichkeiten zwischen damals und heute bzw. zwischen jedem Zusammenhang von Kapitalismus und Faschismus verzichtet wird - wir können sie nicht mehr hören. Nur zur Erinnerung, Herr Parr: die NS-Verwaltung hielt sich ebenso an die Gesetze wie die heutige Verwaltung sich an die heutigen Gesetze hält; es geht nicht um Gesetze, sondern darum, welche Inhalte und welche Herrschaftsformen in sie gegossen werden, und darum, daß schon immer jede Verwaltung vorbehaltlos die Gesetze erfüllte (zur Lektüre neben der von der VVN empfohlenen Broschüre empfehlen wir: Franz Neumann, Behemoth). Die Konstruktion der "staatlichen Willkür" damals dient dagegen nur einem einzigen Zweck, nämlich dem, die heutige Eingebundenheit der Verwaltung in die bestehenden Machtverhältnisse zu verschleiern. Aber bei solchen Sätzen hält sich der gute Beamte Parr eh die Ohren zu und versteht nur noch Bahnhof, was sich in seinem Rest-Hirn dann regelmäßig in "Beschimpfung" übersetzt ... und Leute, die pflichtbewußte deutsche Beamte beschimpfen, das waren schon immer und sind immer noch die, die das Nest beschmutzen - und da können wir ihm nur zustimmen.
Daß die Personalvertretung des Landkreises Göttingen bei der Nestbeschmutzung weder mitmacht noch ihren eigenen Chef kritisiert, verwundert uns nicht, ziehen wir den autoritätsgläubigen Charakter der dort Sitzenden in Betracht. Daß die Personalvertretung sich allerdings nicht damit begnügt, einfach das Maul zu halten und sich stattdessen vorbehaltlos hinter ihren Schreibtisch-Täter-Chef stellt, wirft kein gutes Licht auf Parr, sondern ein um so schlechteres auf die Personalvertretung selbst, die wohl Angst um die Aufdeckung ihrer eigenen Taten haben ...
Im zweiten Brief- der an epd - kommt das technokratische Bewußtsein des Beamten Parr noch deutlicher zu tragen:
Im Gespräch mit den Bullen über die bevorstehende Abschiebung (dem, wo er auf die Illegalität seines Vorhabens hingewiesen wurde) ging es um so unglaublich wichtige Dinge wie die "ungünstige Wetterlage" oder die "besonderen Vorkehrungen wegen Kirchenasyl". Problematisch für ihn war es natürlich nicht, daß er wie ein Gott über das Schicksal von Menschen bestimmte, sie gegen ihren Willen in ihr Unglück schicken wollte; problematisch war also kurz gesagt nicht seine Moral, sondern die der anderen, die ein anderes Verständnis von Mitmenschlichkeit haben und Kirchenasyl gewähren: es zählte nur, die Roma-Familie so schnell wie möglich verschwinden zu lassen, ohne Hindernisse und ohne Einschaltung der Öffentlichkeit.
Solche "Gespräche" erinnern fatal an jenes, das z.B. am Tag nach der sogenannten "Reichskristallnacht" zwischen Goebbels, Göring, Heydrich, Frick u.a. geführt wurde, während schon tausende von jüdischen Menschen in die KZ's abtransportiert worden waren. Es ging darum, wo Juden und Jüdinnen in (deutschen) Zügen zu sitzen haben. Zitat:
Göring: "Da finde ich es viel vernünftiger, daß man ihnen eigene Abteile gibt."
Goebbels: "Aber nicht, wenn der Zug überfüllt ist."
Göring: "Einen Moment! Es gibt nur einen jüdischen Wagen. Ist er besetzt, müssen die übrigen zu Hause bleiben."
Goebbels: "Aber nehmen wir an: es sind nicht so viele Juden da, die mit dem Fern-D-Zug nach München fahren, sagen wir: es sitzen zwei Juden im Zug, und die anderen Abteile sind überfüllt. Diese beiden Juden hätten nun ein Sonderabteil. Man muß deshalb sagen: die Juden haben erst dann Anspruch auf Platz, wenn alle Deutschen sitzen."
usw. usf.
(Zitiert ist der Gesprächsfetzen nach: Trial of the Major War Criminals before the International Military Tribunal, Nuremberg , 14 November 1945 - 1. Oktober 1946 (Nuremberg 1948), Vol. 28, S. 499-540.) In der Besprechung ging es um die "Judenfrage", Göring besaß den Vorsitz.
Aber wir wollen die Ähnlichkeiten nicht zu weit treiben, sonst reckt sich der Zeigefinger Parrs wieder weit in die Höhe, und er droht uns mit einem Strafantrag - obwohl wir das nicht ungern sehen würden, gäbe das doch bestimmt den Stoff für unendliche satirische Geschichte ab ...

Nachzutragen bleibt, daß Parr seine Sicht der Dinge - den offenen Brief an epd - bisher nicht wie angekündigt im GT veröffentlicht hat (warum wohl? und hat sich das GT geweigert, seinen Schwachsinn abzudrucken? oder gab's die berühmte Weisung von oben?) Nachzutragen bleibt außerdem, daß sich der Vorsitzende von epd in der HNA ausdrücklich hinter die Berichterstattung von epd stellte und seinerseits Parr zum Widerruf seiner Behauptungen aufrief (es ist ja auch schon ein starkes Stück, wenn so ein Kreisdirektor mit Allmachtsphantasien sich anmaßt, gleich selbst die Nachrichten zu produzieren, die dann in den Zeitungen erscheinen.)
Inzwischen scheint Parr öffentlich sich nicht mehr zu äußern - wieder: eine Weisung von oben? - und seine widerwärtige Arbeit im stillen fortzusetzen, bis Gras über die Sache gewachsen ist.
Aber so viel Gras kann es gar nicht geben, daß nicht immer wieder öffentlich gemacht wird, was so eine Verwaltung alles anrichtet, nicht wahr, Herr Parr? Wir passen auf !!!

Parr, du Narr, bald bist du gar !!!



Presseerklärung

Mr. Rolf-Erich Parr in the battle line

Wir haben KD Parr heute morgen in seinem Büro aufgesucht.
Er ist verantwortlich für diesmal "mißglückte" Deportation der Roma-Familie, die letztes Jahr schon einmal dank Kirchenasyl vor Abschiebung geschützt wurde. Wir schließen uns in der Bewertung der Stellungnahme des niedersächsischen Flüchtlingsrates an.
Wie nicht anders zu erwarten, erging Parr sich in Ausflüchten. Auf die Frage, warum er den Antrag auf Berufung ignoriert und in das schwebende Verfahren eingegriffen habe, erklärte er offenherzig, er habe sich schon vorher mit seinem Mitarbeiter beraten und das Rechtsmittel für "obsolet" gehalten. Deshalb habe er es nicht einmal für nötig gehalten, den Rechtsanwalt der Roma-Familie zu informieren. Ein klassischer Fall von vorauseilendem Gehorsam: Herr Parr hatte sicher im Kopf, daß das, was heute noch illegal ist, morgen schon rechtens sein wird. - dank des neuen Asylverfahrensgesetzes und des sogenannten "Asylkompromisses".
Parr's wahres Gesicht entdeckten wir unverhüllt an seiner Pinnwand: Eine Fotomontage, die Sir Winston Churchill im Nadelstreifenanzug und mit Stahlhelm in Beobachtung kämpfender Truppen zeigt. Bildunterschrift: Mr. Rolf-Erich Parr in the battle line.
Als Parr sich erdreistete, das Problem darin zu sehen, daß die Flüchtlingszahlen ja seit 1987/88 um das vierfache gestiegen seien, brachen wir das Gespräch ab. Parr betonte, daß dies sein erster "Fall" gewesen sei. Er soll wissen, daß er auch bei seinen künftigen "Kampfeinsätzen" weder unbeobachtet noch unbehelligt bleiben wird.
Wir rufen dazu auf, am Tag der 3. Lesung des unsäglichen "Asylkompromisses" den Bundestag in Bonn zu blockieren!!!

SOLIDARITÄT MIT DEN FLÜCHTLINGEN!

Zur Parteibürobesetzung in Göttingen

Schrecken am frühen Vormittag (GT 5.2.93)

Polizeibeamte verletzt (GT 5.2.93)

Drei Parteibüros gestürmt (HNA 5.2.93)

"Undifferenziert und unsozial" (Dr. Cornelius Schley, SPD, GT 5.2.93)

...sie (die Besetzungen, .d.T.) seien das Ergebnis der jüngsten Äußerungen von Bundesratsminister Jürgen Trittin. (Martin Hildebrand, FDP-Landes-Fraktionsvorsitzender, HNA 5.2.93)

"Was mich betroffen macht, ist die Selbstgerechtigkeit der Besetzer, „die bewußt Straftaten in Kauf nehmen." Die begangenen Taten unterscheiden die Besetzer "nur in der Schwere des Delikts, nicht aber in der Gesinnung von Terroristen der Roten Armee Fraktion." (Dr. Harald Noack, CDU-Kreisvorsitzender, GT und HNA 5.2.93)

"Dieser Vandalismus und diese Menschenverachtung läßt keinen Unterschied mehr zur Praxis rechtsextremer gewalttätiger Gruppen erkennen." (Thomas Oppermann, SPD Unterbezirksvorsitzender, HNA 5.2.93)

"Brutaler Gesinnungsterror einer kleinen Minderheit"
"Dieser letzte Vorfall in einer Kette von politischer Einschüchterung, Nötigung und Gewalt gegen politisch Andersdenkende erinnere an das Vorgehen rechtsextremer Gruppen", wo doch "eine Demokratie nur leben und gedeihen kann, wenn Gewalt gegen politisch Andersdenkende ein Tabu ist." (Prof. Dr. Rita Süßmuth, CDU-Bundestagspräsidentin, GT 6.2.93)

Kaum jemand kann auf den ersten Blick glauben, daß obige Reaktionen sich auf die Besetzungen der Parteibüros von CDU, SPD und FDP durch autonome Gruppen am 4.2.93 beziehen. Eine Aktion gegen die Mitverantwortlichen und MitgestalterInnen in Göttingen, gegen PolittechnokratInnen und SchreibtischtäterInnen, gegen OpportunistInnen und MitdenkerInnen im reaktionären Deutschland-Denken. Eine Aktion gegen die Änderung des Art. 16 GG, der Abschaffung des Asylrechts, gegen die deutsche und europäische Abschottung gegenüber Flüchtlingen und MigrantInnen, einer technokratischen Menschenkontrolle und Selektion.
Beim näheren Hinsehen werden die Reaktionen jedoch verständlicher und reihen sich ein in bundesdeutsche Realität:

Linker Widerstand und Protest wird gleichgesetzt mit faschistischem Terror - so ist es auch nicht verwunderlich, daß die Bullen bei mehr als 30 Personen willkürlich auf der Straße die Personalien feststellten und gegen die Personen Verfahren wegen Nötigung, Freiheitsberaubung u.ä. eröffnet werden sollen. Endlich so hoffen sie, ist der harte Kern von nicht-deeskalierten autonomen GewalttäterInnen in die Falle gegangen.
Das linke Auge wird - trotz Gesundheitsreform - scharf gemacht!
Die rosarote Demokratie-Brille ist schon aufgesetzt: unser demokratisches Gemeinwesen, ein Musterbeispiel an Toleranz und Mitmenschlichkeit gegen Fremde und Andersdenkende, alle sitzen in einem Boot und ziehen an einem Strick...
Da kann einem schon ganz schön schwarzbraun vor Augen werden!

Im folgenden dokumentieren wir die Presseerklärung der BesetzerInnen.

Presseerklärung

Wir haben heute die Parteibüros der CDU, FDP und SPD besetzt!
Die Besetzung erfolgte, weil diese Parteien für den sogenannten Asylkompromiss, der Änderung des Art. 16 GG., der Abschaffung des Rechtes auf Asyl, verantwortlich sind.
Die Abschaffung des Asylrechts, die Abschottung gegenüber Flüchtlingen und MigrantInnen steht in einem direkten Zusammenhang mit rechtlichen und politischen Entscheidungen der letzten Monate, wie der Änderung des AusländerInnengesetzes, dem Asylbeschleunigungsgesetz (offiziell AsylVerfG), dem Roma-Deportationsabkommen mit Rumänien, der Diskussion um ein neues Militärkonzept zum aktiven Eingreifen in internationale Konflikte und der Sicherung der Außengrenzen. Der nächste Schritt in diesem Konzept ist die Versperrung des Landweges für Flüchtlinge durch eine Änderung des Grundgesetzes.
Ziel dieser Politik ist es, die Kontrolle und Selektion der Menschen zu perfektionieren, die Grenze militärisch mit Schießbefehl zu kontrollieren und nur noch die MigrantInnen reinzulassen, die als billige Arbeitskräfte verwertbar sind. Ziel ist es, den Wohlstand und Reichtum dieser Gesellschaft und insbesondere die Privilegien der Herrschenden mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu verteidigen.
In diesem Zusammenhang ist auch die Inszenierung der Anschläge in Rostock durch Absprachen zwischen Polizei und Faschisten sowie die Äußerung von Innenminister Seiters "Es geht nicht darum, daß die Polen diese Asylbewerber, die abgelehnt sind, aufnehmen sollen. Sondern, ..., daß sie diese Asylbewerber zurücknehmen und zurücktransportieren in die Heimatländer". (FR 3.2.93)
Im Weltbild der Polittechnokraten sind die Flüchtlinge nur Verwaltungs-, Verhandlungs- und Manövriermasse einer entmenschlichten Politik. Die Menschen sind Objekte der Politik, die wie Fabrikaltlasten entsorgt werden müssen.
Mit der Besetzung rufen wir dazu auf, den Bundestag am Tag der 3. Lesung des Asylkompromisses zu blockieren.

Wir fordern:
Offene Grenzen und Bleiberecht für alle Flüchtlinge
Erweiterung des Grundgesetzes auf Asyl
Keine Grundgesetzänderung weder zur Abschottung gegen Flüchtlinge noch zur Militarisierung der großdeutschen Politik
Solidarität mit Flüchtlingen und MigrantInnen

PERSPEKTIVEN EINER INTERNATIONALISTISCHEN

Kurze Überlegungen zur Zukunft einer internationalistischen Flüchtlingspolitik 1.

FLÜCHTLINGS POLITIK

1. Selbstverständlich werden sich die Bedingungen für uns, die wir bislang eine solidarische Unterstützung der Flüchtlinge und Migrantinnen ideologisch und materiell zu betreiben versucht haben, nach dem Parteienkompromiß in der manipulativen Asyldebatte, der das legale Schlupfloch der Einwanderinnen in das Anerkennungsverfahren auf einen Aufenthaltsstatus verstopft, grundlegend verändern. Der von uns eingeschlagene Ansatz, den Aufenthalt von Flüchtlingen, durch legalistische Verfahren (Beratungsinfo und -hilfe, ggf. Abschiebungsaufschub durch öffentliche Mobilisierung) zu verlängern, schrumpft zukünftig auf eine unbedeutsame Möglichkeit zusammen, da, wird der Allparteienkompromiß Gesetz und kaltblütig exekutiert, was u.a. eine Militarisierung der Grenzregionen und ein schnelles Deportations- und Ausweisungsverfahren bedeutet, es insgesamt zu einer Illegalisierung der meisten Immigrantinnen kommen wird.
Diese absehbare Entwicklung wird sich zwangsläufig auf unsere politischen Handlungsmöglichkeiten auswirken. Boshaft: Die massenhaft bereits an der Grenze abgefangenen und ausgewiesenen illegalen Einwanderinnen werden wir weder beraten noch verstecken können.
Die migrationspolitischen Diskussionen und Vorschläge in Polen und der tschechischen Republik in der letzten Woche deuten auf die Übernahme der repressiven bundesdeutschen Einwanderungssteuerung hin. Die migrationsfähigen Flüchtlinge werden in die osteuropäischen Krisenregionen, in denen angesichts der krisenhaften Transformationsprozesse soziale, ökonomische und politische Existenzgarantien kaum oder überhaupt nicht gesichert sind, abgedrängt, wo sie als soziale Überschüsse der Vernichtung durch nationalistische Bürgerkriege, Pogrome, Hunger, permanenter Flucht etc. oder der Verelendung preisgegeben werden.
In der BRD wird es dagegen zu einer Verpolizeilichung der Migrationskontrolle (Aufspüren von Illegalen, Ausbau technologischer Überwachung etc.), mit militärischer Absicherung der östlichen Außengrenzen, und zu Massenausweisungen kommen.
2. Es wird auch weiterhin große Internierungslager für Flüchtlinge, Abschiebelager und -knäste allein aus dem Grunde geben, da noch ca. 400.000 Asylverfahren auf ihre bürokratisierte und sozialtechnokratische Abarbeitung warten. Zudem werden Lager für die mit Sonderstatus versehenen Bürgerkriegsflüchtlinge einschließlich reduziertem Sozialleistungsanspruch fortbestehen - also allemal eine respektable Aufgabe wohlfahrtsstaatlicher und kirchlicher Verwaltung. Die Denunziation der bundesdeutschen Flüchtlingspolitik und des entwickelten Lagersystems als imperialistisch, rassistisch und inhuman bleibt analytisch und moralisch richtig - aber ohne Konsequenzen.
3. Die Frage, die es m.E. zu diskutieren gilt, ist, ob wir außerparlamentarisch auf den politischen Entscheidungsprozeß überhaupt noch einwirken können. Die in diesem Zusammenhang auch unter uns gehegten Hoffnungen auf das adventliche Leuchten in Deutschland vermag ich nicht zu teilen. Ich bin daher eher pessimistisch. Der Aufstand der deutschen Anständigkeit von Hamburg bis zum Bodensee hat mit politischer Opposition gegen die bundesdeutsche Asyl- und Flüchtlingspolitik rein gar nichts zu tun, vielmehr holt er im Kerzenschein das nach, was am 8.11.92 in Berlin an Inszenierung deutscher Anständigkeit und deutscher Gewissensberuhigung so unsäglich mißglückte.
So fügt sich zusammen, was politisch gesehen zusammen gehört:
Die brutale Ausgrenzung trikontinentaler und osteuropäischer Armutsbewegungen unter Bewahrung eines adventlich antirassistischen Metropolengewissens.
Angesichts der politischen "Lösung der Asylfrage" kommt der entpolitisierte Aufstand der besseren Deutschen gegen Rassismus und Gewalt zu spät; der antirassistische Konsens der harmlosen Deutschen mit der sie regierenden politischen Klasse erscheint mir weitaus beängstigender zu sein.
4. Die ausländerfreundliche Einhegung der wertproduzierenden und -realisierenden, hier lebenden Arbeitsmigrantinnen stellt nur die Kehrseite der rassistischen Ausgrenzung, der bürgerlichen Indifferenz gegenüber den Elendsflüchtlingen dar; beides basiert gleichermaßen auf Verteidigung metropolitaner Privilegien im Kontext globaler Verelendung.
Daß sich diese zynische Politik gleichsam auf einem nationalistisch-antirassistischen Grundkonsens durchzusetzen scheint, macht das Dilemma einer verkürzten antirassistischen Debatte, die in der Diskriminierung eines Rassismus aus der Mitte der Gesellschaft besteht, deutlich. Den neuen deutschen Ausländerfreunden werden Argumente dieser Art unzulänglich bleiben.

Ich glaube nicht, daß die neue Massenbewegung gegen Rassismus und Gewalt in irgendeiner Weise Ziel unserer politischen Überlegungen sein kann. Das nationale Einheitsbedürfnis dieser Bewegung wird uns noch vielmehr zum politischen Problem werden.
5. Der Illegalisierungsdruck auf die Immigrantinnen wird in den nächsten Monaten zunehmen und wir werden es - wenn überhaupt - mit illegalen Flüchtlingen zu tun bekommen. Darauf sind wir bislang nicht vorbereitet. Hier ein Minimum an solidarischer Unterstützung bereitzustellen, sehe ich als eine unerläßliche Aufgabe an. Andererseits werden die Immigrantinnen mit einem Gewalt- und Kontrollapparat konfrontiert werden, gegen den sie allein ein Überlebensrecht kaum durchsetzen können. Hinsichtlich des Deportationsabkommens für rumänische Roma und Sinti scheint mir aufgrund der deutschen Geschichte eine wirksame Mobilisierung noch eher gegeben. Zumindest die Kirchen sind an diesem Punkt sehr sensibilisiert.

ein Papier aus dem Anti-Rassismus-Plenum

2. "Gegen die Unterbringung von Flüchtlingen in Lagern"

Vorschlag für eine bundesweite Koordination antirassistischer und Flüchtlingsgruppen

Zur Vorgeschichte: Am ersten Septemberwochenende 1992 trafen sich 16 antirassistische und Flüchtlingsgruppen aus 14 Städten (Hamburg, Neumünster, Oldenburg, Bremen, Göttingen, Köln, Bochum, Aachen, Hanau, Frankfurt, Würzburg, Tübingen, Reutlingen und Freiburg). Auf einem Folgetreffen traten noch Gruppen aus Berlin, Bonn, Oberhausen, Castrop und Nürnberg hinzu. Die Diskussion um eine Vernetzung mündete in eine "Bundesweite Koordination " dieser Gruppen. Neben dem Informationsaustausch und der Diskussion wurden für 1993 bundesweite, koordinierte Aktionen gegen die Unterbringung von Flüchtlingen in Lagern vereinbart. Die berühren jedoch weitaus mehr Punkte, als der Begriff impliziert: nämlich das gesamte AsylVG, Abschiebungen, die Lager und Sammelunterkünfte, deren Betreiberverbände und Firmen, die Lebensbedingungen und Besuchsverbote, die zuständigen Ausländerbehörden, Wohnungshilfe, Verwaltungsgerichte und Zentralen Anlaufstellen, sowie die dort tätigen SchreibtischtäterInnen, darüber hinaus die Residenzpflicht.

Bundesweit soll das sogenannte "6-Wochen-Modell", also die Abwicklung eines beschleunigten Asylverfahrens mit Schnellabschiebung von 40% der Flüchtlinge bis zum 1.4. umgesetzt sein. Die Infrastruktur dieses Projektes bilden rund 40 "Zentrale Anlaufstellen" und die 2ooo SchnellentscheiderInnen des Bundesamtes.

Das Konzept einer Koordination ist bewußt sehr breit angelegt worden.
- zum einen sollen die regionalen Aktivitäten nicht bundesweiten Aktionen geopfert werden, sondern letztere eine Verstärkerfunktion übernehmen.
- zum zweiten wurden integrationsfähige Begriffe für die Aktivitäten gesucht, die den regionalen Besonderheiten, als auch der unterschiedlichen Arbeitsweise der beteiligten Gruppen gerecht werden.
- drittens bleibt die Wahl der Aktionsformen den Gruppen überlassen, um insgesamt ein zwar bundesweites, aber dezentrales Konzept zu erhalten, das inhaltlich und in der Form der Breite der teilnehmenden Gruppen entspricht und auch nur punktuelle Teilnahme zuläßt.
- die Bedeutung der Koordination liegt zum einen in ihrer Kontinuität, womit Einzelaktivitäten zu einem längerfristigen Konzept gebündelt werden sollen und zum anderen in dem Versuch, aus der lokalen Begrenztheit heraus eine bundesweite Kraft zu entwickeln.

Zum Ablauf:
Bis Ende Januar soll eine bundesweite Broschüre im Umfang von 25-40 Seiten erscheinen und den Stand der Umsetzung des AsylVG, sowie der Lebensbedingungen in den Lagern dokumentieren.
Am 17.1. fand ein Delegiertentreffen statt, um eine gemeinsame Presseerklärung, ein Motto, sowie das Vorwort für die Broschüre zu diskutieren und den Stand der regionalen Mobilisierung auszutauschen. (Die Presseerklärung ist auf Seite ??? abgedruckt!)
Vor diesem Hintergrund fand am 31.1./1.2.1993 der erste bundesweite Aktionstag als Auftakt statt. Dessen Form und Thema blieb weitgehend den einzelnen Gruppen überlassen. Das reicht von der Besetzung der für die Unterbringung zuständigen Behörde in Bremen bis zu einer Hausbesetzung in Hamburg. Am 6.2. fand in Bremen ein großes "HipHop gegen Lagerunterbringung und Rassismus" statt.
Im März folgt der zweite Aktionstag unter dem Oberbegriff "Lager öffnen - Aussonderung aufheben". Ende März stellen wir uns ein weiteres "Rock gegen Rassismus" vor, das mit einer Demo verbunden werden

sollte und zu einem dritten Aktionstag Anfang April überleitet. Denn der 1.4.1993 ist der Stichtag für die komplette Umsetzung des AsylVG. Thema wären die Betreiber der Lager, also ebenso die Kommunen wie die Wohlfahrtsverbände AWO, ASB, Caritas und DRK. Am 26.-28.3. findet in Bremen der 13. Bundeskongreß der Flüchtlings- und ImmigrantInnengruppen statt. Dort stellt sich die "Anti-Lager-Koordination" in einer eigenen AG vor und diskutiert ihr Vorhaben weiter. Anfang Mai zielt der 4. Aktionstag auf die "SchreibtischtäterInnen", also die SchnellentscheiderInnen ab.
Am 5.5.93 findet das nächste Treffen der "Bundeskoordination der Flüchtlingsgruppen" in Köln statt.
An Vorschlägen für andere und weitere Aktionen und Aktionstage mangelt es nicht. Angesichts des "All-Parteien-Kompromisses" wäre beispielsweise ein Aktionstag an den Grenzen angemessen.

Kontakt: Anti-Rassismus-Büro, Sielwall 38, 2800 Bremen 1, Tel.: 0421-706444 Fax 706445

Anti-Rassismus-Büro Bremen
Sielwall 38 2800 Bremen 1
Telefon (0421) 706 444 FAX (0421) 706 445



Im folgenden dokumentieren wir einen Ausschnitt des Diskussionspapiers "Mit Sonderbus in Sonderhaus" - Keine Lagerunterbringung von Flüchtlingen des Anti-Rassismus-Büro Bremen. Der dokumentierte Ausschnitt befaßt sich mit Problemen und Perspektiven von Flüchtlingsarbeit und bietet eine interessante Diskussionsgrundlage.
Der komplette Artikel ist im Ordner abgelegt oder ist in der INTERIM Nr. 223 vom 14. Januar 1993 nachzulesen.

(...)

II.1. Probleme in der Flüchtlingsarbeit

Jede Flüchtlingsinitiative gerät über kurz oder lang in die Zwickmühle, nicht paternalistisch sein zu wollen, Flüchtlingen weder eigene Werte noch eigene Politikformen überzustülpen ohne damit die eigene Autonomie und Inhalte preiszugeben. Weder gibt es einen Grund, sich im Sinne der Selbstaufgabe mit Flüchtlingen zu identifizieren (wie es vereinzelt gefordert wird), noch ist es überhaupt realistisch, sich aus einer "weißen" Sozialisation zu flüchten. Im strukturellen Rassismus begründet, können eine "schwarze" und eine "weiße" Realität derzeit nicht deckungsgleich werden, alle Harmoniebedürfnisse können dies nicht herbeireden. Ganz im Gegenteil enthält gerade das Spannungsverhältnis jene Dynamik, die Veränderungsprozesse erst ermöglicht. Deshalb ist es zulässig, "weiße" Widerstandsformen gegen die rassistische Formierung zu entwerfen, solange sie ihren Bezug zu Flüchtlingen nicht gänzlich verlieren. Eine eng moralische Auseinandersetzung mit Rassismus mündet häufig in Selbstbeschuldigung, einem ur-christlichen Bestandteil von gewalttätiger Erziehung. Die Anerkennung einer weißen Täterschaft kann sich sogar zu kompletten Identitätskrise steigern, wie zahlreiche Papiere aus der autonomen Szene dokumentieren. Solche enden dann immer mit einem Selbstbezichtigungsritual, das analog zur Beichte "freisprechen" soll. Doch "wir müssen uns davor hüten, rassistische Verhaltensweisen und Taten sowie Machtpositionen von Personen mit strukturellen Formen von Herrschaft gleichzusetzen" ("BASTA", Frauenkollektiv, Berlin 1992).
Noch gefährlicher ist die Einführung von Begriffen wie "weiße Männer", "Metropolenidentität", "wir und die anderen", "Differenz" und "Kultur" in die Analyse von Rassismus. Sie sind nicht radikalisierend, sondern rassisierend und separatistisch, treiben (Selbst-) Ethnisierungsprozesse voran, die nur durch die Umlenkung in "Selbsthaß" noch umgebogen werden. Sie basieren auf der Konstruktion sozialer Kollektivität (Wir, Metropolenidentität), die klassenbedingte oder geschlechtsspezifische Einflüsse zugunsten eines neuen Hauptwiderspruchs ignorieren. Sie verdrängen die Universalität der Menschenrechte zugunsten der zum Prinzip erhobenen Widersprüche, Differenzen und Partikularinteressen. An dessen Ende geht der Kampf gegen die Ursachen der globalen Ungerechtigkeit zugunsten eines Kampfes gegen sich selber verloren.
Jede moralisch oder abstrakt abgeleitete Begründung für antirassistische Arbeit bliebe der Wirklichkeit gegenüber fremd, sie hätte keine Bezugspunkte im lebendigen Sozialprozeß, würde sich nur aus der Empörung oder der selbstbezogenen Schuld speisen und wohl kaum Zugang zu den sozialen Ansprüchen von Flüchtlingen finden.
Deshalb muß eine antirassistische Initiative an den den Flüchtlingen inhärenten Ansprüchen, Forderungen und Aktionsformen ansetzen.

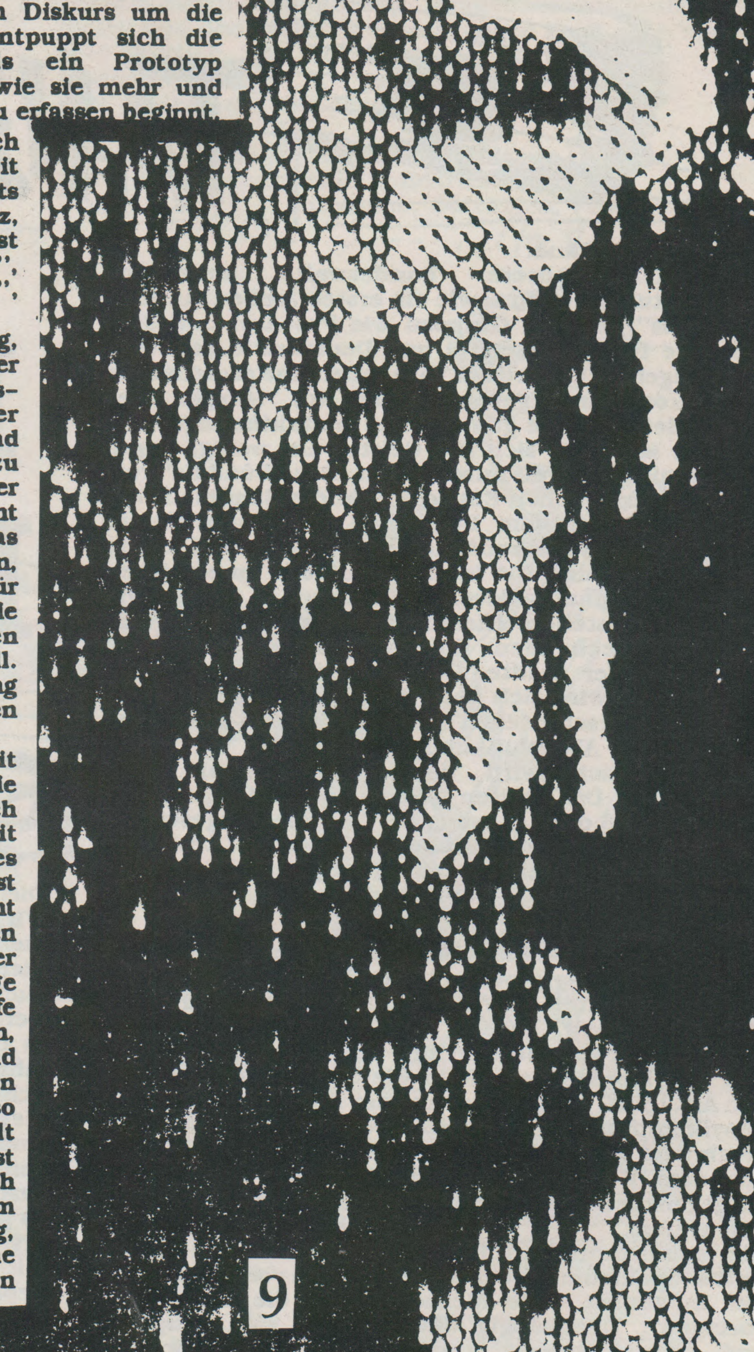
II.2. Perspektiven der Flüchtlingsarbeit

Die Praxis vieler Flüchtlingsinitiativen ist zunächst, Flüchtlingen eigene Privilegien, Erfahrungen, Fähigkeiten und Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Das beginnt mit der Rechtsberatung, Sprachkursen oder der Begleitung bei Ämtergängen. Dies verschafft uns zudem erst Einblick in die spezifische Realität von "Asylbewerbern". Solche Praxis wird zwar häufig der Kritik von "Sozialarbeit" und "Amtshilfe" ausgesetzt, ist jedoch nichts weniger als das einfache Prinzip der Solidarität und gegenseitigen Hilfe, darüberhinaus aber auch Bestandteil der "weißen" Verantwortung. In einigen Städten und Regionen wurden entlang der spezifischen Bedingungen lokale Kampagnen entwickelt: in Hamburg gegen die Jugendobdachlosigkeit von Afrikanern, im Ruhrgebiet gegen die Deportationen von Roma, in Bremen gegen Polizeiterror und Mißhandlumgen auf Polizeiwachen, in Berlin gegen die Zuweisungen in den Osten.
Darüberhinaus geht es um die Förderung von und Flankendeckung für alle Formen von Selbstorganisations- und Selbstverteidigungsansätzen bis hin zur direkten Unterstützung von Flüchtlingsaktionen.
Ohnehin haben wir in der Vergangenheit gesehen, daß sich Konflikte, Flüchtlingswiderstand und Forderungen an den Einzelteilen der Lager und den Lebensumständen insgesamt von selbst entzünden. Es gibt zahlreiche Beispiele für Essensboykott, Hungerstreiks, Proteste gegen die Warengutscheine, go-ins gegen die Reduzierng der Sozialhilfe, vielfach zerschnittene Zäune, ausgetauschte Lagerausweise, Beschwerden gegen rassistische Wachmänner oder Hausmeister, Besetzungen oder "Kirchenasyl" gegen die Zuweisungspraxis. Mitunter gilt der Protest auch der Unterbringung als Ganzem.
Ebenso gibt es von anderer Seite, den Wohlfahrtsverbänden, dem UNHCR und Ärzten schwerwiegende Einwände gegen die Lagerunterbringung. Kreisverbände lehnen sie bereits ab, Sozialarbeiter kündigten aus Protest ihre Verträge und Wohlfahrtsverbände stimmten gegen die Übernahme von Aufgaben innerhalb der Lager. Kirchengemeinden und Schulen bieten alternative Unterkünfte an.
Und wir haben die einzelnen Bestandteile des Verfahrens und der Lager deshalb herausgearbeitet, um entlang der Konfliktpunkte eine Widerstandslinie zu entwickeln. Die hangelt sich an der Kritik, der Blockade und Aufhebung von einzelnen Elementen entlang, um schlußendlich die neuen Instrumente der Selektion und rassistischen Formierung zu machen.

III. Perspektiven des Anti-Rassismus

Entlang der weiter entwickelten Situation in den USA und Großbritanniens entschlüsselt sich Rassismus als eine soziale und materielle Größe, als ein Begriff für den sozialen Kampf von unten um Überlebensressourcen. Analog zum Diskurs um die "Hausfrauisierung der Arbeit" entpuppt sich die rassistische Benachteiligung als ein Prototyp deregulierter Lebensverhältnisse, wie sie mehr und mehr auch die weiße Unterklasse zu erfassen beginnt.
Anti-Rassismus definiert von unten her den Anspruch auf Gerechtigkeit, Gleichbehandlung und Freiheit von Unterdrückung und Ausbeutung. Er enthält nichts weniger als einen universellen Gleichheitsgrundsatz, der nur in einer globalen Dimension denkbar ist (vergl. A. Sivanandan, "The Hokum of new times", London 1990 und "From Resistance to Rebellion", Berlin 1992).
Demgegenüber hat sich die "Keine-Gewalt"-Bewegung, wie auch der reduzierte Antifaschismus all dieser Grundlagen entledigt. Genauso läuft die Antirassismus- und Flüchtlingsgruppenbewegung Gefahr, in der Beschränkung auf die repressiven Momente und Partikularinteressen zu einer Ein-Punkt-Bewegung zu verkommen. Sie wird marginalisiert werden und der Bedeutungslosigkeit anheimfallen, wenn es ihr nicht gelingt, vom Gleichheitsgrundsatz ausgehend das Terrain der sozialen Frage zu betreten. Wir meinen, das antirassistische Politik Anknüpfungspunkte für eine soziale Verbreiterung beinhalten muß, wenn sie nicht hinter einem Wall von moralischen Schuldzuweisungen Exklusivität demonstrieren will. Lieber setzen wir uns dem Vorwurf der Nivellierung von Widersprüchen aus, als Ethnisierungsprozessen Vorschub zu leisten.
Die Verbindungen zur generellen Ungerechtigkeit verlaufen nicht zuletzt über die Wohnungsnot, die neue Armut und die Sparhaushalte, die von Ost nach West ausgebreitete Lohnrigidität, Erfahrungen mit Behördenwillkür und dem Sicherheitsstaat. Dieses Feld den Faschisten zu überlassen, wäre oder ist bereits eine Katastrophe. Antirassistische Politik sieht sich also dem Anspruch ausgesetzt, Aktionen gegen die Ausländerbehörden und Gerichte mit allgemeiner Behördenwillkür zu verbinden, Zusammenhänge zwischen Kampagnen gegen die Flüchtlingssozialhilfe mit allgemeinen Leistungskürzungen herzustellen, Lager mit der Wohnungslosigkeit zu verknüpfen und Fluchtgründe mit dem Hinweis, daß "die Interessen der Herrschenden nicht unsere sein können". Erst so würde die rassistische Staffelung von unten aufgerollt werden können, statt sie zu zementieren und erst solche Politik würde deutlich machen, daß sich Schwarze, weiße Unterklassen und Linke in ihrem Anspruch auf die elementaren Lebensmittel Wohnung, Ernährung, Beweglichkeit und körperliche Unversehrtheit kaum voneinander unterscheiden dürften.

Bremen am 15ten Januar 1993



Zum 60. Jahrestag der Machtübergabe an die Nazis am 30.1.1993

Redebeitrag Kundgebung 30.1.93

Heute jährt sich zum sechzigsten Mal der Tag, an dem Hitler von Hindenburg zum Reichskanzler ernannt wurde. Diesem Tag der Machtübergabe gingen bereits seit 1930 willkürliche "Notverordnungen" voraus, und es folgten rasant Gesetzesänderungen, die die Grundrechte der Menschen immer weiter einschränkten.
Den in letzter Zeit oft diskutierten und von verschiedensten Leuten strapazierten Vergleich der heutigen Situation mit der Weimarer Republik will ich hier nicht aufwärmen, aber die Frage nach dem Denken, Fühlen und Handeln von Menschen damals, heute, hier und an anderen Orten geht nicht aus dem Kopf.
Vom Staat klug eingefädelt, von Medien geschickt vorbereitet und angeheizt werden in letztr Zeit mal wieder massiv und fast widerspruchslos Einschränkungen von menschlichen Grundrechten in Verträge, Verordnungen und Gesetze gepackt und durchgezogen.
Dabei erfüllt der angeheizte Rassismus, die absichtliche Mobilisierung des rassistischen Potentials hier in der BRD, gerade vor dem Hintergrund der gegenwärtigen politischen und ökonomischen Veränderungen in der Welt eine wichtige Funktion. Er ist das Mittel, das in den Köpfen der Menschen genau die jetzt geplanten Veränderungen vorbereiten sollte.
Die Rechnung ging auf. Während erschreckte Aufschreie über das Erstarken der Faschos, brennende Flüchtlingsheime und den kaum verhohlenen Beifall aus der Bevölkerung im Vordergrund standen, unterzeichnete der saubere Herr Kinkel das Abkommen mit Rumänien über die Deportation der Roma, das am 1. November 1992 fast ohne Öffentlichkeit in Kraft trat. Es wurde eingeleitet von einer groß angelegten, geheimen Aktion, bei der die Polizei in über 1000 Wohnungen bereits länger hier lebender RumänInnen eindrang, um die Menschen zur Abschiebung festzunehmen.
Dabei kam unsere Einbindung in den Schutz von Flüchtlingen und den Kampf gegen Faschos dem Staat nicht ganz ungelegen. Dem Deportationsabkommen mit Rumänien folgte der sogenannte "Asylkompromiß", die Planung für die Änderung des GG Art.16, nach dem das ohnehin schon eingeschränkte Recht auf Asyl in Deutschland faktisch abgeschafft wird. Nur noch nach Profit- und Verwertbarkeitsgesichtspunkten "wertvolle" Ausländer haben in Deutschland Platz. Die gegenwärtige Asylpolitik zielt darauf ab, europaweit eine kontrollierbare illegale Einwanderung zu ermöglichen, um damit den profitablen illegalen Arbeitsmarkt zu erweitern.

ES REICHT NICHT
- ZU WISSEN
- DAGEGEN ZU SEIN
- DIE POLIZEI ZU RUFEN
WENN IN DEUTSCHLAND MENSCHEN BRENNEN
WIR MÜSSEN ES VERHINDERN
STOPT RASSISMUS!

Außerdem sollen Flüchtlinge natürlich als Sündenböcke für die wirtschaftliche Krise herhalten, in der Deutschland und die gesamte Weltwirtschaft jetzt stecken.
Die Änderung des Artikels 16 GG dient aber auch als ein 1. Schritt, der weitere Zugriffe auf das Grundgesetz erleichtern soll.
So darf z.B. Deutschlands Großkapital bei der - nach dem Zusammenbruch der sogenannten II. Welt zwangsläufigen - Neuaufteilung nichts verpassen, und das erfordert den Einsatz deutscher Truppen in anderen Regionen der Welt! Die zunehmende Militarisierung Deutschlands scheint in der Öffentlichkeit mittlerweile kaum noch Protest zu erregen. Vor zwei Jahren, nach Beginn des Golfkrieges, hatten ähnliche Vorschläge aus Bonn noch wilde Entrüstung ausgelöst. Inzwischen hat sich schon ein breiter Konsens gebildet, der sogenannte "Blauhelmeinsätze" fordert und für unverzichtbar hält.

Nicht nur um die GG-Änderungen in die Praxis umzusetzen, sondern auch um zukünftige Aufstände und Proteste kontrollieren zu können, die aus der Wirtschaftskrise und der damit verbundenen Verschärfung der sozialen Lage erwachsen werden, beabsichtigen die Herrschenden den Aufbau eines zunehmend mächtigeren Polizeiapparates.
In diesem Zusammenhang steht auch die beispielsweise von der CDU geforderte Verschärfung des Landfriedensbuchsparagraphen.
Argumentiert wird vor dem Hintergrund der faschistischen Überfälle der letzten Monate mit der Notwendigkeit, der Gewalt auf der Straße zu begegnen. Diese Argumentation entpuppt sich als Farce, wenn wir betrachten, daß bisher die bereits vorhandenen "Rechtsmittel" nie voll gegen rassistische und faschistische Angreifer angewendet wurden, dennn diese werden nocht gebraucht.
Der gegenwärtige Rechtsruck in Politik und Gesellschaft ist unübersehbar.
Der sogenannte "Asylkompromiß" beispielsweise ist nichts anderes als die Pogrome des letzten Herbstes gesellschaftsfähig gemacht.
Zeitungsmeldungen der letzten Tage beschwören im Schein der Lichterketten einen Rückgang der Gewalt gegen Flüchtlinge. Diese finden sich eben längst mit gleicher grausamer Härte im neuen sauberen Gewand der Gesetzesänderungen wieder. Unser Ziel ist es, die Politik dieser Krawattenrassisten zu blockieren. Deshalb rufen auch wir auf zur bundesweiten Blockade des Bundestages am Tag X, dem Tag der dritten Lesung des neuen Asylgesetzentwurfs in Bonn.

Wir fordern:

Bleiberecht und offene Grenzen für Alle!
Blockiert Verwaltungsbeamte und Schreibtischtäter, die verantwortlich sind für die unzumutbaren Lebensbedingungen der Flüchtlinge hier!
Keine out-off-area-Einsätze der Bundeswehr!
Kommt mit zur bundesweiten Blockade des Bundestages!

"Rechtshilfe für Flüchtlinge"
Sparkasse Göttingen
Bankleitzahl 260 500 01
Konto-Nr.: 1800 5868



Bundstagsblockade in Bonn am Tag der 3, Lesung des "Asylkompromisses"

Der aktuelle Stand:
Es hat mehrere bundesweite autonome Vorbereitungstreffen sowie ein erstes Treffen mit dem "Bündnis", in dem Gruppen wie Pro Asyl und dem Komitee für Grundrechte und Demokratie vertreten sind, gegeben. Es wird am Tag vorher eine gemeinsame Pressekonferenz geben sowie am Morgen des Blockadetages eine gemeinsame Auftaktkundgebung. Danach scheiden sich die Geister ein wenig, liegen jedoch nicht zu weit auseinander. Das "Bündnis" ruft zu einem friedlichen Einsickern in die Bannmeile auf um dierekt vor dem Bundestag zu demonstrieren. "Unser" Ziel ist es zunächst eine wirksame Blockade des Verkehrs um und in die Bannmeile zu erreichen und durch phantasievolle Aktionen so etwas wie Chaos herzustellen. Hierzu gibt es schon Pläne mit den entsprechenden Blockadepunkten und eine Aufteilung der Städte. Was dann später noch alles möglich ist, wird sich dann vor Ort entscheiden. Am Ende der verschiedenen Aktionen soll es noch eine gemeinsame Abschlußkundgebung geben.
Wahrscheinlich wird das ganze Anfang April stattfinden. Die letzten offiziellen Stellungnahmen lauteten, daß die 1. Lesung der "Asylbegleitgesetzte" am 5.3. stattfinden soll und die beiden 3. Lesungen (Art. 16 und Begleitgesetze) Anfang April, damit sie nach Ostern in Kraft treten können.

Zur Vorgeschichte:
Als im Kontext der rassistischen Hetze über ein angebliches "Asylproblem", der Ignoranz gegenüber den massenhaften Angriffen auf Flüchtlinge und deren Wohnungen bzw. Lagern, der Absprachen zwischen Bullen und Faschisten in der Rostocker Brandnacht und den Morden von Mölln die SPD einer Änderung von Art.16 GG zustimmte, und am 1.2. der sogenannte "Asylkompromiß" zwischen CDU/CSU, FDP und SPD verabredet wurde, haben sich Antifa-Zusammenhänge aus dem Köln-Bonner Raum überlegt dem etwas entgegenzusetzten und zu einer Bundestagsblockade aufzurufen.
Die Mobilisierung erfolgte zunächst in einem engen Antifa-Spektrum, wobei das Ziel jedoch von vornherein war möglichst viele Menschen auf die Straße zu "bringen". Unabhängig davon haben sich Gruppen und Institutionen aus dem kirchlichen, menschenrechtlichen, anti-rassismus Spektrum ähnliches überlegt.

Die Einschätzung:
Wir glauben, daß die Abschaffung des Grundrechtes auf Asyl, die Änderung des Art. 16 beschlossen ist und nicht mehr aufgehalten werden kann. Wir glauben auch, daß sie notfalls den gesammten BGS aufbieten werden um die Bannmeile zu verteidigen. Wir halten es aber trotzdem für richtig an dem Tag nach Bonn zu fahren, weil dort die Leute sitzen die diese Schweinereien verabschieden und um zu zeigen, daß dies nur möglich ist, indem sie von Bullen umringt sind! Zahlreiche Aktionen und Veranstaltungen in den Städten vorher und an dem Tag sind natürlich ausdrücklich erwünscht.
Es geht bei dieser Blockade eigentlich nicht um den Art. 16. Er ist in der jetzigen Fassung, in Verbindung mit dem Asylbeschleunigungsgesetz und dem Roma Deportationsabkommen schon eine Farce. Daß unsere Forderungen nach offenen Grenzen viel weitergehender sind ist klar. Trotzdem ist es für viele im Moment die einzige legale Möglichkeit ins Land zu kommen, und die gilt es zu erhalten!!!

Alle Frauen und Lesben, die an der Blockade des Bundestages in Bomm am Tag X, wenn die Änderung des Grundrechts auf politisches Asyl beschlossen wird, teilnehmen wollen, fordern wir auf, sich in Bonn am Sammelpunkt Theodor-Heuss-Straße zu treffen, um dann zu einem gemeinsamen Blockadetreffpunkt zu gehen.
Ob wir FrauenLesben dann eine eigene Blockade bilden oder nur einen Block in einer gemischten Blockade, hängt von unserer Stärke ab.
Also kommt alle !!!

VORBEREITUNGSTREFFEN FÜR FRAUENLESBEN IN GÖ:

DI, 2. MÄRZ, 20 UHR, FLZ

Zur autonomen Szene in Göttingen



Wir haben die Schnauze voll von Gejammer und Sozialdemokratismus, wir wollen uns nicht integrieren lassen, wir werden unsere Meinung sagen.
Wir haben genausowenig die Weisheit mit Löffeln gefressen, wie alle anderen, wir haben mehr offene Fragen als Antworten.
Dieses Papier gibt unseren momentanen Diskussionsstand wider. Da wir seit Jahren in Göttingen leben und politisch arbeiten, bezieht sich dieses Papier hauptsächlich auf Erfahrungen, die wir innerhalb der Göttinger autonomen Szene gemacht haben.
Natürlich wollen wir mit unserer Kritik anpissen, natürlich geht manche notwendige Differenzierung in der Polemik unter und natürlich sind wir auch ungerecht.
Es werden sich Leute/Gruppen angesprochen fühlen, die wir nicht meinen, und Leute/Gruppen die wir meinen, nicht.
Kurz – das folgende ist ein Rundumschlag mit allen Schwächen. Wir sind der Meinung, daß es nicht so weiter gehen darf und wollen eine offene und hoffentlich harte, aber konstruktive Diskussion.



Das Jahr 1989

ist in jeder Beziehung das Jahr der einschneidenden Ereignisse. Sicher spielen auch andere Ereignisse und Entwicklungen in den Jahren vorher eine wesentliche Rolle für das, was sich 1989 alles ereignete, doch in diesem Jahr kulminieren die meist traurigen Höhepunkte der verschiedenen Entwicklungen.



1. WELTPOLITISCH

1989 ist das Jahr des endgültigen Sieges des Imperialismus über das "Reich des Bösen". Die sozialistische Staatengemeinschaft geht, bis auf wenige Ausnahmen, unter, die komplette Nachkriegsordnung versinkt von einem Tag auf den anderen; innerhalb kürzester Zeit, ohne das ein Schuß fällt, landet eine Weltmacht auf dem Müllhaufen der Geschichte.
Weltweit bedeutet dies für die Linke, für Befreiungsbewegungen sowie für verschiedene junge Nationalstaaten den kompletten Zusammenbruch des politischen Koordinatensystems. Dabei ist es nicht entscheidend gewesen, ob man/frau sich positiv, negativ, kritisch, loyal, distanzierend, in Abhängigkeit oder solidarisch auf die sozialistischen Staaten und Befreiungsbewegungen bezogen hat, entscheidend ist, daß man/frau sich darauf bezogen hat. Die BRD-Linke hat es (zumindest in den 80er Jahren) nicht geschafft, ihren Standpunkt innerhalb dieses Koordinatensystems zu bestimmen. Dies führte dazu, daß es für sie immer nur zeitweise Berührungspunkte (z.B. Nicaragua, El Salvador, Kuba, Kurdistan, Palästina etc.) gab, die aber nur in den seltensten Fällen zu einer kontinuierlichen Form von kritischer Solidarität ausgearbeitet werden konnten. So trifft denn auch der globale Siegeszug des Imperialismus die gesamte Linke mehr oder weniger stark, vor allem auch, weil die imperialistischen Staaten noch aggressiver als zuvor – sowohl nach innen als auch nach außen – auftreten können. Übrig bleibt oft Resignation und Orientierungslosigkeit.

2. GROSSDEUTSCHLAND

Das, wovor wir immer gewarnt haben, wird innerhalb von Stunden zur Realität, die DDR wird von der BRD annektiert. Nein, wir waren nie Freunde der spießig, muffig-preußisch, repressiven DDR; wenn wir vom Sozialismus träumten, dann bestimmt nicht von der "Zone", aber die plötzliche Gewissheit des 4. Reiches deutscher Nation war ein Schock, von dem wir uns bis heute nicht erholt haben. Jahrzehntelang warnte die radikale Linke vor Nationalismus, Revanchismus und der damit einhergehenden Faschisierung von Staat und Gesellschaft. Das, was es noch an linken Strukturen und Gruppen im weitesten Sinne in der BRD gab, brach innerhalb kürzester Zeit nahezu komplett zusammen. Die verschiedenen "Nie wieder Deutschland"-Demos sind da gerade noch ein letztes trotziges Todeszucken, mehr nicht.
Sicher, die autonome, undogmatische Linke hat hierbei noch die wenigsten Blessuren einstecken müssen, doch auch hier wurde die politische Orientierungslosigkeit immer größer. Insgesamt haben sich große Teile der Linken von diesem "Anschlußtrauma" bis heute nicht erholt, während der andere Teil seinen längst vorbereiteten Absprung hin zu dem Müslitopf der Mächtigen vollzogen hat.
Die Kriegshetze von Gremliza und Pohrt (in der "konkret") im Zuge des Irak-Krieges war da nur der Anfang.
Mittlerweile beklagt sich ein Walter Jacobs von der taz darüber, daß "wir (nur) Geld und Wolldecken, bestenfalls Sanitäter" in die "Krisenregionen der Welt" schicken. Aus diesem Grunde will er seinem Sohn die Kriegsdienstverweigerung ausreden und ihn als Soldat in die "Krisenregionen" schicken. Genau, wir und Jacobs (übrigens bedauernswerter) Sohn schießen dann mit Panzern von Daimler (Aufkleber: Mein Freund ist Ausländer), bekommen unseren Sold über ein Konto der Dresdener Bank (Das grüne Band der Sympathie) und unseren FreundInnen wird im würdigen Rosengarten eine schöne Totenmesse von der CDU (es spricht Rita Süßmuth) ausgerichtet.
Oder der Bremer Umweltsenator Ralf Fücks (Grüne, Ex-K-Gruppenhäuptling), der eine Bundeswehreinsatztruppe zusammengestellt sehen will. So können diese Strategen deutscher Expansionspolitik, ähnlich wie Bundeswehrinspekteur Klaus Naumann, vor deutsche Soldaten treten und stolz verkünden: "Seit 1944 ist es das erste Mal, daß deutsche Soldaten außerhalb Deutschlands Weihnachten feiern" (Klaus Naumann, Weihnachten 1992 in Kampuchea). Diese Reihe an Beispielen ließe sich beliebig fortsetzen.

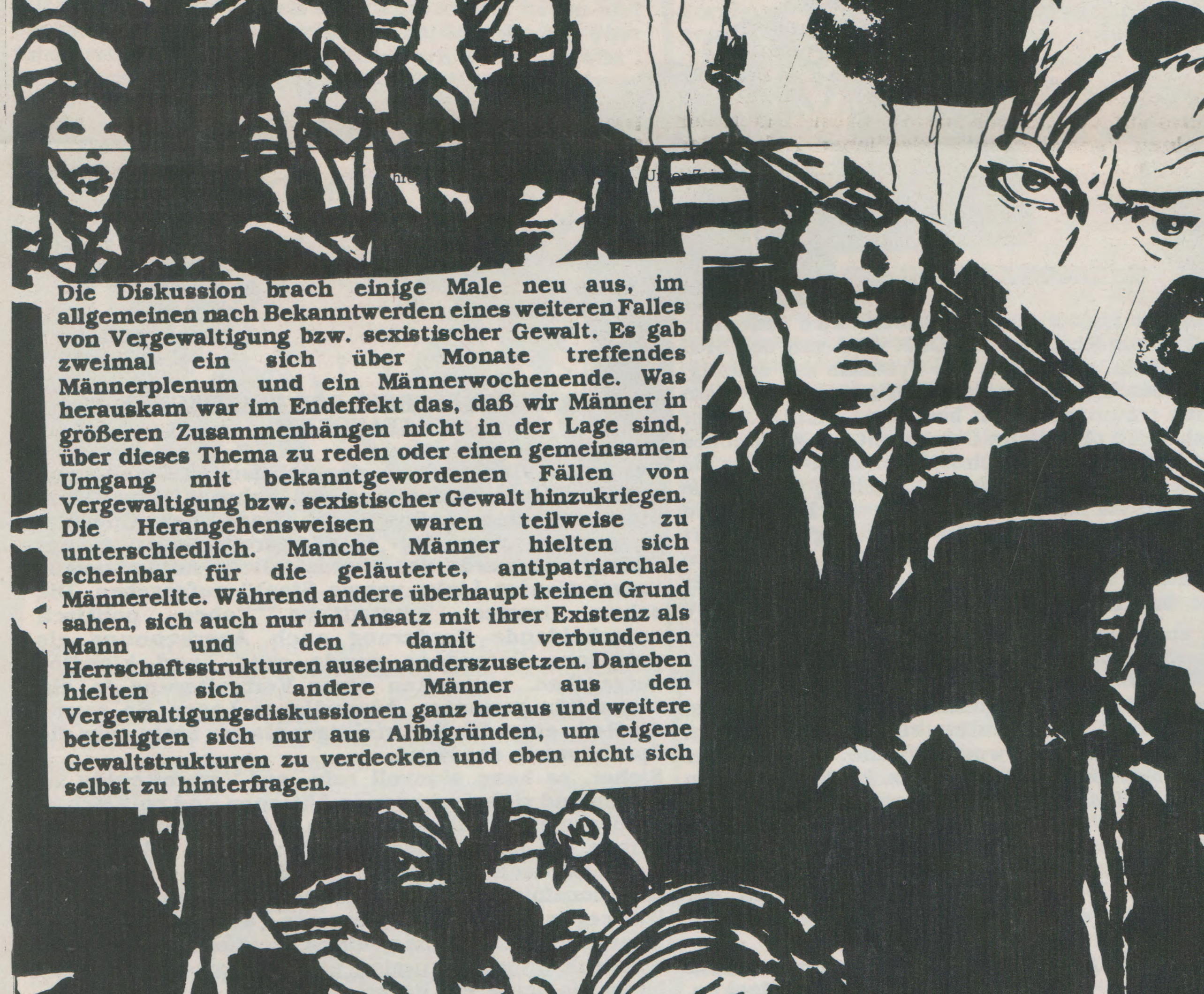
3. HUNGERSTREIK DER POLITISCHEN GEFANGENEN

Der letzte Hungerstreik der politischen Gefangenen aus RAF und Widerstand im Februar/März 1989 markierte den Anfang vom Ende der Guerilla. Ausgehend von der Hungerstreikerklärung der Gefangenen wurde der grundsätzliche Antagonismus "revolutionäre Linke versus Staat" aufgegeben. Die schon immer umstrittene, aber politisch entscheidende Forderung nach Anerkennung als politische Gefangene wurde sang- und klanglos aufgegeben, zugunsten einer Verbreiterung in ein humanitär gesinntes, bürgerliches Lager. So wurde die Rede eines Pfaffen wichtiger als der Stein oder die Sprühdose in der Hand.
Sicher, es kann sinnvoll sein, auf Verbreiterung zu setzen und sich deswegen in Aktionen und politischen Forderungen zurückzunehmen, und sicherlich haben gerade die Gefangenen das Recht, mit allen, eben auch taktischen Mitteln für die Beendigung von Isolationsfolter und Entmenschlichung zu kämpfen. Weswegen aber die gesamte autonome, anti-imperialistische Linke einen solchen politischen Schwenk ohne Diskussion und Reflexion mitmacht, bleibt bis heute ein Rätsel.
Auch für uns in Gö ist ein deutlicher Wendepunkt autonomer Politik zu sehen: Wir können uns nicht erinnern, ob während dieser Zeit die Frage unserer eigenen Vorstellungen und Ziele im Zusammenhang mit dem Hungerstreik der politischen Gefangenen diskutiert wurde. Ohne Reflexion, blind in der eigenen Orientierungslosigkeit, übernahmen wir eine Klammerfunktion zwischen Gefangenen und bürgerlich-sozialdemokratischem Lager. Die Guerilla existierte nicht mehr, doch wir klammern immer noch – einseitig am bürgerlich-sozialdemokratischen Gewissen dieses Staates.



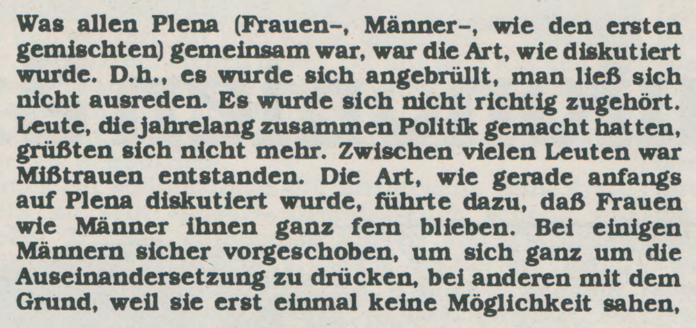
4. DIE INNEREN WIDERSPRÜCHE

1989 war auch das Jahr, in dem innerhalb der autonomen Szene in Göttingen schon lange vorhandene Widersprüche und Machtstrukturen offen aufbrachen. Am Anfang stand eine von einer Gruppe von Frauen öffentlich gemachte Vergewaltigung durch einen Typen aus der Szene. (siehe auch weiter unten) Eigentlich wurde dadurch nur etwas öffentlich, was auch vorher hätte klar sein können: Trotz aller Ansprüche anders und herrschaftsfrei leben zu wollen, jede Form der Herrschaft von Menschen über Menschen abschaffen zu wollen, sind und waren auch wir nie frei von Machtstrukturen. Auch unter uns gab und gibt es beispielsweise Konkurrenzverhalten, Leistungsdenken und eben auch patriarchale Strukturen. Gerade die sind bis dato von den meisten Männern besonders gern unter den Teppich geschaufelt worden (und werden es häufig auch weiterhin). So mancher Mann sonnte sich lieber in seinem selbstgewählten revolutionären Mythos und drehte den Spieß teilweise sogar um und machte die Frauen für ihre auch in der autonomen Szene erfahrene patriarchale Unterdrückung selbst verantwortlich.
Das Jahr 1989 hätte ein Anfang sein können. Es hätte ein Anfang davon sein können, daß sich in der autonomen Szene endlich Männer über ihre Machtstrukturen gegenüber Frauen, über ihre eigenen sexistischen Denk- und Verhaltensweisen auseinandersetzen (und zwar auch im größeren Zusammenhang).
Es hätte ein Anfang sein können, patriarchale Strukturen in autonomen Zusammenhängen öffentlich zu thematisieren und schrittweise abzubauen. Es war aber eher ein Anfang vom Ende. Der Szenezusammenhang bzw. die Generation, die damals die Diskussion angefangen hatte, hat sich mittlerweile in ihre Einzelteile aufgelöst.



Die Diskussion brach einige Male neu aus, im allgemeinen nach Bekanntwerden eines weiteren Falles von Vergewaltigung bzw. sexistischer Gewalt. Es gab zweimal ein sich über Monate treffendes Männerplenum und ein Männerwochenende. Was herauskam war im Endeffekt das, daß wir Männer in größeren Zusammenhängen nicht in der Lage sind, über dieses Thema zu reden oder einen gemeinsamen Umgang mit bekanntgewordenen Fällen von Vergewaltigung bzw. sexistischer Gewalt hinzukriegen. Die Herangehensweisen waren teilweise zu unterschiedlich. Manche Männer hielten sich scheinbar für die geläuterte, antipatriarchale Männerelite. Während andere überhaupt keinen Grund sahen, sich auch nur im Ansatz mit ihrer Existenz als Mann und den damit verbundenen Herrschaftsstrukturen auseinanderzusetzen. Daneben hielten sich andere Männer aus den Vergewaltigungsdiskussionen ganz heraus und weitere beteiligten sich nur aus Alibigründen, um eigene Gewaltstrukturen zu verdecken und eben nicht sich selbst zu hinterfragen.

Während der Diskussionen sind viele Fragen aufgetaucht, die zumindest in größeren Zusammenhängen nie gelöst wurden. Das gilt für die Definition von "Vergewaltigung" genauso wie dafür, wer beurteilt bzw. und wie soll beurteilt werden, daß sich ein Vergewaltiger mit seinen patriarchalen Strukturen auseinandergesetzt hat (bzw. damit begonnen hat). Teilweise wurden diese nicht gelösten Fragen aber auch als "Totschlagsargumente" benutzt und trugen auch dazu bei, daß eine gemeinsame Diskussion unmöglich wurde und ist.



Was allen Plena (Frauen-, Männer-, wie den ersten gemischten) gemeinsam war, war die Art, wie diskutiert wurde. D.h., es wurde sich angebrüllt, man ließ sich nicht ausreden. Es wurde sich nicht richtig zugehört. Leute, die jahrelang zusammen Politik gemacht hatten, grüßten sich nicht mehr. Zwischen vielen Leuten war Mißtrauen entstanden. Die Art, wie gerade anfangs auf Plena diskutiert wurde, führte dazu, daß Frauen wie Männer ihnen ganz fern blieben. Bei einigen Männern sicher vorgeschoben, um sich ganz um die Auseinandersetzung zu drücken, bei anderen mit dem Grund, weil sie erst einmal keine Möglichkeit sahen, sich an größeren Diskussionen zu beteiligen.

Auch unter uns, den Verfassern dieses Papiers, tauchten beim Diskutieren über diesen Teil Widersprüche auf. Es stellten sich die gleichen Fragen, die während der damaligen Diskussionen unter uns Männern nicht gelöst wurden. Es brachen genauso die alten Streitereien auf, wie sie damals auf den diversen Männerplena existierten. So haben wir verschiedene Auffassungen über den oben erwähnten Fall, der die Diskussion erst auslöste: für einige von uns war es eine Vergewaltigung, für andere nicht. Wir haben die Zeit unterschiedlich erlebt, unterschiedliche Positionen vertreten, uns unterschiedlich verhalten bzw. nicht verhalten. Einige haben, bis auf die ersten ein oder zwei gemischten Plena, in erster Linie nur mit Männern (Männerplena wie Männergruppe und Freunde) diskutiert. Andere haben sich aufgrund des Miteinanderumgehens aus den Plena gänzlich herausgezogen und vor allem mit befreundeten Frauen, die sich ebenfalls auf Grund des Umgangs miteinander aus allen Plena rausgezogen hatten, diskutiert. Andere haben sich erst einmal gar nicht verhalten und auch nicht die Kritik an den eigenen patriarchalen Strukturen an sich herangelassen.



Dieser Absatz soll zumindest ansatzweise einen ziemlich entscheidenden Grund skizzieren, warum es in unserer Szene so aussieht, wie es jetzt aussieht, bzw. warum sogenannte gemischte Zusammenhänge sich größtenteils aus Männern zusammensetzen. Und wenn wir uns über "autonome Organisierung" oder unsere schlechten Strukturen unterhalten, finden wir beim Thema "Sexismus/Patriarchat" eine der entscheidenden Ursachen dafür. An diesem Thema werden wir nicht vorbeikommen, wenn wir (auch oder gerade unter uns) irgendwann mal wieder einen Schritt nach vorne kommen wollen, bzw. wenn wir Männer als Revolutionäre und Antifaschisten glaubwürdig sein wollen.

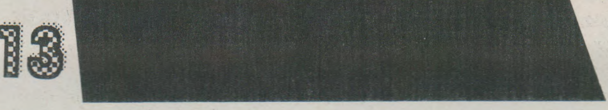
5.DER ANTIFASCHISTISCHE KAMPF UND DER 17.11.

Im Laufe des Jahres 1989 nahmen die Auseinandersetzungen mit den Nazis in der Stadt wieder zu. Übergriffe und Überfälle häuften sich, und es galt, dieser Entwicklung gemeinsam und entschieden etwas entgegenzusetzen. Während dieser Überlegungen tauchten aus unserer Sicht unglaubliche Widersprüche innerhalb des autonomen Spektrums auf. Während es für den einen Teil nach wie vor klar war, dorthin zu gehen, wo die Nazis sind und sie, wenn möglich, zu vertreiben, wollten andere symbolisch/öffentlichkeitswirksame Aktionen/ Demos, bei denen ein direkter Kontakt mit den Nazis möglichst ausgeschlossen werden sollte.
Konkret wurde innerhalb der Szene wochenlang um die Frage gestritten, ob man/frau während einer abendlichen Antifademo durch die Stadt auch zu der Kneipe gehen sollte, in der sich die Nazis zu dieser Zeit regelmäßig trafen.
Vermutlich hatten damals viele Leute Angst vor möglichen Auseinandersetzungen, die sich beim Aufeinandertreffen mit den Nazis hätten entwickeln können. Doch anstatt über diese Ängste zu reden, wurden so lange Scheinargumente gegen diese Aktionen diskutiert, bis schließlich ein gemeinsames Vorgehen unmöglich wurde.
Da solche größeren Aktionen insgesamt mit der Szene immer unmöglicher wurden, gleichzeitig aber das Auftreten der Nazis immer dreister und brutaler wurde, entwickelten sich Strukturen, um den Nazis mit kleinen, flexibeln Gruppen entgegentreten zu können. In Zusammenhang mit einer solchen Aktion wurde Conny am 17.11.89 von den Bullen in den fließenden Verkehr gejagt und starb. Die Eskalation zwischen den Autonomen auf der einen, Bullen und Nazis auf der anderen Seite, hatte damit in Göttingen ihren grausamen Höhepunkt erreicht.
Connys Tod führte uns auf furchtbare Art und Weise vor Augen, was es heißen kann, sich gegen den Staat zur Wehr zu setzen und sich nicht an die staatlich sanktionierten Spielregeln zu halten. Daß dies, bei aller Wut und Trauer, ein Abschreckungseffekt hatte, der seine Wirkung bei vielen von uns hinterlassen hat, sollte für jede/jeden verständlich sein. Warum darüber, gerade auch im nachhinein, so wenig miteinander geredet wurde, zeigte aber wieder deutlich den schlimmen Zustand der Szene.
Auf der anderen Seite bewies die autonome Szene, unter Berücksichtigung des Umstandes, daß eine Freundin/Genossin in den Tod getrieben wurde, was sie alles auf die Beine stellen kann. In kurzer Zeit, mit aktiver Beteiligung von ganz vielen (nicht nur autonomer) Menschen wurde viel getan, um die Umstände von Connys Tod öffentlich zu machen.
Ein Ergebnis war die Demo am 25.11.1989, die unseren Willen zeigte, gegen die Bullen auf die Straße zu gehen und auf der anderen Seite die Entschlossenheit der Herrschenden, die mit ihrer Knüppelgarde dagegen hielten. Diese Konfrontationsstufe gegenüber den Bullen ist von uns in der Folgezeit allerdings nicht aufrecht erhalten worden (mit Ausnahme des "Kommandos Pom Pom", das den Carport eines Bullen abfackelte).

Nach der 25.11. Demo wurden viele Energien in die Aufdeckung der Bullenstrukturen und -praktiken gesteckt, zu einem aktiven Eingreifen kam es nicht mehr. Die Bullen dagegen verschärften die Konfrontation von sich aus, zumindest bis Ende 1991. Erinnert sei hier nur an die ersten monatlichen Mahnwachen zu Conny, die beiden Jahresdemos zu Conny 1990 und 1991 und nicht zuletzt an den von den Bullen praktizierten wochenlangen Ausnahmezustand in Göttingen während des Golfkrieges. Nicht zu vergessen die Ausschnüfflungs- und Observierungsbestrebungen des LKA in den letzten anderthalb Jahren.

ZURÜCK INS HIER UND JETZT

Das was sich an Veränderungen und Einschnitten 1989 vollzogen hat, setzt sich bis heute fort. Die imperialistischen Staaten bauen weiter an einer neuen Welt(wirtschafts)ordnung. Wie zu erwarten war, sind die militärischen und ökonomischen Spannungen nicht geringer, sondern schwerwiegender und brisanter geworden.
Die imperialistischen Mächte stehen am Vorabend einer ökonomischen Krise, die das Elend der Menschen im Trikont weiter verschlimmern wird und auf der anderen Seite die Gegensätze in den Metropolen schärfer werden läßt. Großdeutschland hat sich am Bissen DDR kräftig verschluckt, die sozialen Spannungen wachsen, die faschistische Krisenlösungsvariante findet immer breitere Basis in der Bevölkerung, die Saat der Herrschenden geht auf. Mit Hilfe des Naziterrors gegen Flüchtlinge schottet sich Großdeutschland gegen die von ihm selbst mitproduzierten Armutsflüchtlinge und politisch, rassistisch und sexistisch Verfolgten ab. Eine parlamentarische Opposition existiert nicht mehr, die Sozialdemokratie steht da, wo sie in ihrer über 100-jährigen Geschichte immer stand - auf der Seite der menschenverachtenden Schweine. Die extreme Rechte erhält Zulauf wie lange nicht mehr, Stammtischparolen werden zu Antworten auf die politisch/ökonomische Krise, der deutsche Michel emanzipiert sich mal wieder in Pogromen, während die Bullen zuschauen.
Und die Linke?
Sofern sie überhaupt noch vorhanden ist, schafft sie es kaum noch, sich politisch zu artikulieren. Sicher, es gehen viele Menschen auf die Straße, aber viel mehr als Betroffenheit (um nicht falsch verstanden zu werden, das ist in unseren Augen nichts negatives, nur eben zu wenig), Nazis raus und diffuse Solidarität mit den Flüchtlingen und AusländerInnen wird kaum benannt.
Die Autonomen sind sicher diejenigen, die den FaschistInnen noch am entschiedensten entgegentreten, wobei auch hier von einem politisch halbwegs geplanten Vorgehen kaum die Rede sein



Die Situation in Göttingen

DIE AUTONOME ANTIFA(M)

Dieser Gruppe ist es aufgrund des desolaten Zustandes der Göttinger Szene gelungen, trotz massiver Kritik und teils offener Ablehnung, zur spektakulärsten Kraft in Göttingen zu werden. Es gelang ihr, wichtige Bereiche autonomer Politik zu okkupieren und nach außen zu repräsentieren. Daß dem so gut wie nichts entgegen gesetzt wurde und wird, ist natürlich nicht der Antifa(M) vorzuwerfen, sondern der Göttinger Szene, die bisher nicht in der Lage war, eine öffentliche Debatte über die Politik der (M) zu führen bzw. über ihre eigenen Schwächen.
Hierbei muß bedacht werden, daß sich die Antifa(M) zu einem Zeitpunkt als politische Kraft in Göttingen etablierte, als sich der Rest der Göttinger Szene vor allem an der Sexismusdiskussion zerstritt (siehe auch weiter oben "Die inneren Widersprüche"). Die Antifa(M) verhielt sich zu diesen Diskussionen so gut wie gar nicht; im Gegenteil: unter Mißachtung des Restes der Göttinger Szene zogen sie ihre Kampagnenpolitik ("Nie wieder Deutschland"-Demos, Silvesterumzüge) durch. Parallel hierzu verzeichneten sie durch ihre Veröffentlichungen ein Bild von Göttingen, das de facto falsch war und ist. Sei es auf Flugblättern, in Städteberichten oder in Veröffentlichungen in überregionalen Zeitungen: es wurden und werden immer nur glorifizierende Berichte aus Göttingen gemacht (nach dem Motto: "Ganz Gallien ist besetzt! Ganz Gallien? Nein! Ein von unbeugsamen Galliern bevölkertes Dorf hört nicht auf, dem Eindringling Widerstand zu leisten"). Der desolate Zustand in Göttingen wurde und wird geflissentlich verschwiegen.
Die Schwächen der Autonomen sind der Antifa(M) natürlich bekannt. Ihre Lösung: Sie will diesem Problem eine Organisation als Rahmenbedingung entgegensetzen, um unsere inneren Widersprüche zu überwinden, insbesondere die Widersprüche, die die gemischten Zusammenhänge durch mangelnde Diskussion über patriarchale Strukturen zerbrechen lassen (nach: Diskussionspapier zur autonomen Organisierung, Autonome Antifa M, August 1991). Wer denkt, innere Widersprüche, patriarchale Strukturen und mangelnde Fähigkeiten, miteinander zu reden, ließen sich durch eine Organisation überwinden, der/die hat nichts kapiert, denn gerade diese Widersprüche haben doch in der Vergangenheit die Autonomen und gemischten Zusammenhänge zerrieben. Die (M) kann deshalb mit ihrem Organisationsversuch trotz gegenteiliger Beteuerungen die Probleme der Autonomen nicht lösen, nicht einmal ein Stückchen. Sie sieht in den politischen Widersprüchen der Szene eben nur ein technisch/strukturelles Problem.

Diese Sichtweise konnte bei der (M) nur zur Entpolitisierung führen, theoretisch wie praktisch. Inhaltlich bringt die Antifa(M) denn auch in ihren diversen Veröffentlichungen nichts anderes, als die Wiederholung allgemein verbreiteter, mehr oder weniger platter linker Weisheiten mit nostalgischen Rückgriffen auf kulturelle und politische Elemente des antifaschistischen Kampfes in der Weimarer Republik.





Zudem tun sich neue/alte Widersprüche auf (die revolutionäre Organisation x Medien = wirksame legale Organisation).
Mangelnde eigene politische Inhalte der Antifa(M) und ihre Orientierung auf die bürgerlichen Medien führen dann auch zu ihrer katastrophalen praktischen Politik in Göttingen. Dazu einige Beispiele: So organisierten sie eine Demo, wobei sie schon im Vorfeld der Stadt, den Bullen, dem Innenministerium und den Göttinger Geschäftsleuten einen friedlichen Verlauf garantierten und als Gegenleistung im Rahmen der Deeskalationsstrategie der Göttinger Bullen vermummt und ohne Bullenspalier demonstrieren durften. Das wurde dann gefeiert als Durchsetzung einer militanten vermummten, autonomen Demo.

Dabei wurde auf Vorbereitungstreffen und -papieren der schwarze Block an sich völlig losgelöst von der politischen Situation als Ausdruck autonomer Politik verkauft. Parallel dazu wurde in Presseerklärungen, die kurz vor der Demo in der Stadt am Büchertisch auslagen, sowie auch nach der Demo auf Treffen und in Presseerklärungen der schwarze Block (bzw. Vermummung und das Rumlaufen mit Helmen) als reine Selbstschutzmaßnahme gegen evtl. Bullenangriffe erklärt. Genau diese Erklärung für einen eventuellen schwarzen Block fiel auf Vorbereitungstreffen bzw. im vorgestellten Konzept gar nicht.
Mit dieser (gewollten oder ungewollten) Doppelstrategie versuchte sich die Antifa(M) der Kritik, die ihr gegenüber nach der Demo mehrfach geäußert wurde, nämlich das Reduzieren autonomer Politik auf reine Äußerlichkeiten bzw. Ritualgehabe, zu entziehen. Eine Erklärung zu diesem Vorgehen gab es von der Antifa(M) jedenfalls in den verschiedenen Äußerungen nicht.
So gab es auf der Demo am 10. Oktober 1992 (wie auch bereits auf der Silvesterdemo) OrdnerInnen der (M), um einen "geordneten", friedlichen Ablauf der Demo zu garantieren. Damit auch ja keine Scheibe zu Bruch geht, stellten sie sich schützend vor die Deutsche Bank. Klar, daß unter solchen Bedingungen die Bullerei auch nicht mehr zu erscheinen braucht, wo die Autonomen doch jetzt schon ihre eigenen Sicherheitskräfte mitbringen. Für uns stehen derartige OrdnerInnen im klaren Widerspruch zu autonomer bzw. selbstbestimmter Politik. Wenn es auf einer Demo zu ungezielten Aktionen, zu sexistischen Sprüchen, zum Alkoholkonsum etc. kommt, sind für uns alle Leute gefragt, sich dazu zu verhalten. Ein Umgang mit Leuten, die auf Demos irgendwelche "Scheißaktionen" bringen, darf und kann für uns nicht an Hilfssheriffs deligiert werden.
Ansonsten weckten die roten Armbinden bei einigen Menschen noch ganz andere Assoziationen, nämlich die faschistischer Symbolik.
Nach dem in der Tat umstrittenen Anschlag auf das Wohnmobil des Stadtdirektors distanzierte sich die (M) auf einer Kundgebung öffentlich u.a. von diesem Anschlag, während am selben Tag der Oberstadtdirektor die Antifa(M) als liebe Autonome lobte, mit denen man ja reden kann.
Diese Art von Politik zu betreiben, heißt eben doch, "alle Inhalte und Aktionen danach auszurichten, wie wir am schnellsten in die Glotze kommen" (Zitat: Diskussionspapier zur autonomen Organisierung). Und es ist doch ein Widerspruch, einerseits den Anspruch zu formulieren, eine revolutionäre Organisation gründen zu wollen und andererseits sich als verläßlichen "Partner" von Bullen, Stadt und Kapital darzustellen. Es drängt sich die Vermutung auf, daß der Weg vom autonomen Zusammenhang zur legalen Organisation seine Opfer fordert. Eine autonome Gruppe, die Teil einer legalen politischen Organisation sein will, kann schlecht militante Demos organisieren - und am Ende geht man/frau den staatlichen Deeskalations- bzw Befriedungsstrategien auf den Leim, und wird doch noch zu einer "politisch, zahnlosen Folkloregruppe", (Zitat: Diskussionspapier zur autonomen Organisierung) vor der die Antifa(M) die Autonomen immer gewarnt hat. Auf diese staatlichen Strategien hereinzufallen und das Ergebnis, nämlich friedlich, vermummt und ohne Bullenspalier demonstrieren zu dürfen, als Erfolg zu feiern, ist auch deshalb gefährlich, weil die harte Bullenlinie im Hintergrund bestehen bleibt (siehe auch Frauendemo nach dem Gerichtsurteil zur Schließung des FLZ).
Die scheinbaren Widersprüche zwischen Göttinger Bullen/Staatsanwaltschaft auf der einen und LKA/Innenministerium auf der anderen Seite (so wie sie vom Göttinger Tageblatt über ihre gemeinsame Sitzung vor der 2.10.-Demo dargestellt wurde), sind nur zwei Seiten der selben Medaille, nämlich Alternativen, die nach Zweckmäßigkeit eingesetzt werden; mit den bekannten Zielen: Befriedung, Spaltung, Isolierung und Kriminalisierung von Widerstand. Deshalb ist die Einschätzung der Antifa(M) in ihrem Flugblatt "Die Häscher sind los" auch falsch, wenn sie scheinbare Widersprüche als wirkliche nimmt und dem LKA eine politische Niederlage andichtet, weil das LKA sich mit der von ihm eingeforderten "härteren Linie" nicht durchsetzen konnte.
Die Veröffentlichungen der Antifa(M) zu den 129a-Ermittlungen strotzen vor Widersprüchen, z.B. bei der Darstellung der Funktion des 129a. Einerseits beschreiben sie diesen Paragraphen meist als einen Ermittlungsparagraphen; andererseits wird in ihrem Flugblatt "Neueste Ermittlungen ..." der Anschein erweckt, die einzige Bedeutung des 129a sei es, Leute hinter Gitter zu bringen. Dann wieder werden in einem weiteren Flugi "Neueste Erkenntnisse über die 129a-Ermittlungen ..." die Hausdurchsuchungen vom 18.08.92 in Göttingen, im Südharz und in Berlin als "Schlag ins Wasser" bezeichnet, weil einige Leute für die in den Durchsuchungsbeschlüssen angeführten Anschläge ausschieden, da einer ein Alibi habe und zwei andere im Urlaub gewesen seien.
Abgesehen von der widersprüchlichen Einschätzung des 129a werden den Bullen hier unnötige Informationen geliefert, wie auch im Flugi "Die Häscher sind los" zu den Hausdurchsuchungen in Uelzen (Zitat: "Anderes Material, das zur Stützung des abstrusen LKA-Vorwurfs des geplanten Sprengstoffanschlags sicherlich dienlicher gewesen wäre, wie z.B. Ausgaben der Zeitung "Radikal", wurden nicht mitgenommen").
Wir erinnern da nur an Anna und Arthur (halten das Maul).
Unserer Meinung nach gehören auch auf den ersten Blick entlastend erscheinende Aussagen nicht in eine öffentliche Presseerklärung bzw. in Flugblätter.
Auf eine Kritik, u.a. über den leichtfertigen Umgang mit dem 129a-Ermittlungen, reagierte die (M) mit Spekulationen darüber, wer denn diese Gruppe sei, die da wagt, Kritik zu üben, und unter welchem Namen sie wohl noch auftrete. Auch das interessiert nur die Bullen! Abgesehen davon bezwecken diese Spekulationen, Kritik herunterzuspielen und den Anschein zu erwecken, es gäbe doch nur eine Gruppe in Göttingen, die Kritik an der (M)-Politik habe.
Zu den Menschen und Gruppen in Göttingen, die nicht die (M)-Politik vertreten, hat die Antifa(M) mittlerweile ein fast ausschließlich funktionales Verhältnis aufgebaut. In der Praxis wirkt sich das dann so aus, daß die Antifa(M) mit diesen Menschen und Gruppen eh nur noch dann diskutiert, wenn sie diese für ihre Kampagnenpolitik als organisatorischen Rahmen, für die finanzielle Absicherung etc. benötigt. Daß es auf der anderen Seite genauso Menschen und Gruppen gibt, die, aufgrund der avantgardistischen Machtpolitik, die die (M) betreibt, nur noch wenig Energien in die Auseinandersetzung mit der (M) stecken, wollen wir hier gar nicht verschweigen.
So ist unserer Meinung nach die restliche Szene mit daran schuld, daß es die (M) immer wieder schafft, sich nach außen hin (gerade auch in anderen Städten und Regionen) ihr entgegengebrachter Kritik zu entziehen. Gerade dort, wo ansatzweise eine öffentliche Diskussion über die Politik der (M) bzw. Teile davon begonnen hat (z.B. Organisierungsdebatte, Silvesterdemo 91, 2.10.92-Demo ...), hätten mehr Leute, einschließlich uns, reagieren und sich öffentlich äußern sollen.

Aber es ist schon erschreckend, wie sich die (M) jeglicher Kritik (sei sie politisch fundiert, sarkastisch, polemisch) entzieht. Geäußerte Kritik wird in der Regel als persönliche Diffamierung ausgelegt. Glücklich kann sich schätzen, wem/welcher zugestanden wird, daß an der geäußerten Kritik ja doch ein Fünkchen Wahrheit dran ist, aber dafür ist dann so gut wie nie die Antifa(M) als Gruppe verantwortlich, sondern immer nur Einzelpersonen aus der Gruppe.
So wundert es dann auch nicht weiter, wenn der autonome Objektschutz vor der Deutschen Bank während der 2.10.92-Demo als kleiner Faux-Pas eingeräumt wird, der aber dem Gesamtkonzept und Erfolg (laut Antifa(M)) der Demo keinerlei Schaden zugefügt habe. Daß diese politische Selbstverarschung überhaupt erst durch das Demokonzept (mit autonomen OrdnerInnenspalier) möglich geworden ist, wird von der (M) nicht wahrgenommen.
Zum Schluß noch ein paar Bemerkungen zu einem von der Antifa(M) auf dem "Rock gegen Rechts"-Festival 1992 in Northeim ausgestellten Bild. Dieses Gemälde wurde später mehrmals publiziert, u.a. auf dem Flugblatt "Als es Nacht wurde über Deutschland" von dem "Verein zur Förderung antifaschistischer Kultur (– Gemeinnützigkeit anerkannt –)".
Die historische Grundlage des Bildes ist eine Schlägerei zwischen KommunistInnen und Faschisten aus dem Jahre 1922 in Northeim sowie ein ähnlich gelagertes Geschehen 1932 in Bad Lauterberg. So richtig wie es ist, sich auf die Geschichte zu beziehen, so schlecht ist das Bild. Die dargestellten antifaschistischen KämpferInnen sind jung, stahlhart und mit stechendem Blick, eine der zwei Antifa-Frauen ist blond, langhaarig, hat große Brüste und schwebt mit der roten Fahne à la Jeanne d'Arc über dem Geschehen. Das 1992 erstellte Bild hat mit unseren Vorstellungen von Antifaschismus nichts gemeinsam. Menschen mit anderen Hautfarben, Alte, Kranke, Kinder finden keinen Platz. Eine antifaschistische Bewegung, die sich nur auf die gesunden 25-jährigen reduziert, hat keine Perspektive und vermittelt eine Idee von Antifa-Kampf, in dem nur knackige und kampfsporterprobte Superkämpfer agieren können.

Leider hat sich die Antifa-Liste mit ihrem Wahlplakat zu den Uni-Wahlen dieser Form der Darstellung angeschlossen. Auch hier zwei stahlharte KämpferInnen, sie natürlich einen Kopf kleiner, mit Unterarmen, als ob die beiden seit 100 Jahren auf dem Bau arbeiten würden, fest die rote Fahne umklammert.
Mit solcher Kunst wollen wir nichts zu tun haben und empfehlen den MacherInnen beider Werke eine intensive Beschäftigung mit dem Werk Käthe Kollwitz'.



DIE AUTONOMEN

Weitere Strömungen und (Fehl)Entwicklungen innerhalb der Göttinger Autonomen sind, im Gegensatz zur Antifa(M), schwerlich bestimmten Gruppen zuzuordnen, da alles gegenwärtig kunterbunt durcheinander geht. Wir hoffen, daß sich die Richtigen angesprochen fühlen mögen.
Im Umgang mit FaschistInnen herrscht ziemliche Ratlosigkeit. Zu Recht wird festgestellt, daß eine Reduzierung auf die Parole "Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft" nicht ausreicht. Dies kann aber noch lange kein Grund sein, die FaschistInnen nicht zu verhauen. Des weiteren wird von vielen in ihrer Orientierungslosigkeit eine Sozialarbeit favorisiert, welche den klassisch-sozialdemokratischen Erklärungsmustern voll auf den Leim geht: die FaschistInnen seien eigentlich keine FaschistInnen, sondern in ihrer Sozialisation allein gelassene Jugendliche, denen Geborgenheit, bürgerliche Werte fehlen, die der Langeweile und Trostlosigkeit ihres Daseins entfliehen wollen, indem sie halt mal "auf die Kacke hauen".
Wir wollen nicht bestreiten, daß diese Erklärungen in Einzelfällen zutreffend sind und finden in diesem Sinn auch Sozialarbeit richtig; nur hat dies alles wenig mit dem Erstarken des Faschismus in Großdeutschland zu tun. Marginalisierte Jugendliche hat es schon immer gegeben und trotzdem wurden und werden sie nicht zu FaschistInnen. Ein Automatismus zwischen sozialer Lage und Faschismus besteht nicht. Es müssen also andere gesellschaftliche Ursachen verantwortlich sein, die wir erkennen und bekämpfen müssen. Die Herrschenden haben sich die Basis für ihre Faschisierung selbst geschaffen. Sie mußte nur lange genug gegen Flüchtlinge, AusländerInnen, "SozialschmarotzerInnen" usw. hetzen. Diese Propaganda haben wir lange genug erlebt; Ellbogen raus und durch, das ist die Botschaft, die bei den FaschistInnen angekommen ist und die sie nun auf ihre Art und Weise umsetzen.
Wir, die Linken, stehen in der Tat mit dem Rücken zur Wand, denn unsere Vorstellungen von Solidarität, Rücksichtnahme und Kollektivität sind nicht mehr gesellschaftsfähig (und das nicht zuletzt wegen unserer eigenen Schwächen).
Zurück zur Militanzfrage, die mittlerweile keine Frage mehr zu sein scheint. Grundsätzlich scheint ein großer Teil der autonomen Linken die staatlichen Spielregeln akzeptiert zu haben. Sicher ist damit militante Selbstverteidigung nicht gemeint. Kleingruppenaktionen werden vielfach toleriert, sie kosten einem/einer selbst ja nichts, und vom Kneipenhocker lassen sie sich prima kommentieren. Wir sehen keinen Grund, warum es nicht richtig sein sollte, gegen Verantwortliche für die gegenwärtige Situation mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln vorzugehen. Militanz ist dabei <u>ein</u> Mittel von vielen. Wann, gegen wen und wie es einzusetzen ist, bedarf natürlich genauester Überlegungen. Aber das Bewußtsein um die notwendige Sorgfalt kann doch nicht heißen, auf Militanz zu verzichten.
Sicherlich muß an dieser Stelle auch über Mackerverhalten bei Demos geredet werden, angefangen bei dem unsäglichen Aussehen diverser demonstrierender Antifaschisten (möglichst kahlgeschoren/Bomberjacke/Springerstiefel), die große Anzahl möglichst laut ausgebrüllter, hohlköpfiger Sprüche und schlußendlich die, in Göttingen selber seltenen, alkoholisch vorbereiteten Schwachsinnsaktionen haben bei vielen Frauen und in zunehmenden Maße auch bei Männern die Frage ausgelöst, ob so noch sinnvoll militant agiert werden kann. Leider hat sich die Situation so entwickelt, daß Viele nun völlig auf das Mittel verzichten, ohne den Versuch zu unternehmen, eigene Ideen in Taten umzusetzen. Gruppen und Einzelpersonen, die sich zielorientiert auf eine Demo vorbereiten, können und müssen auf Mackerverhalten achten und ggf. eingreifen. Oft werden sie aber davon oft so eingenommen, daß ihre mögliche Handlungsfähigkeit eingeschränkt wird. So ist z.B. die Vermummung an sich kein Mackergehabe, sondern es ist nur der falsche Umgang damit.
Ein weiteres Argument, welches wir öfter hören, ist, daß durch zunehmend brutale und gewalttätige Auftreten der FaschistInnen wir uns nicht in die Gefahr begeben dürfen, mit ihnen gleichgesetzt zu werden. Darauf einzugehen, hieße, sich die Wahl der eigenen Mittel von FaschistInnen vorschreiben zu lassen. Natürlich müssen wir sorgfältiger als sonst sein, um nicht mit FaschistInnen in einem Topf zu landen, aber erstens hindert uns niemand an dieser Sorgfalt, zweitens wissen wir, daß die Schweine sowieso gegen uns hetzen, wenn wir offensiv auftreten (Startbahn, Anti-AKW, Häuserkampf, Prozeß gegen Ralf und Knud etc.) und drittens ist es sowieso unsere Aufgabe, uns selbst zu vermitteln.
Desweiteren wird Militanz, gerade auch auf Demos, abgelehnt, weil das gerade jetzt potentielle BündnispartnerInnen abschrecken würde und uns in die Isolation triebe. Genauso richtig, wie dieses Argument in bestimmten Situationen sein kann, so falsch ist es in anderen. Sicherlich ist es richtig und wichtig, mit möglichst vielen Leuten auf die Straße zu gehen und zusammen zu arbeiten, doch eben nicht um jeden Preis. Wir müssen gerade auch bei Bündnissen zusehen, daß wir mit unseren Positionen und Inhalten nicht vollständig unter den Tisch fallen und uns in einem diffusen und liberalen Einheitsbrei auflösen.
Klar haben militante Aktionen auf Demos, wie z.B. kaputte Fensterscheiben, erst einmal einen vor allem symbolischen Charakter und werfen auch öfter die Fragen nach dem Sinn bzw. danach, was sie eigentlich austragen, auf. Nichtsdestotrotz waren sie aber auch immer <u>ein</u> Ausdruck der jeweiligen inhaltlichen Bestimmung einer Demo. Durch sie haben wir die staatlichen Spielregeln gebrochen und haben genauso unsere jeweilige Wut und Gefühle auf die Straße getragen.

So hätten wir es auch auf der Demo am 17.11.1992 für richtig gefunden, die Räume des Gerichts und der Staatsanwaltschaft zu lüften, wo sie doch verantwortlich sind für die Vertuschung der Umstände, die zu Connys Tod führten. Wir behaupten, daß die meisten TeilnehmerInnen der Demo eine solche Aktion verstanden hätten (ähnlich den kaputten Scheiben im CDU-Büro während der Demo wegen Mölln und Silvio). Wir haben einen Verdacht: Die schleichende Sozialdemokratisierung bei Teilen der Autonomen geht soweit, daß mittlerweile dem ganzen Deeskalations-Scheiß voll auf den Leim gekrochen wird. Es wird zunehmend nach dem Motto verfahren, die Bullen halten sich zurück, sie provozieren nicht, kein Spalier, keine (sichtbaren) SEK-Bullen, also müssen wir uns auch zurückhalten und bloß keinen Anlaß bieten, daß wir wieder Stress kriegen. Völlig übersehen wird dabei, daß wir es sind, die freiwillig deeskalieren, indem wir uns an die Spielregeln halten. Wenn alle Leute so wären wie wir, könnten sich die Bullen aufs Parkuhren kontrollieren beschränken. Noch mal in aller Schärfe: Wir kapieren nicht, warum sich in der Szene so wenig mit den Befriedungsstrategien unter dem Motto "Deeskalation" auseinandergesetzt wird.

Ein Lehrbuchbeispiel für erfolgreiche Deeskalationsstrategie war sicherlich der Umgang von Stadt und Bullen mit den BesetzerInnen des Stegemühlenwegs. Den Fehler, der Umarmungsstrategie der Verantwortlichen zu wenig entgegengesetzt zu haben, mußten die BesetzerInnen fast mit dem Preis ihrer Glaubwürdigkeit bezahlen. Ihre sicherlich ehrlichen Beteuerungen, daß sie nicht die "lieben", gesprächsbereiten Autonomen seien, als die sie vor allem die Bullen hinstellten, mochte ihnen irgendwann niemand mehr so recht glauben. Anstatt aber gemeinsam eine Auseinandersetzung über die geschickte Strategie zu führen, die ihnen gegenüber angewandt wurde, belächelte der Rest der Szene (einschließlich uns) sie milde und überließ die GenossInnen ihrem Schickal. Daß der Versuch bei der Räumung noch wenigstens Akzente von Widerstand zu setzen, gründlich in die Hose ging, ist dann nur noch logisch gewesen. Mehr als ein hilfloses, unernstes Spektakel war wohl zu diesem Zeitpunkt nicht mehr drin.

Wir wissen nicht, ob es Ironie der Geschichte ist: auf der einen Seite erklären die RAF und große Teile der RZ (von der Roten Zora sind uns keine Äußerungen bekannt) öffentlich den Verzicht auf den bewaffneten Kampf, auf der anderen Seite werden die Nazis immer brutaler und durchziehen das Land mit einer blutigen Spur. Wie viele Menschen müssen verletzt oder getötet werden, bis wir sagen: Jetzt reicht's, 20!, 40!, 100?, 200? ...
Wann soll die Frage <u>diskutiert</u> werden, den Nazihorden auch bewaffnet entgegenzutreten, wenn nicht jetzt? Wohlgemerkt, wir wollen jetzt nicht den bewaffneten Kampf gegen die Nazis ausrufen, sondern wir fordern die Diskussion darüber ein. Wieso wird diese Frage von Autonomen kaum gestellt? Haben wir uns nicht stets, in welcher Form auch immer, auch auf bewaffnete Zusammenhänge – historisch, international und auch hier – bezogen?
Jetzt, wo die Frage gestellt werden muß, kriegen wir die Zähne nicht mehr auseinander. Schiß?
Allerdings, der Gedanke macht Angst, löst Fluchtreflexe aus, macht Panik. Aber gerade darüber gilt es, miteinander zu reden, wollen wir unsere Glaubwürdigkeit nicht vollends verlieren. Haben wir nicht immer wieder Menschen bewundert, die im Nationalsozialismus Widerstand geleistet haben, uns denjenigen verbunden gefühlt, die in El Salvador, Nicaragua, Palästina und sonstwo (meist weit weg) bewaffnet gekämpft haben und noch immer kämpfen? Was war mit unserer klammheimlichen Freude bei Buback, Ponto, Schleyer, Herrhausen? Wir haben wohl (fast) alle Grund genug, uns mit unserer eigenen Großmäuligkeit und Unernsthaftigkeit auseinanderzusetzen. Sind/waren wir doch



Schönwetter-RevolutionärInnen?
Nein, auch wir, die Verfasser dieses Pamphlets haben keine Antworten auf diese Fragen parat. Auch wir kennen nicht den Weg aus unserer Krise. Das, was wir so vollmundig an anderen kritisieren, ist genauso Selbstkritik. Wir wissen nur, daß es so nicht weitergehen darf. Solange wir weiterhin zur Folkloregruppe verkommen, solange wir linke Ausputzer im bürgerlich-liberalen Team spielen, solange unser Radius exakt den Durchmesser des eigenen Bauchnabels hat, kann nichts besser werden. Warum benennen wir so selten, gegen wen und für was wir kämpfen wollen? Natürlich, das Wort "Revolution" ist nicht gerade populär und das Träumen von Utopien fällt gegenwärtig nicht besonders leicht, doch deswegen ist und bleibt es trotzdem richtig, für diese Ziele zu leben und zu kämpfen. RealpolitikerInnen gibt's genug und das können andere auch viel besser als wir. Anpassung, Stillhalten kann doch wohl nicht die Lösung sein. Von selber kommen keine besseren Zeiten.
Wir müssen wieder lernen, unbequem zu sein, unpopulär zu handeln (wenn's sein muß), zu intervenieren, anzugreifen, vor Schienenbeine zu trampeln und uns Feinde zu machen.



PERSPEKTIVEN

Es ist sicher nicht einfach, jetzt über Perspektiven nachzudenken, in einer Zeit, in der viele Autonome damit beschäftigt sind, MigrantInnen zu unterstützen bzw. sich mit FaschistInnen auseinanderzusetzen. Auch wir haben diesen Punkt lange aus der Diskussion herausgehalten, zumal die Entscheidung, an welchem Aspekt anzusetzen ist, unterschiedlich von uns bewertet wird. Deshalb wird der folgende Text auch nur ein paar Ideen aufgreifen und nicht ein abgeschlossenes Gedankengebäude vorstellen können. Sinnvoll erscheint uns eine Weiterführung der Auseinandersetzung, die sich aus Anti-WWG-Kampagnen (Bonn und München) bzw. den Anti-IWF-Aktionstagen (Berlin) entwickelt hatten. Trotz aller Brüche hat sich hier eine Kontinuität herausgebildet, in der sich einige positive Ansätze finden. Die Profiteure weltweiter Ausbeutung und die damit verbundenen Strukturen aufzudecken und anzuprangern, sind z.B. bei den Aktionen gegen Shell und die KWU oder auch bei der Intervention der Roten Zora bei Adler umgesetzt worden. Hier sind die Verbindungen zwischen dem Leben hier und dem Leben im Trikont aufgezeigt worden.

Sinn macht eine Weiterentwicklung allerdings nur, wenn es mit einer kritischen Solidaritätsarbeit verbunden wird, d.h. dann auch Abschiednehmen von den romantisch-verklärten Guerilla-Bildern und komplexe Abläufe als solche zu begreifen. Stichworte wie positiver Rassismus, die Patriarchatsdiskussion, ML-Organisationen ... sind nicht mit einfachen "für oder gegen"-Parolen zu klären. Dies heißt allerdings auch nicht, sich in endlose Theoriediskussionen zu verstricken und darauf zu warten, bis geklärt ist, "wer oder was ist die Klasse". Die anstehenden Probleme mit der Gründung von immer neuen Antifa-Gruppen zu lösen, deren Arbeit sich nur auf Auseinandersetzungen mit Nazis beschränkt, greift zu kurz, solange z.B. dabei der Umbau der Bundeswehr zu einer weltweiten Eingreiftruppe ohne "autonome Beteiligung" stattfindet. Die ziemlich erfolgreiche KDV-Kampagne wird nicht als solche begriffen, trotz oder gerade weil viele autonome Männer den Kriegsdienst verweigert haben. An dieser Stelle die Rolle der Bundeswehr für die Zurichtung von Männern aufzugreifen und zu thematisieren, erscheint uns um so sinnvoller, wo gerade (junge) Männer das Gros der Angreifer auf MigrantInnen stellen. Hier wäre antifaschistische Arbeit zu leisten, die an den Wurzeln knabbern würde.

Gleiches gilt für den Angriff des Staates auf Millionen von BewohnerInnen der BRD, die durch z.B. Arbeitslosengeldkürzung, Karenztage oder fehlende Wohnungen einem Prozeß der Marginalisierung ausgesetzt werden. Die nicht nur soziale Zuspitzung muß zu einem Thema werden. Vor Ort gäbe es genug Interventionsmöglichkeiten.

Hier in Göttingen z.B. am 18.11.92 (einen Tag nach der Conny-Demo), als das jährlich stattfindende "Haxenessen" der CDU-Mittelstandsvereinigung zwar mit Rita Süßmuth und Klaus Töpfer stattfand, nur leider eine autonome Beteiligung ausfiel. Gerade die in der Mittelstandsvereinigung versammelten Geschäftsleute würden unsere Aufmerksamkeit verdienen. Sie sind u.a. diejenigen, die hier bei uns, sozusagen nebenan, die Politik der Herrschenden im Kleinen fortsetzen.

Ein ganz anderes Thema ist der Zustand der Szene. Aus der allgemeinen Orientierungslosigkeit, dem sich Zurückziehen an den eigenen Kamin, dem Stillstand bei der Patriarchatsdiskussion usw. usf. rauszukommen, ist weitaus schwieriger als allgemein über Politik zu schwafeln. Wir denken, daß ähnlich wie unter uns erstmal ein Prozeß des Redens, des vor allem gemeinsam Redens, in Gang gesetzt werden muß.

Es gibt erste Anzeichen, daß viele ein ähnliches Bedürfnis haben und nach Wegen suchen, dies umzusetzen. Vielleicht ist dieses Papier ein weiterer Anstoß dazu, zusammen zu diskutieren. Nur muß bei diesem (Neu)Anfang gleich der Versuch gemacht werden, Wege zu finden, Menschen mit Kindern und/oder Arbeit einzubinden. Endlich davon wegzukommen, nur für 20- bis 25-Jährige attraktiv zu sein, eine Verankerung nicht (mehr) studentischen Leben zu organisieren, ist/muß ein Schwerpunkt sein. Das Ganze dann herrschaftsfrei zu gestalten und auszufüllen, wird Arbeit sein. Wir müssen lernen, daß es nur mühsame, kleine Schritte sein können, wir oft genug gefrustet sein werden, bevor wir vorankommen.

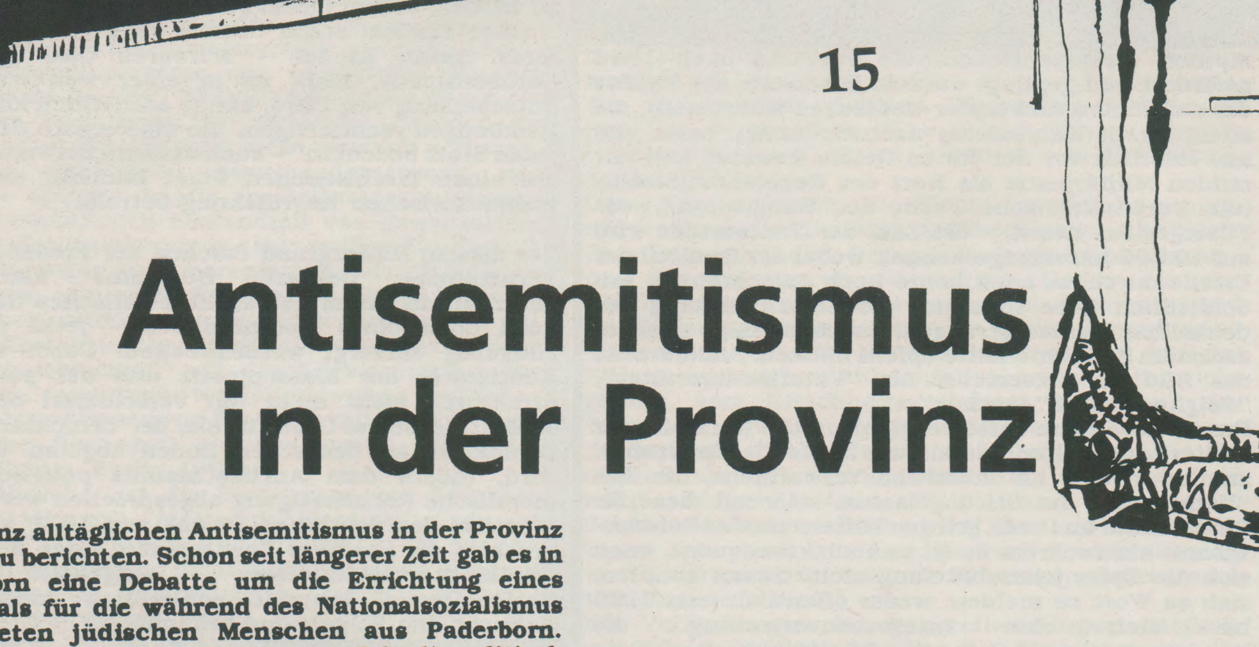
Alle haben Erfahrungen mit dem Juzi gesammelt. Viele negative, aber auch positive. Die Frage, was ist das Juzi, was wollen wir vom Juzi, was will das Juzi von uns, ist eine Frage, die von vielen geklärt werden muß. Sicherlich nicht in der WG-Küche oder am Kneipentisch. Ein solches Haus birgt viele Fragen in sich, die nur dort beantwortet werden können. Die Geschichte des Juzi war immer von Konflikten begleitet, von Dazukommenden und Weggehenden, doch ist das starre Verhalten von großen Teilen der Szene nach den Konflikten (siehe: Innere Widersprüche) von außen zum Juzi falsch. Die weit verbreitete Auffassung, die Partys und Konzerte nehme ich mit, ansonsten will ich damit nichts zu tun haben, ist ein Verhalten, das die im Juzi aktiven Menschen zu FreizeitanimateurInnen degradiert. Ein unabhängiges, autonomes Zentrum lebt von den Menschen, die in ihm tätig sind und nicht von Tanzveranstaltungen.

Noch ein paar Worte zu uns in Göttingen. In den letzten Wochen und Monaten haben sich Ansätze entwickelt, die dem von uns oben beschriebenen "wir müssen wieder vor Schienenbeine treten" nahekommen. Der Aufschrei diverser PolitikerInnen nach den verschiedenen Aktionen in und an ihren Parteizentralen, das Verhalten der Bullen bei der FrauenLesben-Kundgebung (FrauenLesben-Zentrum bleibt) und den Parteibürobesetzungen zeigt noch mal sehr deutlich, was hinter der Deeskalation steht.

In diesem Sinne
kein "Friede mit den Stadtbonzen"
oder
'Wir sind da glücklich, wo wir zu Hause sind"
Hoch die internationale Solidarität

Autonome, Göttingen, Februar '93

THE END .... c/o Buchladen Rote St.



Antisemitismus in der Provinz

Vom ganz alltäglichen Antisemitismus in der Provinz gilt es zu berichten. Schon seit längerer Zeit gab es in Paderborn eine Debatte um die Errichtung eines Mahnmals für die während des Nationalsozialismus ermordeten jüdischen Menschen aus Paderborn. Endlich hatten sich im vergangenen Jahr die politisch Verantwortlichen auch auf einen Ort geeinigt. Dort, wo bis zum 10. November 1938 die Synagoge stand, sollte das Mahnmal errichtet werden. Während des Pogroms vom November 1938 war die Synagoge ausgebrannt und später Stein für Stein abgetragen worden.

Heute ist der Platz gegenüber einem Krankenhaus in der Innenstadt teils bebaut und teils als Parkplatz benutzt.

Der Kulturausschuß beschloß also, auf diesem Platz ein Mahnmal zu errichten und dafür einen internationalen Wettbewerb auszuschreiben, der die Gestaltung des Mahnmals ergeben sollte. Diesen Wettbewerb gewann durch Jury-Entscheid der international bekannte dänische Künstler Per Kirkeby. Der Weg für das Holocaust-Mahnmal war also eigentlich frei.

Am 9. November dieses Jahres soll Enthüllung sein. Als das Modell des dänischen Künstlers den Anliegern des Platzes "An der alten Synagoge" vorgestellt wurde, kam es zum Eklat. Vor allem die Geschäftsleute rund um die "Alte Synagoge" wollen das Mahnmal an der Stelle der ehemaligen Synagoge der jüdischen Gemeinde nicht. "Das sieht ja aus wie nach einem Bombenangriff" oder "die Erinnerung an das Traurige muß doch nicht unbedingt im Stadtzentrum sein", waren unter anderen die Kommentare, die sich der Kulturdezernent bei der Vorstellung des Entwurfs anhören mußte. Oder folgende Bemerkung: "Ich weiß ja gar nicht, was die noch wollen. Die haben doch sogar einen eigenen Friedhof". Wobei mit "Die" offenbar die jüdische Kultusgemeinde gemeint war. Gipfel der Frechheit war allerdings die Forderung nach Wiedergutmachungszahlungen. Diese sollen nämlich nicht an die jüdische Gemeinde gezahlt, sondern von der jüdischen Gemeinde an die Geschäfte im Fall von Geschäftsschädigung wegen fehlender Parkplätze entrichtet werden.

Einmal mehr ist das Geschäft wichtiger als Anstand und Gedenken. Dabei hätten offenbar gerade diejenigen, die solche Vorschläge machen, etwas mehr Nachdenken nötig. Vielleicht würde man heutzutage die Synagoge wieder abreißen, um ein paar Parkplätze zusätzlich zu bekommen. Ganz abgesehen davon, daß mit dem dänischen Künstler Per Kirkeby ein Künstler von Weltruf gewonnen werden konnte. Es paßt nämlich gut zusammen, nicht nur gegen ein jüdisches Mahnmal zu polemisieren, sondern auch gegen bedeutende Kunst. Diese Kombination ist nicht neu in der deutschen Geschichte.

Zur Enthüllung des Mahnmals wird es im November wohl doch kommen, da der Kulturausschuß der Stadt wie auch die Verwaltung bei ihrem Vorhaben bleiben wollen. ★

NS-Militärjustiz

NS-Militärjustiz und die Abwicklung des Antifaschismus

Am 18.5.1992 wurde Gerhard Bögelein, ein Antifaschist und Deserteur, der im Zweiten Weltkrieg zur Roten Armee überlief, wegen Mordes zu lebenslanger Haft verurteilt. Die bundesdeutsche Justiz wirft ihm vor, 1947 an der Erschlagung des NS-Militärrichters Kallmerten beteiligt gewesen zu sein. Zwar erhielt der 69-jährige mittlerweile Haftverschonung, das ändert aber nichts an der politischen Tatsache, daß die bundesdeutsche Justiz den antifaschistischen Widerstandskämpfer zu lebenslänglich verurteilt hat.
In diesem Verfahren wurden gleich zwei Anliegen der Siegermacht Deutschland per Klassenjustiz erledigt: die nachträgliche Rechtfertigung der NS- (Militär-) Justiz und die Verurteilung des (kommunistischen) Antifaschismus.
Der ehemalige Justizminister Kinkel machte auf dem "Deutschen Richtertag" am 23.9.1991 klar, worum es gehen soll: *"Es muß gelingen, das SED-Regime zu delegitimieren, das bis zum bitteren Ende seine Rechtfertigung aus antifaschistischer Gesinnung, angeblich höheren Werten und behaupteter absoluter Humanität hergeleitet hat, während es unter dem Deckmantel des Marxismus-Leninismus einen Staat aufbaute, der in weiten Bereichen so schrecklich war, wie das faschistische Deutschland, das man bekämpfte und - zu Recht - nie wieder entstehen lassen wollte."*
Auf Anhieb klingt dies nach der alten Totalitarismus-Theorie, die seit 1989 wieder viele Anhänger findet: die bösen Faschisten, die bösen Kommunisten und dazwischen der gute rechtsstaatliche BRD-Kapitalismus. Tatsächlich geht es sogar um mehr: Während es zu Zeiten der realsozialistischen Staaten nicht zu leugnen war, daß grundsätzlich Alternativen zur kapitalistischen Staats- und Gesellschaftsform denkbar und möglich sind, soll die heutige (und die alte) BRD als die einzig denkbare Form von Rechtsstaat und Gesellschaft gelten.

Dies muß plausibel gemacht werden, was ja nicht ganz einfach ist, hat man doch die geschichtliche Last der Nazi-Verbrechen irgendwie zu "bewältigen" gerade jetzt, wo Rassismus und Faschismus wieder daraus hervorkriechen.
In diesem Zusammenhang hat sich neuerdings der volksgemeinschaftliche "Antifaschismus" zu bewähren, die Herstellung einer Volksgemeinschaft, in der die Ziele der politischen Klasse auch die von Hinz und Kunz zu sein scheinen, solange sich alle im Meer der Lichterketten vereinen. Eine Gemeinschaft, in der sich alle einer gefühlsmäßigen und auch einer geschichtlichen Übereinstimmung versichern: die Gemeinschaft der guten Deutschen, die eigentlich schon immer gegen "Ausländerfeindlichkeit" waren. Dieser volksdeutsche "Antifaschismus" macht es möglich, mit gutem Gewissen den politisch bestimmten Antifaschismus abzuwickeln: in erster Linie den traditionellen DDR-Antifaschismus, genauso aber den autonomen, der dem realsozialistischen in seiner terroristischen Qualität in nichts nachstehe.
Damit keine Bedenken aufkommen, verlangt die nationale Massenbewegung auch nach einer historischen Legitimation der Volksgemeinschaft, für die sie steht. Anders gesagt: Wenn die BRD-Gesellschaft als die einzig denkbare und historisch legitimierte Gesellschaftsform durchgehen soll, braucht sie ein sauberes Geschichtsbild, auf das sich dann jede/r bedenkenlos beziehen kann. Dazu gehört es dann auch, daß ein historisches Bewußtsein ausgelöscht werden soll, das Bewußtsein nämlich, daß in der Vergangenheit Menschen versucht haben, die Herrschaft anzugreifen und deren Legitimität in Zweifel zu ziehen.
Demgegenüber muß die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit mit dem Ziel geführt werden, dieses Bewußtsein wachzuhalten: Besonders der ideologischen Strategie der politischen Klasse, die die Geschichte des Antifaschismus "delegitimieren" will, um ihn abwickeln zu können, gilt es entgegenzutreten. Nur so kann man der Legende begegnen, die im Prozeß gegen Karl Kielhorn und Gerhard Bögelein aufgebaut wurde, wonach Bögelein, der Antifaschist, ein Krimineller, ein Mörder mit "niedrigsten Beweggründen" sei (so Oberstaatsanwalt Duhn im Prozeß), und Kallmerten, der NS-Kriegsrichter, der mindestens 170 Todesurteile zu verantworten hatte, das Opfer.

Kontinuitäten

So verlogen die Darstellung auch ist, so ist sie dennoch folgerichtig, weil der NS-Richter als der staatsloyale deutsche Beamte erscheint, der er auch war.
Die gerichtliche Verfolgung des Antifaschisten und Deserteurs Gerhard Bögelein bringt eine doppelte Kontinuität auf den Punkt: von der unmittelbaren und oft tödlichen Verfolgung der Deserteure, Antimilitaristen und ungehorsamen Soldaten zur ideologischen Verfolgung und politischen Hetze nach 1945; von der NS-Militärjustiz als Terrorinstrument des Nazi-Faschismus zum (Militär-) Rechtswesen der Bundesrepublik.
Auch die NS-Militärrichter, die bis Mai 1945 insgesamt ca. 50.000 Todesurteile fällten (mehr als Volksgerichtshof und Sondergerichte zusammen) wurden meist ohne Umstände in den "demokratischen" Staatsdienst übernommen und sprachen sich, sofern überhaupt einmal Anzeige gegen einen Militärrichter erstattet wurde, gegenseitig frei. Kein einziger NS-Militärrichter wurde rechtskräftig verurteilt. Die Entnazifizierungsverfahren vor den Spruchkammern (von den Alliierten eingerichtete Gerichte, die die NS-Vergangenheit von Personen zu überprüfen hatten, die im öffentlichen Bereich tätig waren) verliefen im Sande: Wurde ein Militärrichter als NS-"belastet" eingestuft und verurteilt, was nur selten vorkam, so wurde die Sanktion in der 2. Instanz aufgehoben, oder die Verurteilten wurden großherzig amnestiert - immerhin waren die Betreffenden mittlerweile zu Amts- und Landgerichtsdirektoren aufgerückt, auf die man nur ungern verzichtet hätte. Der weiteren Richterkarriere stand nichts mehr im Wege und die NS-Militärjuristen wurden Bundesanwälte (Otto-Peter Schweling), Uni-Rektoren (Erich Schwinge), Ministerpräsidenten (Hans Filbinger) etc.

Die Kontinuität reicht noch weiter in die Weimarer Republik und ins Kaiserreich zurück. Tatsächlich waren die meisten dieser Richter keine blutgierigen Faschisten (die gab es auch), sie waren in der großen Mehrzahl bürgerliche Akademiker, die genauso standesbewußt, reaktionär, militaristisch, antisemitisch und antikommunistisch waren, wie es sich für ein Bürgertum gehörte, das einem starken vaterländischen Staat gegenüber hemmungslos loyal sein wollte. Einige NS-Militärjuristen waren schon im 1. Weltkrieg Militärrichter gewesen und hatten sich vorgenommen, einiges besser zu machen als damals, als sie weder die Massendesertationen von 1918, noch den Zusammenbruch des Kaiserreichs hatten aufhalten können - was sie sich eigentlich vorgenommen hatten und was jetzt im 2. Weltkrieg durch "unnachgiebige Härte" wiedergutgemacht werden sollte. Einige spätere Richter kämpften in den Freikorps der frühen Weimarer Zeit gegen die Rote Flut und hatten sich damit zu Trägern der Weimarer Klassenjustiz qualifiziert.

Die Nazi-Richter besorgen ihre eigene Geschichtsschreibung

Zynischerweise waren es auch dieselben Militärrichter, die ihre eigen Geschichte schrieben: Das einzige "Standardwerk", das bis 1987 zur Militärjustiz vorlag, ist eine Apologie voller Unwahrheiten und Beschönigungen von Schweling und Schwinge (letzterer feierte am 15.1.1993 seinen 90. Geburtstag in Marburg). Darin werden genau die Mythen festgeschrieben, die vor und nach 1945 gefördert und gepflegt wurden: Einerseits der Mythos der aufrechten und tapfer-deutschen Wehrmacht, die allein ihrem Wehrauftrag nachzukommen hatte und uns letztlich vor der Roten Gefahr bewahrt hat; der milden Militärjustiz als Hort des Rechtsbewußtseins (die "aristokratische Form der Emigration", wie Filbinger das nennt) - die Zahl der Todesurteile wird auf 10.000 heruntergerechnet, wobei der Großteil der Urteile durchaus auch heute noch gerechtfertigt sei: Schließlich habe man um die Selbsterhaltung des deutschen Staates gerungen, der man einige ohnehin asozialen Elemente hätte opfern müssen. Andererseits das Bild der Deserteure als "Vaterlandsverräter", "Feiglinge" und "Asoziale".
Das ist die andere Seite der Kontinuität: Die Opfer der Militärjustiz galten damals wie heute als Verbrecher, zumindest aber als moralisch Verwerfliche, die ihre "Kameraden" im Stich gelassen, während diese für Deutschland im Dreck gelegen hätten, um den Bolschewismus abzuwehren. So ist es auch konsequent, wenn sich die Opfer jahrzehntelang nicht trauen konnten, sich zu Wort zu melden: weder öffentlich (erst 1990 hat sich eine Interessenvertretung, die Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz e.V. in Bremen, gegründet), noch privat (bei mehreren Gesprächen mit Deserteuren bestanden diese darauf, daß ihr Name nicht genannt würde, weil sie verhindern wollten, daß die "alten Kameraden", die Schulfreunde und Nachbarn, denen sie bis heute nichts von ihrer Desertation erzählt haben, davon erfahren.)
Bezeichnend ist der Vorwurf des "Asozialen": War ein Deserteur als "Fürsorgezögling" groß geworden oder war er als "Landstreicher" bzw. Bettler vorbestraft, galt er als "unkameradschaftlicher und undurchsichtiger Charakter" oder hatte er seinen "krankhaften Freiheitsdrang" ernster genommen als seine "Gehorsamspflicht", so machte diese "unsoziale" oder gar "antisoziale" Haltung die besondere Schwere der Tat aus: Diese besondere Schwere bedeutete im Prozeß unweigerlich das Todesurteil. Fatal ist, daß dieser gleiche Vorwurf nach 1945 erhoben wurde, um Deserteure und Wehrkraftzersetzer von politischer und materieller Entschädigung fernzuhalten: Sie hätten aus blankem Egoismus gehandelt, aus unsozialen Wesen heraus und seien damals wie heute als "Gemeinschaftsfremde" zu behandeln. - ein Vorwurf, der heute noch zieht.

Diese Kontinuität in der Veurteilung hat auch eine ganz materiellen Hintergrund: Mit dem Kalten Krieg und der Wiederbewaffnung waren die militaristisch-ideologischen Traditionspflege und die "soldatischen" Tugenden des autoritätshörigen Untertanen wieder stark gefragt: Gehorsam, Unterordnung, Pflichterfüllung fürs "Vaterland". In diesem Zusammenhang bewährte sich auch das ideologische Muster, wonach allein SS, SD und Einsatzgruppen für die Kriegsverbrechen Nazi-Deutschlands verantwortlich gemacht wurden, um Wehrmacht und Waffen-SS von jeder politischen und historischen Verantwortung freisprechen zu können (so soll die Wehrmacht beispielsweise von ihren Verbrechen in Serbien freigesprochen werden, wo sie in eigener Regie - also ohne SS - 30000 Juden ermordete). Dem Aufbau der Bundeswehr stand damit auch ideologisch nichts mehr im Weg. Die NS-Militärrichter von "damals" waren dann auch eifrig in ihrem Bereich an der Wiederbewaffnung beteiligt und schrieben am Wehrstrafgesetz der BRD vom 30.3.1957 mit; so z.B. der ehemalige NS-Oberstkriegsgerichtsrat Martin Rittau, der 1958 auch einen Kommentar zum Militärstrafgesetz der Bundeswehr schrieb, nachdem sein Kommentar zum NS-Militärstrafgesetzbuch der Wehrmacht 1944 in der 5. Auflage erschienen war.

"Vergessene" Opfer des Nationalsozialismus

So ist es auch kein Wunder, daß sich die Opfer der Militärjustiz die Anerkennung als Verfolgte des NS-Regimes gegen schwere Widerstände erkämpfen mußten und bis heute keinen Rechtsanspruch auf Entschädigung haben. Die Geschichte der Nichtentschädigung macht deutlich, mit welcher Zielrichtung die Vergangenheit "bewältigt" werden sollte. In einem Grundsatzurteil vom 14.7.1961 hat der BGH eine gegen das NS-Regime gerichtete Widerstandshandlung nur dann für eine solche und für rechtmäßig - und damit für entschädigungsfähig - erklärt, wenn sie begründete Aussicht auf "Erfolg" bot, d.h. wenn sie "als ein ernsthafter und sinnvoller Versuch gewertet werden kann, den bestehenden Unrechtszustand zu beseitigen und in bezug auf dessen Übel eine allgemeine Wende zum Besseren herbeizuführen." Bei Kriegsdienstverweigerung und Desertation sei dies - so der BGH - allerdings nicht der Fall. Zugleich werden durch ein solches Urteil alle NS-Mitläufer aus der Verantwortung entlassen: Da eine Aussicht auf "Erfolg" ohnehin nicht bestand, hatte jeder gute Deutsche mitzulaufen und nicht Widerstand zu leisten. Mehr noch, der Verweigerer, um den es in diesem Verfahren ging, habe vielmehr selbst unverantwortlich gehandelt, da er sich durch sein Handeln "unmittelbar der Gefahr aussetzte, zum Tode verurteilt zu werden, und in jedem Fall auch über seine Familie - seine Ehefrau stand damals kurz vor der Geburt ihres ersten Kindes - schweres Leid brachte." Darüberhinaus, heißt es in einer weiteren BGH-Entscheidung von 1964, könne schließlich kein Staat Handlungen rechtfertigen, die eine ernste Gefahr für jeden Staat bedeuten" - auch dann nicht, wenn es sich um einen faschistischen Staat handelt, der einen verbrecherischen Angriffskrieg betreibt.

Vor diesem Hintergrund machen der Prozeß und die Verurteilung Gerhard Bögeleins klar, daß antimilitaristisches und antifaschistisches Handeln - noch dazu eines Kommunisten - jetzt politisch endgültig entsorgt werden sollen. Dabei wird die Kontinuität der Klassenjustiz und der politischen Strukturen nicht mehr nur verschleiert oder verschämt als kleiner Geburtsfehler der 'demokratischsten Demokratie auf deutschem Boden' abgetan. Vielmehr wird, indem dem Antifaschismus politische und moralische Rechtfertigung abgesprochen werden, die Identität des deutschen Reichs von 1871 bis heute bruchlos als positiver Bezugspunkt eines deutschen Geschichtsverständnisses aufgebaut. Der Nationalismus braucht schließlich ideologische Nahrung. Die Folgen sind bekannt.

Literaturtips:
Hans Frese: Bremsklötze am Siegeswagen der Nation. Erinnerungen eines Deserteurs an Militärgefängnisse, Zuchthäuser, Moorlager in den Jahren 1941-1945. Bremen 1989.
Manfred Messerschmidt, Fritz Wüllner: Die Wehrmachtjustiz im Dienste des Nationalsozialismus. Baden-Baden 1987.
Fietje Ausländer (Hg.): Verräter oder Vorbilder? Deserteure und ungehorsame Soldaten im Nationalsozialismus. Bremen 1990.
Günther Fahle: Verweigern, Weglaufen, Zersetzen. Deutsche Militärjustiz und ungehorsame Soldaten 1939-1945. Das Beispiel Ems-Jade. Bremen 1990.
Hans-Peter Klausch: Antifaschisten in SS-Uniform. Schicksal und Widerstand der deutschen politischen KZ-Häftlinge, Zuchthaus- und Wehrmachtgefangenen in der SS-Sonderformation Dirlewanger. Bremen 1993.

129a-Verfahren gegen autonome AntifaschistInnen eingestellt!

Militante Praxis – Antwort auf rassistische Pogrome ?
"Nie werden wir unseren Todfeinden wehrlos gegenüberstehen!"

Am 14. September dieses Jahres (1992, d.T.) sind die AnwältInnen der 4 Hamburger AntifaschistInnen – Anke und Andreas, Renate und Burkhard – darüber informiert worden, daß ihr Verfahren wegen des "Verdachts der Brandstiftung" eingestellt worden ist. Die Einstellungsverfügung der Staaatsanwaltschaft beim Landgericht Hamburg wird auf 14 Seiten begründet. Erneut warten wir seit 2 Monaten vergeblich auf eine Akteneinsicht. Auch ohne erneute Durchsicht der Akten haben wir uns jetzt, Ende November 1992, entschlossen, die linke Öffentlichkeit zu informieren und Euch unsere Einschätzung mitzuteilen:

Um die Entwicklung der Kriminalisierung wieder ins Gedächtnis zu rufen, gehen wir 3 1/2 Jahre zurück: Spätestens seit Anfang 1989 sind die 4 GenossInnen aus dem autonomen antifaschistischen Widerstand systematisch observiert worden. Am 15. Juni 1989 werden dann in Hamburg und Umgebung 9 Wohnungen durchsucht. Renate und Burkhard werden wegen des Angriffs auf das faschistische Ehepaar Worch, denen dabei 50 Aktenordner entwendet wurden, in Untersuchungshaft genommen. Gegen beide sowie Anke und Andreas wird außerdem ein Ermittlungsverfahren wegen 129a eingeleitet.

Diese Kriminalisierung des autonomen Antifaschismus nach 129a ist gegen verschiedene "terroristische Vereinigungen im norddeutschen Raum" gerichtet, "die Brandanschläge auf das Eigentum politischer Gegner und solcher Personen verüben, die als Repräsentanten des von ihnen abgelehnten Staatswesens angesehen werden." – Soweit die Begründung der Staatsanwaltschaft. Die Hoffnung ihrer Ermittlungen richtete sich aber auf mehr: "RAF-Symphathisanten" sollen Anschläge durchgeführt haben, "deren Motivation die Hafenstraßen- und hauptsächlich die ANTIFA-Thematik ist".

Aus den weiteren Ermittlungen ergab sich, daß ein Konstrukt gebastelt werden sollte, um verschiedene Teilbereichskämpfe miteinander zu verbinden und den autonomen Zusammenhang militanter Praxis zu kriminalisieren. Angriffe aus dem Bereich des Antifaschismus, des Häuserkampfs, des Antirassismus, des Knastkampfes und der Anti-AKW-Bewegung wurden zusammengebracht. Insgesamt sollte der strukturelle und personelle Zusammenhang von 35 benannten Aktionen hergestellt werden. Brandanschläge und andere Sachbeschädigungen wurden in den 3 Bundesländern Niedersachsen, Hamburg und Schleswig-Holstein von der Hamburger Sonderkommission 897 verfolgt.

Dazu gehörten Angriffe auf Treffpunkte und Tagungsstätten der Nazis, auf Fahrzeuge ihrer Wehrsportgruppen, auf ihre interne Informationsstruktur und propagandistischen Zentren, wie Verlage und Versandbuchhandlungen. Dazu gehörten aber auch Angriffe auf Baufirmen, die am Bau einer zentralen Polizeidienststelle in Hamburg tätig waren. Und schließlich ein Brandanschlag auf eine Vertretung der Daimler-Benz-AG in Uelzen, der u.a. auf die Rolle des Konzerns im Rassistenstaat Südafrika und im Nationalsozialismus hinweist, und der Sachschaden bei 20 Hamburger Banken und Kaufhäusern "als letzte Warnung vor der Räumung der Hafenstraße" im Jahre 1986.

Die weitere Entwicklung der antifaschistischen Bewegung hat bewiesen, daß die Repression der Herrschenden wohlkalkuliert war. Es ging im Kern um die Kriminalisierung antifaschistischer Militanz und mögliche Ansätze einer revolutionären Massenbewegung. Präventiv sollte mit der Repression der autonomen Antifa ein Keil zwischen antifaschistischem Protest und militantem Widerstand getrieben werden. Der Staat beanspruchte und gewann im wesentlichen das Gewaltmonopol auch in diesem Teilbereich des antiimperialistischen Widerstands zurück. Die Repression hat erheblich zur schrittweisen Integration und Befriedung der Antifa-Bewegung beigetragen:

Grundlage verschiedener Strömungen der autonomen Antifa ist heute nicht mehr die prinzipielle Entscheidung gegen Faschismus und Demokratie als unterschiedliche Formen und Praxis bürgerlicher Herrschaft. Das Verbot faschistischer Organisation und Propaganda wird von diesem Staat verlangt, der viel umfangreicher und effektiver faschistische Praxis in Form systematischer Verelendung, Verfolgung, Vertreibung und Selektion organisiert als alte und neue Nazis. Von Teilen der autonomen Antifa wird generell jede revolutionäre Kraft antifaschistischer Politik in Frage gestellt, da sie nur Auswüchse bekämpfen und keine eigene Utopie entwickeln könnte.

Die Gewaltfrage wird neu diskutiert: Drehen wir nicht die Spirale der Gewalt, wenn wir den Nazis organisiert und bewaffnet entgegentreten? Stellen wir uns nicht auf eine Stufe mit dem Terror der Nazis, wenn wir sie militant angreifen? Die entwickelte Militanz autonomer antifaschistischer Praxis der 80er Jahre hat effektiv in die Strukturen ihrer Propaganda, Organisation und Rekrutierung eingegriffen. Heute, da nationalsozialistische Zentren kaum noch zerstört werden, wird die Verantwortung militanter Zusammenhänge deutlich. Die Realität der pogromartigen Überfälle beantwortet Befürchtungen über die Eskalation faschistischer Gewalt eindeutig: sie eskaliert, je weniger ihr entschieden entgegengetreten wird.

Ein Zitat aus der Bohlinger-Erklärung von 1987 macht deutlich, daß genau bestimmte antifaschistische Militanz jeder Willkür klare Grenzen setzt, daß sie als Teil des antiimperialistischen Widerstands unverwechselbar ist mit faschistischem Terror:

"1. In unserer Militanz unterscheiden wir nicht zwischen `Gewalt gegen Sachen` und `Gewalt gegen Personen`. Wir unterscheiden zwischen Beteiligten und Unbeteiligten. Unbeteiligte wollen wir nicht bedrohen, gefährden oder schädigen. Wer sich jedoch für Recht und Ordnung, als Objektschutz oder Denunziant, in unsere Praxis einmischt, macht sich zum Beteiligten wie jeder Staatsbüttel.

2. Wir organisieren unsere Militanz gegen alte und neue Nazis und ihre Einrichtungen, weil sie sich in die Tradition des erbgesunden Herrenmenschentums und imperialistischer Massenvernichtung stellen. In Wort und Tat konzentrieren sie offen das reaktionärste Bewußtsein in diesem Land. Es gibt Grund genug, sie mit allen verfügbaren Mitteln zu bekämpfen." (Zitat aus "aufruhr-widerstand gegen repression und 129a, S. 173, ID-Archiv)

(Dieses Zitat ist aus dem Zusammenhang der Erklärung gerissen. Die Erklärung der "Militanten Antifaschisten-Rache für Orhan Malik" beginnt ihre Erklärung folgendermaßen: "Wir haben das Benzin nicht direkt angezündet, sondern den Anschlag abgebrochen, weil wir den Faschisten sofort getötet hätten...Aus folgenden Gründen haben wir uns dagegen entschieden, Roland Bohlinger zu töten..."
Und endet mit:
"Politischen Mord machen wir von folgenden Bedingungen abhängig:
- von der politischen Notwendigkeit: von der objektiven Funktion in ihrem logistischen Aufbau, von der persönlichen Rolle in ihrer organisatorischen Struktur, von der Planung ihrer faschistischen Überfälle.
- vom politischen Nutzen: für die Entwicklung antifaschistischen Bewußtseins, für die Entwicklung militanter Praxis, für die Einheit des antiimperialistischen Widerstands.
- vom politischen Kräfteverhältnis: von unseren und ihren Strukturen, von unseren und ihren logistischen Mitteln, von unserer Entschlossenheit in der konkreten und generellen Konfrontation.
Auf dieser Grundlage wollen wir die Diskussion um politischen Mord führen".
Uns erscheint eine Diskussion notwendiger denn je !!!
- Die Red.)

Der Brandanschlag vom 8.10.1987 auf den Versandbuchhandel Bohlinger in Struckum bei Husum ist einer von 4 militanten Angriffen auf Einrichtungen der Nationalsozialisten, die noch bis zur Einstellung des Verfahrens ermittelt wurden. Die übrigen 3 Anschläge sind: am 4.12.1986 die Zerstörung der Gaststätte "Zum Eichenhof", Tagungsstätte im Besitz der klerikalfaschistischen "Artgemeinschaft" in Waffensen bei Rotenburg; am 6.9.1987 der Angriff auf eine Tagung der rassistischen "Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung" in Lippoldsberg im Harz; am 26.5.1989 die teilweise Vernichtung der Lagerbestände des Versandbuchhandels Berg in Toppenstedt.

Zu allen 4 militanten Angriffen erklärt die Staatsanwaltschaft, daß ihr die vorliegenden Indizien nicht für eine Anklage ausreichen: Nadelholzspuren an Jacken, ein Holzbohrer mit einem Durchmesser von 32 mm, ein Schlauchstück, angeblich passend zu einem anderen, das am Tatort gefunden wurde, sind nicht zuzuordnen. Auch der Vorwurf der Anstiftung bzw. Vorbereitung militanter Aktionen durch öffentliche Veranstaltungen ist hier ebenso fallengelassen worden, wie die Kriminalisierung jahrelangen Sammelns von Material zur Organisation des rechten Lagers und zu "anschlagsrelevanten Themen". Auch den abenteuerlichen Denunziationen der Faschisten schenkt die Staatsanwaltschaft jetzt keinen Glauben mehr.

Damit ist dieses Verfahren abgeschlossen, während in Göttingen und anderen Städten weiter gegen den militanten Antifaschismus ermittelt wird. Wir schätzen die jetzige Einstellung des Verfahrens gegen militante antifaschistische Gruppen als politischen Opportunismus der Herrschenden ein: Sie wissen, daß in einem 129a-Verfahren gegen autonome AntifaschistInnen die BRD in der Kontinuität des NS, die Funktion der Nazis für den Staat, die faschistische Praxis dieses Staates selbst und die Notwendigkeit und Legitimität militanten Widerstands dargestellt wird. Ein solches Tribunal über die historische und aktuelle Verantwortung des deutschen Imperialismus paßt zur Zeit nicht in ihr politisches Konzept.

Einerseits hat die Kriminalisierung ihr Ziel errreicht: Ohne Prozeßeröffnung und Verurteilung konnte die entwickelte Stärke der autonomen Antifa zurückgedrängt werden. Andererseits sehen sich die Herrschenden durch die aktuelle Entwicklung rassistischer und faschistischer Überfälle und Morde zur Kalkulation veranlaßt, d.h. zur Abwägung ihrer Interessen an einem 129a-Verfahren gegen antifaschistische Zusammenhänge: Sie müßten die Kritik der internationalen Presse fürchten und das Bündnis und die Mobilisierung zerstrittener Antifa-Zusammenhänge an diesem Verfahren. Bei fortgesetzter Untätigkeit gegen faschistischen Terror könnte an diesem Prozeß ihre Legitimation der "demokratischen Mitte" brechen.

Der Staat hat die pogromartigen Überfälle für den Abbau der letzten Reste des Asylrechts gebraucht, initiiert und gefördert. Jetzt besteht die Gefahr, daß ihm Brutalität, Ausmaß und Massenakzeptanz aus dem Ruder laufen. Der klägliche Versuch, bei jedem neuen Überfall, die Öffentlichkeit mit Spekulationen über linke Täter zu verwirren, greift hier zur Zeit so wenig wie die Demagogie vom Totalitarismus, d.h. die Gleichsetzung lächerlicher Tomaten von links mit tödlichen Brandfackeln von rechts. Klar: am prinzipiellen Interesse des Staates, rechten Terror zu funktionalisieren und linken Widerstand zu brechen, wird sich nichts ändern – nur taugt dafür ein 129a Verfahren gegen die Antifa nicht – jetzt nicht.

Natürlich kann auch das eingestellte Verfahren jederzeit wieder aufgenommen werden, wenn "sich neue Erkenntnisse ergeben". Außerdem bleibt der Klassenjustiz das gesonderte Worch-Verfahren gegen uns als Faustpfand und Drohung gegen die weitere Entwicklung des militanten bewaffneten Widerstands. Die Eheleute Worch sind und waren führende Figuren in verschiedenen nationalsozialistischen Zusammenhängen der "Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front". Christian Worch ist als Organisator direkt verantwortlich für die Vorbereitung und Koordination verschiedener pogromartiger Überfälle – wie z.B. das organisierte Eingreifen in Rostock-Lichtenhagen.

Und der Terror eskaliert weiter: am 23.11. sind in Mölln erneut 3 Menschen – Vahide, Ayse und Yeliz – aus Rassenhaß verbrannt worden; am 20.11. wurde der Berliner Hausbesetzer Silvio erstochen; am 14.11. wurde ein 53-jähriger Mann in Wuppertal totgeschlagen und verbrannt, weil sie ihn für einen Juden hielten; in Thale bei Quedlinburg sind im letzten Monat vietnamesische Frauen von Nazis bei einem Überfall vergewaltigt worden; in Großburgwedel nahm sich ein Behinderter das Leben, nachdem er zu Tode gequält worden war.

Die Kopie des historischen Erbes ist vollständig: selektiert, verfolgt, vernichtet werden Menschen, die aus der herrschenden Norm herausfallen, Frauen, Menschen jüdischen und islamischen Glaubens, politische GegenerInnen, Menschen anderer Kultur und Hautfarbe.

Heute reicht es nicht mehr, den organisierten Nazis durch militante Angriffe auf ihre Strukturen zuvorzukommen, um ihre Kräfte zu binden und sie handlungsunfähig zu machen: Ihr braunes Netz ist fester geknüpft; sie haben breite Unterstützung unter den weißen Deutschen; sie haben die Protektion des Staates, bis sie dem Ansehen Deutschlands in der Weltöffentlichkeit und damit Handel und Investition schaden. Um eine relevante politische Kraft zu werden, muß die antifaschistische Bewegung die "kulturelle Hegemonie" in allen gesellschaftlichen Bereichen gewinnen – im antifaschistischen Aktionsbündnis unterschiedlichen Protestes und Widerstands:

– Geschichtsarbeit: Nie vergessen! Dazu gehören die Verbrechen des Nationalsozialismus wie die Geschichte des antifaschistischen Widerstands; dazu gehören auch Schutz, Pflege und Veranstaltungen zu den Gedenkstätten; dazu gehört der Kampf gegen den Versuch der Verfälschung und Umbewertung antifaschistischen Bewußtseins zum Protest gegen den Totalitarismus (Faschismus=Totalitarismus).

– Analyse: Kontinuität und Modernisierung des Faschismus! Dazu gehört das Aufdecken patriarchaler, nationalistischer, rassistischer Strukturen und Inhalte vor 1933 bis und nach 1945. Dazu gehört auch die Formierung neu-rechter Ideologie als taktische Variante des Nationalsozialismus, wie auch ihre Nähe und Verschmelzung mit neuen Herrschaftsideologien (z.B. Singers Praktische Ethik).

– Praxis: Recherchieren, verhindern, zuvorkommen!

Wie nahe an "unsere Zusammenhänge, unsere Viertel" müssen diese Überfälle herankommen, damit wir uns bewegen? Stellt der faschistische Terror nicht täglich an jede AntifacshistIn und jeden Antifaschisten die Frage, wie den organisierten Nazis, wie der Verantwortung des Staates, wie der Akzeptanz eines breiten rassistischen Massenkonsens in Deutschland entschlossen und effektiv begegnet werden muß? Der jüdische Schriftsteller Giordano erklärt, "daß nunmehr Juden in Deutschland dazu übergegangen sind, darunter auch ich, die Abwehr von potentiellen Angriffen...in die eigenen Hände zu nehmen...bis in den bewaffneten Selbstschutz hinein."

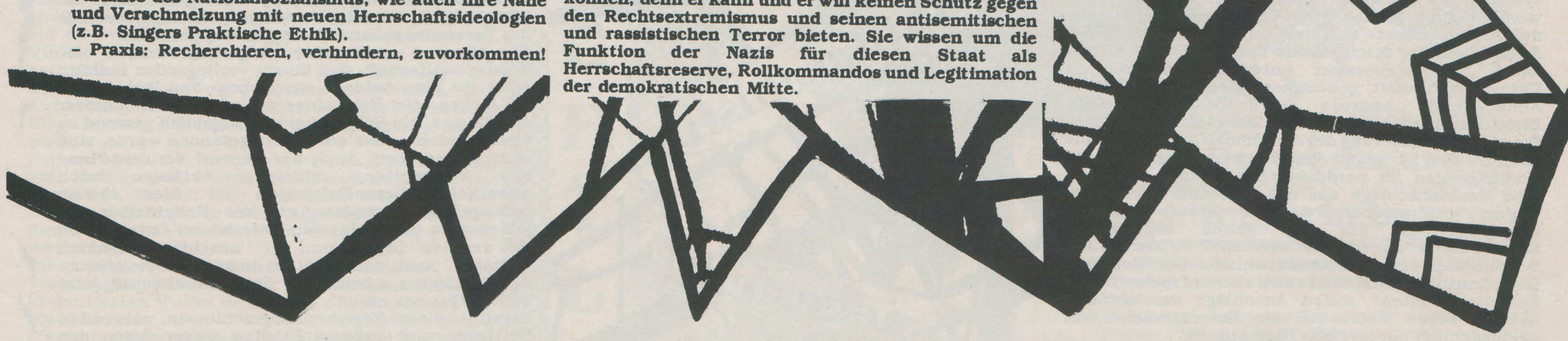
"Nie wieder werden wir Überlebenden des Holocaust unseren Todfeinden wehrlos gegenüberstehen niemals." Das ist das Fazit, das aus der Geschichte der industriellen Massenvernichtung im Nationalsozialismus gezogen werden muß. So haben auch die militanten der 70er und 80er Jahre mit ihrer bewaffneten Praxis bis hin zur Tötung des politischen Gegners ihre klare Antwort gegeben: sie haben erkannt, das sie nicht auf das Versagen des Staates abwarten können, denn er kann und er will keinen Schutz gegen den Rechtsextremismus und seinen antisemitischen und rassistischen Terror bieten. Sie wissen um die Funktion der Nazis für diesen Staat als Herrschaftsreserve, Rollkommandos und Legitimation der demokratischen Mitte.

Dazu gehört der systematische Überblick über alte und neue Nazistrukturen und die herrschende faschistische Praxis in Staat und Gesellschaft. Dazu gehören alle Formen der Öffentlichkeitsarbeit, der Information, des Protests und des Widerstands – in gegenseitiger Akzeptanz der unterschiedlichen Formen und Mittel verantwortlichen Handelns.

Zum Schluß möchten wir uns nochmal bedanken für die starke Solidarität, die uns durch die Mauern in der Untersuchungshaft erreicht hat – nicht zuletzt durch die Verteidigung und Fortsetzung militanter Praxis. Insbesondere den GenossInnen der Antifa-Prozeßgruppe Hamburg danken wir für ihre Organisation der materiellen und moralischen Unterstützung, den frühen Angriff auf die Konstrukte der Staatsanwaltschaft und die Entwicklung grundlegender Kriterien für die politische Prozeßführung. (Siehe "Kriminalisierung des militanten Antifaschismus nach 129a" in "aufruhr", S. 151 ff, d.T.)

Liebe und Kraft den kämpfenden Gefangenen!

Janne und Burkhard



ANTIIMPERIALISMUS UND SEINE FALLEN

Die folgenden Texte beziehen sich auf die im letzten Nestbeschmutz (Dez.'92/Jan.'93) abgedruckten Stellungnahmen der AntifaschistInnen aus dem Irak/ Südkurdistan und auf die Anmerkungen unserer Redaktion dazu.

Die AntifaschistInnen verhinderten am 4.12.92 eine Veranstaltung mit Vertretern aus dem Irak, weil dieses Regime faschistisch ist. Die Palästina-Gruppe Bremen organisierte diese Veranstaltung und äußert sich in der nachstehenden Erklärung.

Wir kritisierten dazu in der letzten Ausgabe den ungenauen Umgang innerhalb der Linken: mit dem Begriff Zionismus, Überschneidungen mit nationalrevolutionärer Politik und die fragwürdige Position vieler Linker zum Irak.

Der zweite Text ist eine Antwort eines irakisch/ kurdischen Antifaschisten.

Wir haben zu beiden Papieren eine neue Kritik geschrieben, weil wir auf unseren Ärger, wie oberflächlich mit den oben genannten Themen umgegangen wird, weiter hinweisen wollen. Unsere grundsätzlichen Positionen zu Zionismus/ Antizionismus, Antisemitismus, Nationalismus, Migration und nationale Befreiungsbewegungen sind in den vorherigen Ausgaben nachzulesen. Wir knüpfen mit diesem Text an die schon von uns geschriebenen Texte zum Thema an, um Wiederholungen zu vermeiden und neue Fragestellungen diskutieren zu können (Imperialismusverständnis der deutschen Linken/marxistisch-leninistisches Verständnis von Zionismus/Antizionismus).

Zum Schluß wollen wir darauf hinweisen, daß diese Auseinandersetzung um Themen, die einstmals linke Positionen mitbestimmt haben, inzwischen nur noch einzelnen Gruppen und Leuten überlassen bleibt, weil Diskussionen über Solidarität mit Menschen aus den "Dritte-Welt"-Regionen kaum noch stattfinden. Das Fehlen des Austauschens von verschiedenen Positionen und Meinungen zur Einschätzung der Situation in der Welt, also abstrakteren Diskussionen, führt dazu, daß bestimmte Positionen nur noch zu Hülsen werden. Daran tragen alle mit, die sich diese Fragen nicht mehr oder erst gar nicht stellen.

Kritik an der Palästina-Gruppe Bremen

Für uns ist diese Diskussion wichtig, weil wir es für jederzeit angebracht halten, über die zu Worthülsen verkommenen Begriffe wie Faschismus und Imperialismus bzw. ihre Gegenbegriffe zu diskutieren, damit Bewegung in diese Worte kommen.

So finden wir an der Stellungnahme der Palästina-Gruppe Bremen die Betonung wichtig, wie sehr ein Embargo der Bevölkerung im Irak immer mehr Überlebenschancen nimmt und wie zynisch das Rechtfertigen des Krieges ist. Hinzu kommt, daß faschistische Regimes zwar meist eine breite Basis haben, aber längst nicht jeder Mensch dieses System verkörpern muß (die Frage danach aber gerechtfertigt sein sollte).

Was wir aber nicht verstehen, ist die Argumentation der Palästina-Gruppe Bremen, in der sie die Unterdrückungsstrukturen wieder relativiert:

Warum wird betont, daß der irakische Staat aus der Sicht der irakisch/kurdischen Antifaschisten faschistisch "sei" - also nicht "ist" - als ob ein paar Unverbesserliche übertreiben würden. die Palästina-Gruppe Bremen schreibt dagegen von einem "diktatorischen Regime", das "eine gewisse Souveränität" behauptet, als wäre dieser regionale imperialistische Machtanspruch nicht mit der Ermordung "anderer" verbunden.

Wieso wird immer wieder betont (wie auch andere Linke während des 2. Golfkrieges es taten), der Irak wäre eine von den Imperialisten "unabhängige Kraft" und die Region sei eh schon seit hunderten von Jahren vom Kolonialismus ausgebeutet. Später schreibt die Palästina-Gruppe Bremen, der Krieg sei nur von den USA gewollt. Damit wird suggeriert, der Irak wäre eine "unabhängige und gute" Kraft gegen die "wahren Bösen", die USA und die Kolonialisten.

Das läßt allerdings außer acht, daß innerhalb der arabischen Region schon vor der westlichen Kolonialisierung in den meisten Gebieten Despotien herrschten (Osmanisches Reich, Islamisierung) und eigene Kolonialgeschichte geschrieben wurde. Die Palästina-Gruppe Bremen stellt die Frage, ob eine Veranstaltung, die einen "objektiv anti-imperialistischen Ansatz" hat, obwohl "die innergesellschaftlichen Widersprüche dieses Landes nicht oder nur wenig berücksichtigt" würden, gemacht werden sollte. Wir meinen, daß eine Veranstaltung, die letzteres nicht mit aufnimmt, nicht von "objektiv anti-imperialistisch" reden sollte, da sie damit einen Teil der Realität von vorne herein ausblendet.

Für uns stellt sich das Bild so dar:

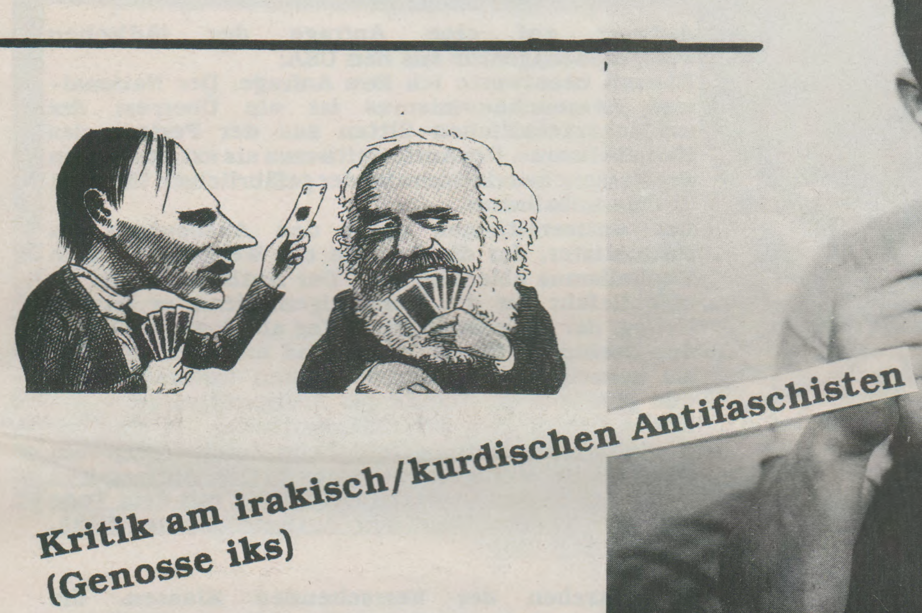
1. Diese Aneinanderreihung von einseitigen Aussagen relativiert die faschistischen und menschenverachtenden Verhältnisse im Irak. Sie stilisiert die USA zum alleinigen Imperialisten und damit Verantwortlichen, statt zu sehen, daß ein Gegner der USA nicht notwendigerweise anti-imperialistisch ist, sondern über die gleichen kapitalistischen Konkurrenzstrukturen zusehends einige ökonomische Vorteile forcieren kann und will. Da von "objektiv anti-imperialistisch" zu reden, wenn die Palästina-Gruppe Bremen Vertreter aus dem Irak einlädt, ist nicht nur internationalistischer romantischer Schwachsinn, sondern verschleiert die Teilnahme herrschender Eliten der "Dritten Welt" und die weltweite Durchsetzung der Konkurrenzstrukturen in den Regionen der "Verdammten dieser Erde", die die Menschen dort zu den gleichen potentiellen Bestien machen wie ihre europäischen und us-amerikanischen Ziehstaaten ihre Bevölkerung. Das drückt erst die Gefährlichkeit dieser Strukturen aus.

"Abschied vom Mythos. Die gesellschaftlichen Emanzipationsziele und auch Utopien, die wir mit dem Internationalismus verbunden haben, sind uns aufgrund der Realitäten in den Ländern und Regionen unserer Wahl so ziemlich abhanden gekommen - und damit auch unser Identifikationsobjekt und die Projektionsfläche. Angesichts der derzeitigen Konstellationen geht es bei den sozialen Bewegungen und Trägern staatlicher Macht, mit denen wir uns bislang mehr oder weniger stark solidarisierten, zumeist nur noch ums nackte Überleben und die blanke Selbstbehauptung mittels Anpassung an unverhüllter als je zuvor bestehende Zwänge" (Henning Melber, Der Weißheit letzter Schluß, S.117).

Das heißt, daß die Menschen, die sich sowohl dem Anpassungsdruck der kapitalistischen Ökonomie, der da bedeutet, von gewissen Tauschgesetzen abhängig zu sein, als auch dem nationalstaatlichen Gedanken, der Rassismus und Antisemitismus begleitet, beugen müssen (und die Anpassung ist umso lebensnotwendiger, je weiter die Menschen an der Peripherie der kapitalistischen Ökonomie leben) und in ihrem Verhalten das Bewußtsein ihr gesellschaftlichen Situation aufnehmen. Damit ist gemeint, daß für die Menschen, die in den härtesten und aussichtslosesten Situationen leben müssen, es immer schwieriger wird, das gesamtgesellschaftliche System abstrakt-analytisch zu begreifen, weil es für sie erstmal darum geht, den nächsten Tag zu überstehen. Nichtsdestotrotz ist ohne dieses Bewußtsein (also das Ganze zu begreifen) eine revolutionäre Bewegung im Sinne einer alle Unterdrückungsverhältnisse bekämpfende kaum denkbar. (Für viele Wohlstandskinder scheint wiederum eher die Frage zu sein, wie sie sich den Verlockungen des massenkulturellen Standards und Privilegien enthalten.)

Oder aber, es entstehen Gegenbewegungen gegen den West-Imperialismus, die die "alten Traditionen" modernisiert wieder anbieten (z.B. "islamischer Fundamentalismus") und teilweise barbarische Verhältnisse mit produzieren. Die gewaltsamen Gegenreaktionen der Verzweifelten und vom Weltmarkt Geschlagenen sind Ausdruck ihrer Lage, aber deshalb ist der Kampf jener Massen weder fortschrittlich oder

gar revolutionär an sich, sondern ein Spiegelbild dieser Lage. Die Situation verleitet die "Massen", ihre elitären Machthaber zu unterstützen, wenn diese rhetorisch Floskeln ("revolutionär", religiös, nationalistisch - darauf kommt es gar nicht an) benutzen, um ihre sub-imperialistischen Ziele durchzusetzen.
Eine Solidarität, die sich wirklich mit diesen Widersprüchen auseinandersetzt, kann nur entstehen, wenn sie die Situation in diesen Gebieten nicht als "objektiv" hinnimmt, sondern kritische Auseinandersetzungen mit Menschen aus anderen Gebieten forciert - und unter uns.
2. Durch die Relativierung der Herrschaftsgeschichte in der arabischen Region, die nicht nur "äußere" Unterdrückung kennt, sondern ebenso eine brutale Geschichte hat wie Europa auch, drückt sich da für uns tausendundeine Umnächtigung aus. Nicht nur dem Irak gegenüber wird die Situation relativiert, auch gegenüber Israels Vertreibungspolitik wird das Gut-Böse-Modell produziert: Während der Irak (als Teil der "Dritten-Welt") so und so lange ausgebeutet und unterdrückt wurde, gilt diese Argumentation doch auch für Israel, dessen Bevölkerung wohl kaum mit einer weniger brutalen und tödlichen Geschichte aufwarten kann - was für deutsche Linke eine Voraussetzung für radikales Handeln sein müßte: Der jeweils selbstkritische Gedanke an die Verarbeitung "eigener" Geschichte und an den Kampf gegen das Fortleben jener Strukturen, die die nationalsozialistische Vernichtungsmaschinerie möglich machte. So z.B. das Aufkommen antisemitischen Massenbewußtseins in Europa.
So ist Israels Politik nicht nur Ausdruck der Ermordung und Vertreibung von Juden in ganz Europa, es ist auch mit der arabisch-reaktionären Seite konfrontiert worden. Und nicht nur Israel führte Kriege (wie die Palästina-Gruppe Bremen suggeriert): schon während des 2. Weltkriegs verbanden sich unter Führung des Mufti Amin al-Husaini Reaktionäre, die in Zusammenarbeit mit dem NS-Regime die Vernichtung des gemeinsamen Feindes betrieben.
"Schon am 28.11.1941 wurde der Mufti von Hitler empfangen. Die Araber, sagte Amin al-Husaini, seien die natürlichen Freunde der Deutschen, da sie die gleichen Feinde hätten: Engländer, Juden, Bolschewisten. Er schlug die Aufstellung einer arabischen Legion vor, die im Kampf für die gemeinsamen Ziele eingesetzt werden sollte, und er bat ein weiteres Mal um eine öffentliche Erklärung der Anerkennung der arabischen Ziele: Unabhängigkeit und Beseitigung der jüdischen 'nationalen Heimstätte'" (A. Schölch, Das Dritte Reich, die zionistische Bewegung und der Palästinakonflikt, in: Die Verlängerung von Geschichte, S.82).
Es geht hier nicht darum zu belegen, wie "schlimm" die Araber sind oder so einen ähnlich einseitigen Müll. Es soll nur betont werden, daß jeder Befreiungskampf und jeder Widerstand wieder umschlagen kann in Herrschaft, nimmt sie die Momente in ihrer Auseinandersetzung nicht kritisch mit auf, die zu der jeweiligen Unterdrückung führte (wie es der Fall ist, wenn sich die palästinensische Bewegung und ihre UnterstützerInnen nicht mit Antisemitismus auseinandersetzen oder wenn die Menschen in Israel nicht über die rassistischen Folgen einer Staatsgründung nachdenken). Teile des arabischen Befreiungskampfes haben das nicht getan und ihre Solidaritätsbewegungen (in Deutschland) viel zu selten. Ebenso einseitig wäre es, die Entstehung Israels als unproblematisch und gerecht darzustellen, weil das auch verschleiern würde, welche Unterdrückungspraxis mit der Entstehung eines Nationalstaates im 20. Jahrhundert verbunden ist.
Darauf zu beharren, daß nationalstaatliche Bewegungen in Unterdrückung umschlagen, ist ein wichtiger Standpunkt in der Analyse und Kritik, die an der Abschaffung von Unterdrückung arbeitet.
Diesen Anti-Imperialismus finden wir zu kurz. Er gipfelt bei der Palästina-Gruppe Bremen in dem Schlußabsatz, der aussagt, Solidarität müsse "bedingungslos" sein. Das ist nicht nur ein sprachlicher Reflex auf heroischen Kämpfermythos vergangener Zeiten, und außerdem stehen solche Aussagen unserem Begriff von kritischer und differenzierter Auseinandersetzung genau gegenüber.
Alle Eliten basieren in der arabischen Region auf ökonomischer und patriarchaler Ausbeutung. Den Irak als ein Beispiel dafür zu nennen, der sich dieser Logik entziehen wollte, zeigt einen falschen Begriff von Machtlogik... und ist so naiv, daß niemand sich wundern muß, wenn dann geflohene Menschen aus dieser Gegend das als zusätzlichen Angriff empfinden.
Nur das Aufnehmen dieser verschiedenen Sichtweisen verhindert, daß kritischer Antiimperialismus von den trikontinentalen Machteliten vereinnahmt und für ihre Zwecke instrumentalisiert wird.
"Eine Linke, die ihren Untergang kommen sieht, wenn sie ihr moralisches Überlegenheitsgefühl verliert, muß vielleicht so reagieren, aber sie verliert ihre moralische Existenzberechtigung, wenn sie sich von der Machtpolitik des Status quo nur durch den Status der Ohnmacht und nicht durch ein anderes Reflexionsniveau unterscheidet" (D. Claussen, Versuch über den Antizionismus, in: Léon Poliakov, Vom Antizionismus zum Antisemitismus, S.18f).







Kritik am irakisch/kurdischen Antifaschisten (Genosse iks)

Im Gegensatz zum Text der Palästina-Gruppe Bremen, der bestimmte Widersprüche des Anti-Imperialismus nicht ausdrückt, versucht die Antwort des Genossen iks, diese Widersprüche mit zu einfachen Mitteln zu lösen: da der Antisemitismus ablenkt vom Kampf des internationalen Proletariats und der KommunistInnen, muß er bekämpft - oder wie Stalin es sagt, die vermeintlichen Vertreter erschossen - werden, damit dann die von allen Übeln gereinigte revolutionäre Bewegung allem Bösen den Untergang bereiten kann. Die Bösen sind die Kapitalisten, Faschisten, Imperialisten und Zionisten. Joh!
So verstehen wir den Text, der in Wirklichkeit sich nur insoweit mit den Widersprüchen des Nahost-Konfliktes auseinandersetzt, wie die marxistisch-leninistische Doktrin reicht.
Seit langer Zeit fällt es den Marxisten/Leninisten, den Antiimperialisten und den GenossInnen der marxistischen Linken im nahen Ostn schwer, einen Begriff von Antisemitismus oder von Ideologie zu erarbeiten, weil Ideologiekritik noch nie die Stärke derer war, die dem kapitalistischen Apparat proletarische internationale Gegenmacht entgegensetzen wollen und wollten.
Ideologiekritik heißt eigentlich nichts anderes als zu hinterfragen, warum dieses oder jenes gedacht wird, warum anderes nicht, was mit dem Denken bzw. Nicht-Denken bezweckt werden soll, welche Gedanken nicht erwähnt werden, inwieweit die Ideologie ein abgeschlossenes Modell ist (Antisemitismus, Alltagsreligion) und bestimmte Dinge absolut nimmt (Marx, Lenin, Stalin - das Patriarchat grüßt!), um das Halbwissen oder andere Sachen zu verschleiern. Diese Fragen müssen sich immer wieder gestellt werden, will das Denken nicht zum Taschenrechner verkommen.

1. Daß historisch die realsozialistischen Modernisierungsmodelle mit ihrer verkürzten Analyse der Herrschaftsform des Bestehenden dazu beigetragen haben, die marxistische Theorie autoritär und vulgärökonomisch zu diskreditieren, dürfte spätestens dadurch klar geworden sein, als die Bevölkerung dieser Staaten vom antikapitalistischen (vom antiherrschaftlichen soll hier gar nicht erst die Rede sein!) Bewußtsein nicht viel in die nachrealsozialistische Zeit hinüberrettete.
Wohl eher nur die Sucht nach Arbeit, Geld, Waren, Verdrängung und das innere Bedürfnis das je "andere" auszusondern, anzugreifen usw.
Lenin, sein machtgeiler Nachfolger Stalin und viele Menschen, die den in die Welt importierten Dogmatismus auf- und ernst nahmen, sehen nicht, wie Antisemitismus eine starre Denkform in Stereotypen ist, die nicht nur zum System quasi "notwendig" dazugehört; und sie übersehen weiter, daß die antisemitische Struktur sich nicht einfach gegen Juden richtet. Wenn sie beteuern, Juden wären Menschen wie alle, analysieren sie nicht wirklich, wie der Antisemitismus in den Köpfen so vorhanden ist, daß er als abstrakte Struktur immer wieder erscheint. Vor allem übersieht diese Argumentation, daß der Antisemitismus weitestgehend unabhängig von den Objekten des Hasses ist, denn er basiert "auf subjektiven Faktoren und der allgemeinen Situation des Antisemiten" (der immer wieder gern zitierte Adorno, Studien zum Autoritären Charakter, S.3). Er ist abstrakt - ein Produkt der modernen Gesellschaften, eben auch der zaristischen und bolschewistischen, die einen Industrialisierungsprozeß mit vorantrieben. Ob als "Antizionismus" oder "Kosmopolitismus" (so wird die antisemitische Scheiße im Ostblock mit neueren Worten verbraten), so wie es die Ostblockstaaten vormachten, es kommt auf den Inhalt an und auf die Vorurteile, die weiter transportiert werden: Besondere Allmacht der Zionismus-Juden, besondere Unterstützung für sie, am besten furchtbar international, besondere Privilegien und andere schwachsinnige Vorurteile, die nicht die nationalsozialistische Vernichtungsmaschinerie (Auschwitz) zum Ausgangspunkt von Kämpfen machen, sondern jene Besonderheit verdrängt. Für die, die keine Begrifflichkeit für verschiedene Unterdrückungen haben, wird Faschismus, Imperialismus und dann vielleicht auch noch Zionismus alles das gleiche.
Es wird kein Unterschied mehr gemacht, keine Besonderheit mehr gesehen, und damit wird auch die Einzigartigkeit jeweiliger Unterdrückungsverhältnisse ausgeblendet. Nur wer Geschichte sieht, vergleicht und differenziert, kann auch Veränderungen, Möglichkeiten zur revolutionären Intervention erkennen und vergangene Fehler vermeiden.

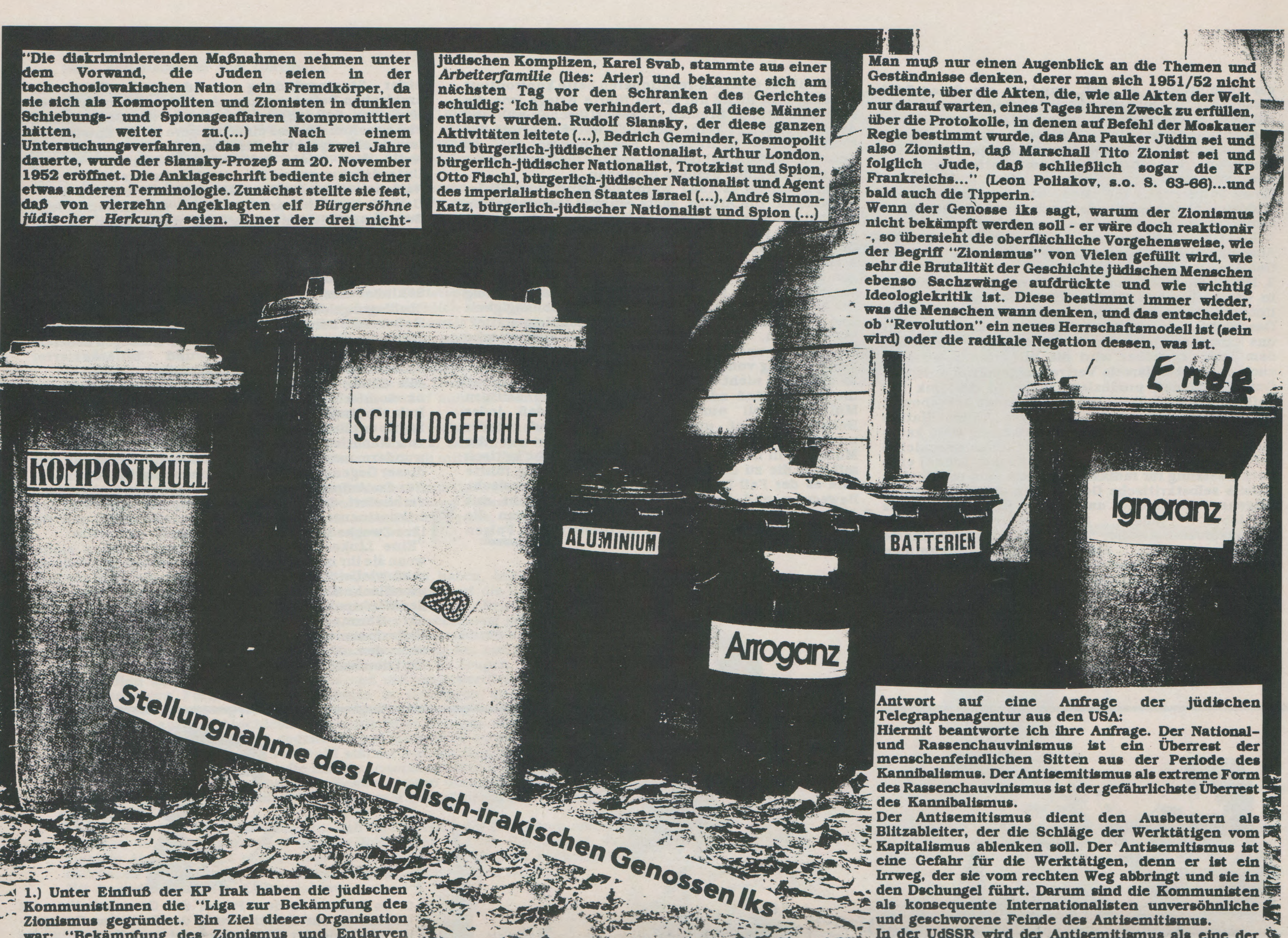
2. So kommt in dem Papier des Genossen iks - im Gegensatz zur Relativierung der Palästina-Gruppe - die Methode der Gleichmacherei zum Vorschein, die in ihrer Abstraktheit vom wirklichen Geschehen ablenkt. Der russische Zar, die Nazis, Mussolini (so allein wie der Zar?) und die japanischen Faschisten - alle? Alle jagten sie die Juden gleich?! Da drückt sich die unverstandene Geschichte aus. Die japanischen Faschisten und Mussolini (auch nicht seine Schergen) waren an der Vernichtungsmaschinerie der Nazis kaum beteiligt.
Im zionistischen Rußland wiederum stand der Herrschaftspropaganda traditioneller Antisemitismus gegenüber, der sich in der Bevölkerung blutig und spontan entlud, was, wie wir beschrieben haben (frühere Nestbeschmutzis), einen Riesenunterschied zur geplanten, inszenierten, kalten Maschinerie der deutschen Bürokratie (Hallo Parr!) darstellt. Ebenso sind Massenerschießungen und zur millionenfache Vergasung etwas anderes - und verschieden zu bewerten.
Diese Gedanken anzustellen, ohne in perverse Relativierung zu verfallen und trotzdem die Unterschiede der Machtsysteme zu sehen, ist schwierig, aber immens wichtig. Sonst wird alles gleich. Unterschiede zu sehen, aber auch die gleichen Strukturen zu erkennen, die zur Herrschaft führen, um ihre Abschaffung radikal voranzutreiben, kann erst den Kampf wirkungsvoll machen.

3. So war die antisemitsche Propaganda in der Sowjetunion nie an einen geplanten industriellen Ermordungsprozeß gebunden wie im NS-Deutschland, aber die nationalistische Übernahme alter Vorurteile gipfelten eben auch in der Sowjetunion und anderen Ostblockländern in Pogromen, Erschiessungen und Vertreibungen: der Ärzteprozeß unter Stalin, der Slansky-Prozeß in der CSSR, der Rausschmiß der Juden aus Polen, überall Arbeitsverbote und Parteiausschlüsse, ganz zu schweigen davon, daß sich viele kommunistische PartisanInnen im Krieg geweigert haben, mit jüdischen KämpferInnen an einer Seite zu kämpfen. Anhand des Slansky-Prozesses 1952 und der Ärzteverschwörung ist gut zu ersehen, wie der instrumentelle, machtorientierte Umgang, vor allem des Diktators Stalin, mit dem Antisemitismus vor sich ging. Erst wurden die jüdischen Menschen für die Revolution und später für den Krieg gebraucht, dann sind wohl eher Verschwörer vonnöten gewesen: die, denen der Prozeß der nichts mehr mit Revolution am Hut hatte, angelastet werden konnte; die, die eh schon verfolgt waren; die, die angeblich die Fäden ziehen. Aber da man antifaschistisch war, hieß es nicht "die Juden", sondern die Zionisten, die seit jeher die Konkurrenten um die Massen in Rußland waren, und die Kosmopoliten, die als Verkörperung der Bedrohung der russisch-vaterländischen Revolution durchs internationale Kapital denunziert wurden. Damit waren neue Vorurteile an die alten Bilder über Juden geknüpft worden. Die Folge war offener Antisemitismus, verschleiert als Antizionismus.

"'Die diskriminierenden Maßnahmen nehmen unter dem Vorwand, die Juden seien in der tschechoslowakischen Nation ein Fremdkörper, da sie sich als Kosmopoliten und Zionisten in dunklen Schiebungs- und Spionageaffairen kompromittiert hätten, weiter zu.(...) Nach einem Untersuchungsverfahren, das mehr als zwei Jahre dauerte, wurde der Slansky-Prozeß am 20. November 1952 eröffnet. Die Anklageschrift bediente sich einer etwas anderen Terminologie. Zunächst stellte sie fest, daß von vierzehn Angeklagten elf *Bürgersöhne jüdischer Herkunft* seien. Einer der drei nicht-jüdischen Komplizen, Karel Svab, stammte aus einer *Arbeiterfamilie* (lies: Arier) und bekannte sich am nächsten Tag vor den Schranken des Gerichtes schuldig: 'Ich habe verhindert, daß all diese Männer entlarvt wurden. Rudolf Slansky, der diese ganzen Aktivitäten leitete (...), Bedrich Geminder, Kosmopolit und bürgerlich-jüdischer Nationalist, Arthur London, bürgerlich-jüdischer Nationalist, Trotzkist und Spion, Otto Fischl, bürgerlich-jüdischer Nationalist und Agent des imperialistischen Staates Israel (...), André Simon-Katz, bürgerlich-jüdischer Nationalist und Spion (...)

Man muß nur einen Augenblick an die Themen und Geständnisse denken, derer man sich 1951/52 nicht bediente, über die Akten, die, wie alle Akten der Welt, nur darauf warten, eines Tages ihren Zweck zu erfüllen, über die Protokolle, in denen auf Befehl der Moskauer Regie bestimmt wurde, das Ana Pauker Jüdin sei und also Zionistin, daß Marschall Tito Zionist sei und folglich Jude, daß schließlich sogar die KP Frankreichs..." (Leon Poliakov, s.o. S. 63-66)...und bald auch die Tipperin.

Wenn der Genosse iks sagt, warum der Zionismus nicht bekämpft werden soll - er wäre doch reaktionär -, so übersieht die oberflächliche Vorgehensweise, wie der Begriff "Zionismus" von Vielen gefüllt wird, wie sehr die Brutalität der Geschichte jüdischen Menschen ebenso Sachzwänge aufdrückte und wie wichtig Ideologiekritik ist. Diese bestimmt immer wieder, was die Menschen wann denken, und das entscheidet, ob "Revolution" ein neues Herrschaftsmodell ist (sein wird) oder die radikale Negation dessen, was ist.



Stellungnahme des kurdisch-irakischen Genossen Iks

1.) Unter Einfluß der KP Irak haben die jüdischen KommunistInnen die "Liga zur Bekämpfung des Zionismus gegründet. Ein Ziel dieser Organisation war: "Bekämpfung des Zionismus und Entlarven seiner Aktivitäten und Ziele unter dem irakischen Volk, insbesondere unter den Juden und Jüdinnen.... (Liga zur Bekämpfung des Zionismus im Irak 1945-46, D. Abdel Latif Al-Rawey, S. 23).

2. Der Vorsitzende dieser Organisation - Jusif Haron Zalche - hat ein Buch veröffentlicht: Der Zionismus ist der Feind der Araber und der Juden. Er bearbeitete folgende Themen:

Das jüdische Problem ist untrennbarer Teil des gesellschaftlichen Problems. Hier meint er z.B., daß das jüdische Problem in den Ländern aufgekommen ist, in denen die herrschende Klasse bedroht gewesen ist und in denen sie mit Terror, Unterdrückung, Folter usw. gegen die Massen vorgegangen ist. Diese Herrschenden haben die Juden als Sündenbock benutzt und sie als unschuldige Opfer getötet. Auf diese Gemetzel gründeten sie ihre Herrschaft.

Ein Beispiel dafür sind die Pogrome im zaristischen Rußland. "Was wir über Rußland geschrieben haben, paßt zu Nazideutschland. Als die deutschen Kapitalisten vom Untergang bedroht wurden, da sozialistische Ideen aufkamen, hat die herrschende Klasse mit Unterstützung von Kapitalisten aus anderen Ländern zum Mittel der Unterdrückung der Juden gegriffen. Sie haben alles "Böse und Schlechte" auf die Juden projiziert und verbreitet, daß die Juden den Krieg verursacht hätten, für die Niederlage Deutschlands und die Arbeitslosigkeit verantwortlich wären. Dadurch und durch den Rest der Nazi-Propaganda konnten sie das deutsche Volk betrügen. Was der russische Zar und die deutschen Nazis (und Mussolini und die japanischen Faschisten) mit den Juden gemacht hatten - die Unterdrückung der Juden und Jüdinnen - ,war für einen britischen Kolonialisten und Schriftsteller ein Zeichen für soziale Unruhen, Kriege und Mängel an sozialer Gerechtigkeit.

2.) Die Zionisten behaupten, daß sie "die Juden in der ganzen Welt vertreten". Deswegen sagen wir, daß, wer die Begriffe "Jude" und "Zionist" vermischt, realitär den Zionisten und somit den Kolonialisten in die Hände spielt.

3.)Diese Organisation ist verboten worden. Sie wurde von arabischen Nationalisten als "zionistische" Organisation betrachtet.

4.) Die Juden im Irak haben die Einwanderung nach Israel abgelehnt. Sie sagten, der Terror der Herrschenden könnte sie nicht zwingen, ihr Land zu verlassen. Aber die Regierung hat sie ausgebürgert, zwangsweise in ein Flugzeug gesetzt und jenseits der Grenzen ausgeflogen. Außerdem übergab sie ihre Akten dem Mossad. Natürlich lehnten die jüdischen Kommunisten dies ab, mußten aber zwischen 1949 und 1955 das Land verlassen.

5.) Die Zeitung der Liga Nr. 1 vom April '46 betrachtete den Zionismus als Ausdruck für das Klasseninteresse der jüdischen Kapitalisten in England, den USA, ... und als "rassistische, chauvinistische Bewegung, die für das Interesse der Imperialisten und seiner Monopole arbeitet (aus einem Brief des Sekretärs der Liga - er saß 13 Jahre im Gefängnis).

6.) Die irakische Regierung hat verboten, Versammlungen für Palästina durchzuführen - und sie hat die Liga verboten. Sie ließ das Gewerkschaftszentrum besetzen, damit die Arbeiter sich nicht versammeln konnten - und sie haben es erlaubt und unterstützt, daß Angriffe auf Juden und Jüdinnen durchgeführt wurden. Z.B. wurden sie mit brennbaren Sachen angegriffen.

7.) Der erste irakische Märtyrer für Palästina war ein jüdischer Kommunist. Er hieß Schaul Tuayk und wurde 1946 bei einer Demonstration vor der britischen Botschaft in Bagdad ermordet.

8.)Warum also sollte nicht gegen den Zionismus gekämpft werden, wenn er doch eine "rassistische, chauvinistische" Ideologie ist? Wie die Baath-Ideologie, wie jeder andere nationalistische Dreck - kurdischer, deutscher, arabischer? Ich werde nie (z.B.) einen islamischen, kurdischen, arabischen oder jüdischen Kalender verkaufen, sondern Kalender von jüdischen, irakischen, deutschen KommunistInnen. Ich habe nichts mit irgendeinem religiösen oder nationalistischen Dreck zu tun!

9.) Aber trotz allem kann ich <u>eure Empörung und Kritik</u> als Resultat von Auschwitz verstehen, als Ergebnis des besonderen Wahnsinns von Auschwitz und deutscher Verrücktheit.

Wir sind mit Imperialisten, Faschisten, Zionisten, arabischen reaktionären Regimes konfrontiert. Deswegen betrachten wir sie wie eine Kette, in der sie miteinander verbunden sind, direkt oder indirekt. Auf jeden Fall möchte ich gern von euch mehr dazu hören.

Was mich wunderte, ist eure bewußte Ablenkung vom Kampf der KommunistInnen gegen den Antisemitismus. Hier einige Beispiele:

Genosse Lenin schrieb: "Nicht die Juden sind die Feinde der Werktätigen. Die Feinde der Arbeiter sind die Kapitalisten aller Länder. Unter den Juden gibt es Arbeiter, Werktätige: sie bilden die Mehrheit. Was die Unterdrückung durch das Kapital anbelangt, sind sie unsere Brüder, im Kampf für den Sozialismus sind sie unsere Genossen. Unter den Juden gibt es Kulaken, Ausbeuter, Kapitalisten; wie es unter den Russen, wie es sie unter allen Nationen gibt. Die Kapitalisten sind bemüht, zwischen den Arbeitern verschiedenen Glaubens, verschiedener Nationen, verschiedener Rassen Feindschaft zu säen und zu schüren. (...) Schande über den verfluchten Zarismus, der die Juden gequält und verfolgt hat. Schmach und Schande über den, der Feindschaft gegen die Juden, Haß gegen andere Nationen sät.

Es lebe das brüderliche Vertrauen und das Kampfbündnis der Arbeiter aller Nationen im Kampf für den Sturz des Kapitals! (Lenin, Reden 1919, Werke 29, S. 239f.).

Antwort auf eine Anfrage der jüdischen Telegraphenagentur aus den USA:

Hiermit beantworte ich ihre Anfrage. Der National- und Rassenchauvinismus ist ein Überrest der menschenfeindlichen Sitten aus der Periode des Kannibalismus. Der Antisemitismus als extreme Form des Rassenchauvinismus ist der gefährlichste Überrest des Kannibalismus.

Der Antisemitismus dient den Ausbeutern als Blitzableiter, der die Schläge der Werktätigen vom Kapitalismus ablenken soll. Der Antisemitismus ist eine Gefahr für die Werktätigen, denn er ist ein Irrweg, der sie vom rechten Weg abbringt und sie in den Dschungel führt. Darum sind die Kommunisten als konsequente Internationalisten unversöhnliche und geschworene Feinde des Antisemitismus.

In der UdSSR wird der Antisemitismus als eine der Sowjetordnung zutiefst feindliche Erscheinung vom Gesetz aufs strengste verfolgt. <u>Aktive Antisemiten werden nach den Gesetzen der UdSSR mit dem Tode bestraft. (Stalin, Über den Antisemitismus, 1931, Werke 13, S. 26).</u>

Das Streben der herrschenden Klassen, die Aufmerksamkeit der werktätigen Massen durch den Antisemitismus von den wahren Schuldigen an ihrer elenden Lage abzulenken und vom revolutionären Kampf zurückzuhalten, macht es allen kommunistischen Parteien zur Pflicht, einen entschiedenen energischen Kampf gegen den Antisemitismus zu führen und in ihren Losungen die unbedingte Beseitigung jeglicher restlichen Beschränkungen für die jüdische Bevölkerung und die Sicherstellung ihrer freien kulturellen Entwicklung zu fordern (Resolution des V. Weltkongress der KI über die Nationale Frage in Mitteleuropa und auf dem Balkan", Inprekor Nr. 134, 1924, S. 1776).

Wer die linken palästinensischen Zeitschriften liest, dem wird die widersprüchliche Position zum irakischen Regime deutlich.

Dieser Widerspruch ist ein Beweis für die national-chauvinistische und antisemitische Politik dieser Kräfte, die zu verurteilen ist. - Warum?

Diese Meinung wird jetzt anhand von Zitaten belegt.

Vor dem Golfkrieg wurde das irakische Regime als faschistische Diktatur bezeichnet, die vom amerikanischen und zionistischen Lager abhängig ist (Al Hadaf, S. 39, Nr. 904 v. 20.3.88).

In Al Hadaf Nr. 794, S. 53 vom 18.11.88 wird zum Boykott des irakischen Arbat-Festes aufgerufen. Dieser Aufruf wurde von mehr als 100 arabischen Schriftstellern, Forschern, Journalisten und Künstlern unterschrieben, die das irakische Regime als faschistische Diktatur bezeichnen.

Auf der Kulturseite der Nr. 746 vom 12.11.84 wird unter dem Titel "menschliche Umarmung und faschistischer Schrecken" ein Artikel über den Irak veröffentlicht.

Im zweiten Golfkrieg hat sich die Position der palästinensischen Linken verändert. Sie steht hinter dem irakischen Regime und rechtfertigt das durch dessen antisemitische Propaganda.

Dafür folgende Beispiele:

A. Ein irakischer "Hosat" (Gesangsart) im Rhythmus der "Hussein"-Raketen:

...und dein Name ist Symbol für Babylon (1)
für jeden kriegsgefangenen Juden
ruf: "Maukeb Straße", wieviel darauf getötet wurden, frag ihre Geschichte. Was haben wir diese Tage gemacht?
Das ist irakischer Boden, und du bist sein Wächter (2),
du bist das Symbol der Geschichte und Begründer ihrer Lehre

(1), (2), gemeint ist jedes Mal Saddam Hussein

Aus al Horia, Organ der DFLP, S. 56, 3.3.91, ein Gedicht von Tayrub Said.

B. Auf dem Fest zur Erinnerung an die Gründung der DFLP am 22.2.91 wurden die Bilder von Saddam, Naif Hawatma und König Hussein nebeneinander aufgehängt. (gleiche Quelle, S. 36).
C. Eine Parole während des Golfkriegs lautete: "Saddam, unser Liebling, bombardiere, bombardiere Tel Aviv". (gleiche Quelle, S. 36).
D. Eine Erklärung der DFLP vom 23.2.91: "Die Völker der islamischen Welt sind voller Hoffnung und Erwartung für die islamische Republik Iran und rufen ihre Führer und ihr herrliches Volk auf, den Irak und seine tapfere Armee zu unterstützen". (gleiche Quelle, S. 5)
E. Am 24.9.90 hat der irakische Präsident Saddam Hussein den Genossen Naif Hawatma und seine Delegation empfangen. Der Genosse Hawatma betont die Solidarität des palästinensischen Volkees mit dem irakischen Volk. (Al Hourriah, 30.9.90, S. 5)
F. "... Die irakische Reaktion, die Bombardierung zionistischer Ziele, bringt den Inhalt des Golfkriegs zum Ausdruck:
Ein Krieg zwischen der NATO und Israel auf der einen und dem irakischen Volk und der arabischen Nation auf anderen Seite". (Al Hourriah, 21.1.91, S. 16)
G. Ein Bild von Naif Hawatma und dem Scheich der Vereinigten Arabischen Emirate (in Al Hourriah, 28.5.89, S. 13)
Es wird über den Besuch des DFLP-Führers in den Emiraten berichtet, wobei sich die gleichen Interessen mit Scheich Said ibn Tahnun al Nhayom zeigen, die politischen Ziele der Intifada zu erreichen.
H. Abu Ali Mustafa, Mitglied des Politbüros der DFLP, sagte:
"Der Irak ist die strategische Tiefe für unseren palästinensischen nationalen Befreiungskampf". (Al Hadaf, Nr. 1021, S. 9)
I. Habasch besucht Bagdad und führt Gespräche mit Saddam, Tarik Asis und Jassim Ramadan. (gleiche Quelle)
J. Meiner Meinung nach sind die Scheichs der Emirate Vorposten der imperialistischen Mächte in der Region, genauso wie die Regierungen von Israel, Irak, Jordanien, Ägypren und Saudi-Arabien.
Zu eurer Information - es sind seit Jahrzehnten in den Emiraten, Bahrain und Saudi-Arabien amerikanische und britische Truppen und Geheimdienst stationiert.
Gespräche mit Vertretern dieser Staaten haben einen reaktionären nationalistischen Charakter.
K. Ein Interview von Fuad Matar mit Habasch, dem Führer der PFLP. Auf die Frage zu seiner Meinung über die Baath-Partei antwortet er: "Es hat Treffen mit Michel Aflaq (Gründer der Baath-Partei) gegeben. Ich habe die Initiative ergriffen, ihn zu treffen. Wir hatten für ihn Achtung und Liebe. Seine Erklärung beeinflußte uns, und wir fühlten seine Treue für die Sache". (S. 32 im Buch von Fuad Matar: Arzt der Revolution - Lebenslauf des George Habasch).
Mohsen Ibrahim, einer der ehemaligen Führer der "arabisch nationalistischen Bewegung", hat in seinem Buch "Warum eine sozialistische Organisation", das die arabisch-nationalistische Bewegung beurteilt, diese als faschistisch und reaktionär bezeichnet.

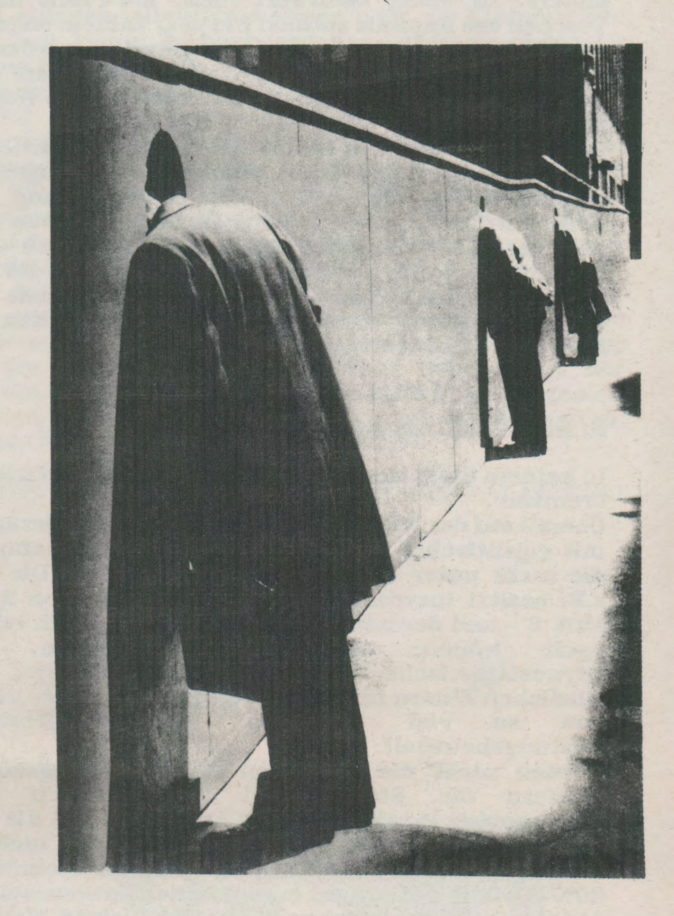
Erklärung der Palästina-Gruppe Bremen

"Das Embargo ist die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln!"

Diesen Titel gaben wir einer Veranstaltung, die wir mit verschiedenen Menschen aus dem Irak am 4. Dezember in der Mensa der Hft-Bremen machen wollten. Ein Ziel der Veranstaltung sollte sein, die Desinformationspolitik der Medien hier zu durchbrechen und authentische Informationen über die Situation im Irak zu bekommen.
Wir wollten diese Veranstaltung trotz unserer Kritik am irakischen Regime durchführen. Diese Kritik darf u.E. nicht dazu führen, einen von den Metropolenländern geführten Krieg (als dessen Fortführung wir das Embargo begreifen) gegen das "3. Welt-Land" Irak ideologisch zu rechtfertigen.
Wir sehen im Irak ein diktatorisches Regime, das sich im Innern brutal und repressiv verhält und nach außen versucht, sich eine gewisse Souveränität zu behaupten und seinen politischen Einfluß in der Region auszubauen. Dies führt zum Konflikt mit den imperialistischen Mächten, die eine starke, von ihnen unabhängige Macht - gerade im Osten - nicht dulden wollen.
Von irakischen Kurden in der BRD wurden wir mit einer anderen Auffassung konfrontiert. Für sie ist der Staat faschistisch und alle Menschen, die im Irak bestimmte Positionen oder Ämter innehaben, vertreten das faschistische Regime und seine Politik. Aus diesem Verständnis heraus wollten sie die Veranstaltung be- bzw. verhindern. Dem ASTA der Hft, der die Räume zur Verfügung gestellt hatte, wurden nicht näher benannte Maßnahmen zur Verhinderung der Veranstaltung angekündigt bzw. angedroht. Er kündigte uns daraufhin die Räume.
Wir haben zu den irakischen Kurden Kontakt aufgenommen, als wir von ihrer Einstellung und den Drohungen erfuhren. Doch außer der pauschalen Aussage, daß der Irak ein faschistischer Staat sei, konnten sie zu keinem der von uns eingeladenen Iraker etwas negatives vorbringen. Bei der Einladung dieser Delegation haben wir auf die Einschätzung eines palästinensischen Freundes vertraut, und wir gehen nach wie vor davon aus, daß es sich bei ihnen um integre Personen handelt. Deshalb verurteilen wir die Art und Weise, wie von den irakischen Kurden vorgegangen wurde. Es ist bedauerlich, daß es nicht auf der Veranstaltung zu einer Diskussion über die kontroversen Meinungen gekommen ist.
Doch auch für uns stellt sich die Frage in Bezug auf diese Veranstaltung: Können wir eine Informationsveranstaltung zu einem Land machen, die zwar von einem objektiv anti-imperialistischen Ansatz bestimmt wird, die dabei aber die innergesellschaftlichen Widersprüche dieses Landes nicht oder nur wenig berücksichtigt? Uns schien die Veranstaltung gerade aber in einem Moment wichtig, wo viele von uns mit Fragen des anti-rassistischen und anti-faschistischen Widerstandes sowie mit den Auswirkungen von 500 Jahren Kolonialismus beschäftigt sind. Denn was mit dem Golfkrieg im Januar 1991 begann und sich letztendlich mit dem Embargo gegen die Bevölkerung des Iraks fortsetzt, ist eine seit Jahrhunderten andauernde (Kolonial-)Politik, die die Kontrolle und Ausbeutung der Länder der "Dritten Welt" zum Ziel hat. So ist z.B. die arabische Region schon seit mehr als 700 Jahren europäischen Eroberungs- und Vernichtungsfeldzügen ausgesetzt.
Den reichen westlichen Ländern gelang es 3/4 der Menschen kolonial zu unterwerfen. Die Methode des "Teile und Herrsche" wurde auch bei der Gründung moderner Nationalstaaten benutzt, indem ethnische Widersprüche durch koloniale Grenzziehung und der Bevorzugung bestimmter ethnischer Gruppen geschürt wurden.
Diese Politik der Destabilisierung betreiben z.B. Länder wie Israel und Südafrika sehr "erfolgreich". So führte Israel mehrere Kriege gegen die arabischen Nachbarländer und betreibt eine massive Vertreibungspolitik am palästinensischen Volk. Südafrika unterdrückt und mordet die schwarze Bevölkerung des Landes und unterstützt faschistische Banden, wie die RENAMO in Mozambique.
Es findet ein fortwährender ökonomischer Krieg der reichen, imperialistischen Länder gegen die Länder der "Dritten Welt" statt. Die Instrumente (wie Weltbank, IWF, G7-Treffen, GATT) für diesen mörderischen Krieg, der gerade jetzt dazu führt, daß über 30 Mio. Menschen im südlichen Afrika akut vom Hungertod bedroht sind, erscheinen westlich "vernünftig". In dieser "Vernunft" steckt jedoch nichts anderes, als die Raserei nach Profit und ein durch und durch zerstörerisches und lebensfeindliches Wirtschaftssystem.
Diejenigen Länder der "Dritten Welt" (wie Chile, unter Allende, Kuba, Vietnam, Nicaragua, Libyen, Angola, Simbabwe), die sich dieser Logik entziehen wollen, werden und wurden mit allen Mitteln an einer eigenständigen Entwicklung gehindert. Der Krieg ist eines dieser Mittel.
So geschah es auch mit dem Irak. Wurde dieser noch für den Krieg gegen den Iran mit militärisch-technischem Know-How von der BRD, Frankreich, England, den USA und der SU ausgerüstet, um einen ihnen genehmen und von ihnen gewollten und geschürten Krieg zu führen, so wurde er fallengelassen, sobald er ein gewisses Machtpotential besaß, das er zur souveränen Entwicklung nutzen wollte.
Dieser Krieg war absolut vermeidbar, doch er wurde von den USA gewollt, von langer Hand vorbereitet und mit Menschenverachtung durchgesetzt. Die Legitimation dieses Krieges war gekennzeichnet durch Verdrehungen, Lügen, Halbwahrheiten.
Das gewaltsam aufrechterhaltene Gefälle zwischen der Metropole und der "3. Welt" wird ideologisch zur Kluft zwischen "Zivilisation" und "Barbarei", zwischen "Gut" und "Böse", "überlebenswert" und "lebensunwert" verklärt.
So hat in Bezug auf Jugoslawien die Medienmaschine das Bild vom "bösen Serben" durchgesetzt, denn die BRD-Großmachtpolitik zielt auf die Integration von Slowenien und Kroatien in den Binnenmarkt.
Der kurdische Befreiungskampf unter der Führung der PKK gegen "unseren" NATO-Partner Türkei ist "böse" (Terrorismus). "Gut" ist dagegen der kurdische Unabhängigkeitskampf im Norden des Irak - weil eben der Irak "böse" ist. Aus gleichem Grund "gut" sind die vom Iran unterstützten schiitischen Partisanen im Süd-Irak. Nicht "gut" sind dagegen die vom Iran unterstützten schiitischen Partisanen im Libanon, weil sie gegen Israel sind, welches "sehr gut" ist.

Kolonialismus lebt vom "Teile und Herrsche" - das gilt heute wie vor 500 Jahren. Es gibt gegenwärtig weltweit zwei parallel laufende Prozesse mit entgegengesetzten Richtungen. Der eine spielt sich auf der nördlichen Halbkugel ab, der andere auf der südlichen. Beide Prozesse sind von den reichen, imperialistischen Ländern inszeniert. Die Tendenz im Norden geht in Richtung Konsolidierung (Errichtung von Wirtschaftsblöcken und Zentralisierung der Machtmaschinerie), die Tendenz im Süden in Richtung Zersplitterung (Kantonisierung, wie z.B. im Libanon oder jetzt auch in Jugoslawien), Konkurrenz, innere Zersetzung.
Da, wo es um Ausbeutung und Zerstörung der Länder der "Dritten Welt" durch die Metropole geht, muß unsere Solidarität mit ihnen bedingungslos sein. Erst auf dieser Grundlage der Überwindung (linken) Metropolenchauvinismus wird der Weg frei für kritisch-solidarische Auseinandersetzungen mit den politischen Kräften dieser Länder. In diesem Sinne sollte die Veranstaltung einen Beitrag leisten.

Palästina Gruppe Bremen, Januar 1993



KAPITAL UND KRISE IN EUROPA

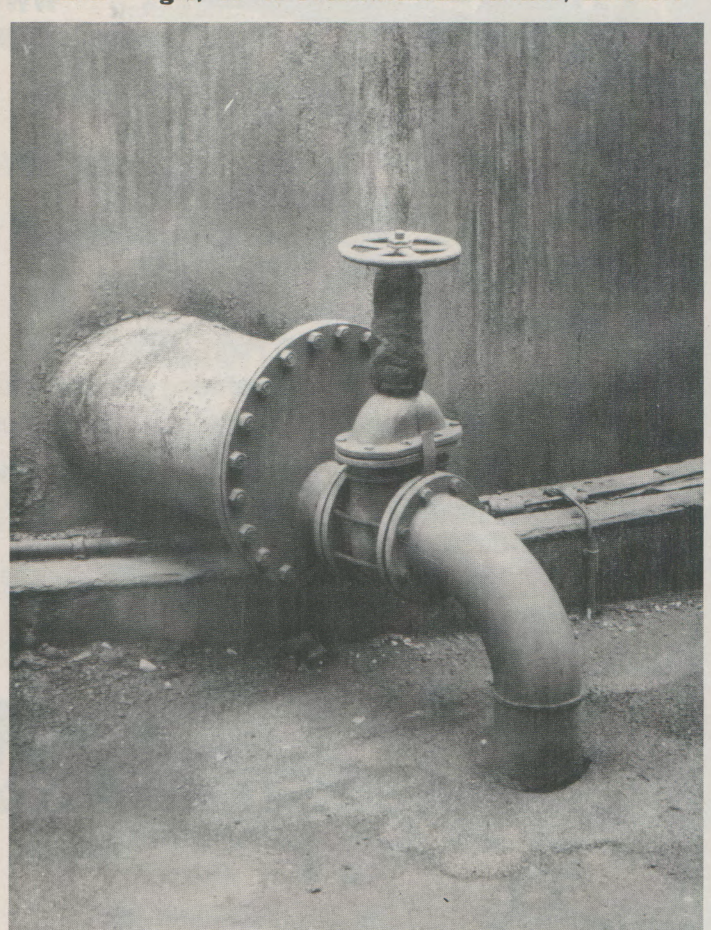
Freitag, den 5.2.93 fand an der Uni eine Veranstaltung mit Res Strehle, Autor des Buches "Kapital und Krise - Einführung in die politische Ökonomie" statt.
Das Thema kreiste sozusagen um die Neuordnungspläne der EG und darum, warum es sie gibt, kurz: EG und Krise.
Der Vortrag wird hier "nacherzählt". Zuerst kommt etwas dazu, wie der Begriff der "Krise" überhaupt benutzt wird; dann wird etwas zu den Symptomen der Krise in der EG gesagt und zum Schluß dann, wie die Planungsinstanzen der EG versuchen, die Krise zu überwinden.

A. Der Krisenbegriff

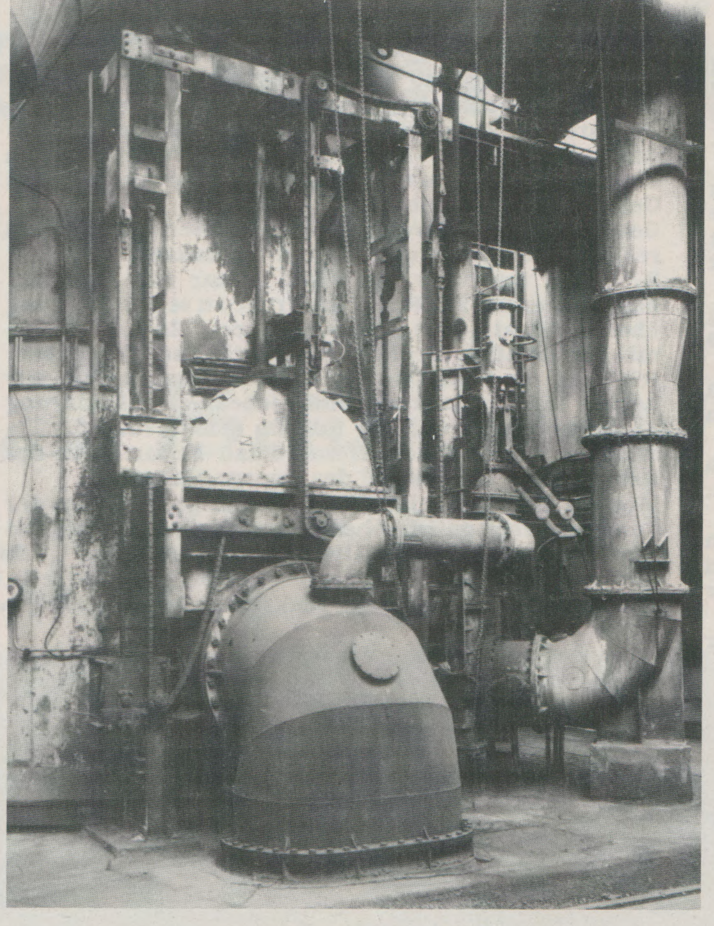
Seit '74/'75 befindet sich die Weltökonomie - und damit auch die europäische - in einer Krise, obwohl die bürgerliche Wirtschaftswissenschaft als auch die Wirtschaftsteile der bürgerlichen Zeitungen es tunlichst vermeiden, davon zu reden. Der Begriff "Krise" unterliegt einem absoluten Tabu; stattdessen heißt es bei kurzfristigen Einbrüchen der Ökonomie "Rezession", bei längerfristigen "Depression".
Im Kern handelt es sich bei der nun schon fast zwanzigjährigen Krise darum, daß die Verwertungsbedingungen zu schlecht sind, oder anders: zu wenig Mehrwert fließt als Profit in die Taschen des Kapitals zurück. Ein paar Zahlen: ungefähr die Hälfte der umlaufenden Finanzmittel werden als Lohn ausgegeben, etwa ein Viertel "requiriert" der Staat und nur das restliche Viertel fließt zum Kapital zurück.
Das ist zu wenig - im Sinne des Kapitals natürlich.
Andererseits ist die Krise aber auch als Angriff zu verstehen, als Moment der Restrukturierung. Die Krise wird dazu zu dem Versuch benutzt, neue (und bessere) Verwertungsbedingungen herzustellen - sie ist auch als Waffe des Kapitals zu verstehen, die sich gegen die vielfältigen Formen des Widerstands und der Verweigerung richtet und so die Produktion von Mehrwert behindert.

B. Die Symptome der Krise

In keinem Staat der Welt sind die Haushaltsdefizite zu bremsen
Überall auf der Welt haben die nationalen Regierungen mit gigantischen Staatsverschuldungen zu kämpfen, die nicht unter Kontrolle zu bringen sind. Die USA z.B. besitzt inzwischen eine Staatsschuld von 3.000 Mrd. $ - und der neue Präsident Clinton plant, relativ noch höhere Anleihen aufzunehmen, um keynesianistische Programme zu finanzieren. Die jährlichen Zinsen für die Staatsschuld betragen schon fast so viel wie der gesamte jährliche Rüstungshaushalt.
Werden nicht die absoluten Zahlen herangezogen, sondern die Staatsschuld im Vergleich zum Bruttosozialprodukt (BSR), so zeigt sich, daß die USA eigentlich im internationalen Vergleich gar nicht so schlecht dasteht. Bei ihr beträgt die Staatsschuld ca. 60% des BSR, bei einigen europäischen Nationalstaaten dagegen beträgt sie schon über 100% (Irland, Belgien, Skandinavien).
Dazu kommen manchmal ganz andere Schwierigkeiten: in Italien z.B. wird geschätzt, daß die organisierte Kriminalität (die Mafia) schon mit ca. 15% zum BSR beiträgt und daß sie mit gewaschenem Geld die Staatsschuld mitfinanziert, indem sie ihr Geld dann legal in Staatsanleihen anlegt.
Auch Japan ist keine Ausnahme, dort beträgt die Verschuldung mittlerweile auch schon 55% des BSR, mit steigender Tendenz.
Es ist also festzuhalten, daß nach 50 Jahren keynesianistischer Wirtschaftsplanung und -steuerung alle nationalen Regierungen vor dem gleichen Problem einer aus dem Ruder laufenden Staatsverschuldung stehen - egal, ob es sozialdemokratisches, liberales



spanisches Kapital



englisches Kapital

oder konservatives Krisenmanagement auf je nationaler Ebene gab.

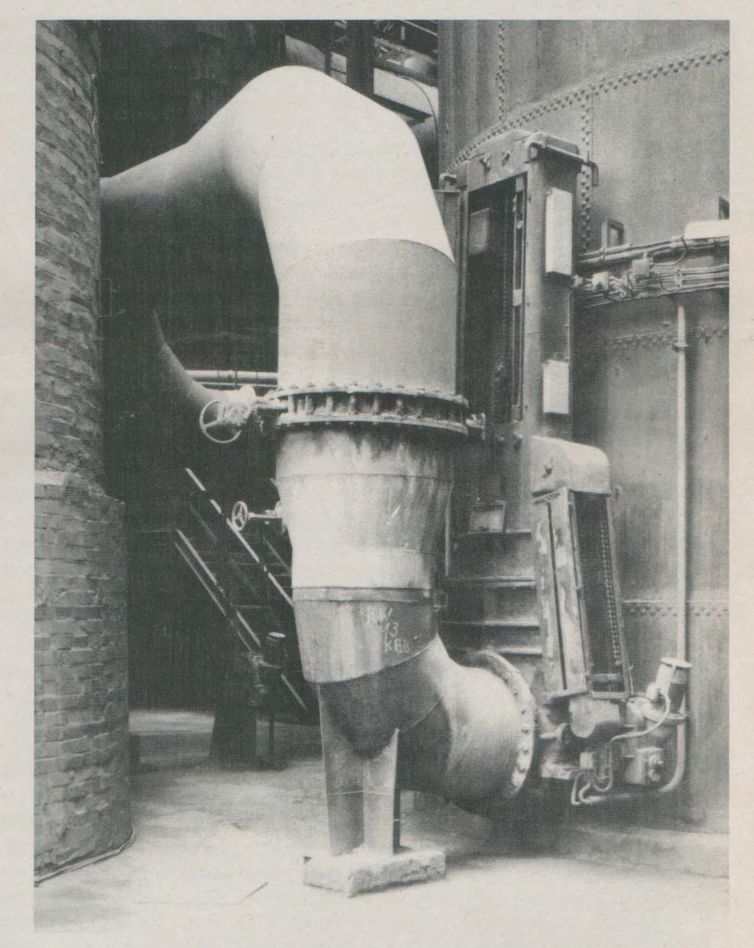
Überall steigt die Inflation
Dadurch, daß so gut wie überall die Geldmenge ausgeweitet wurde, um den Konsum anzukurbeln - und daß dem aber nirgends eine entsprechende Warenmenge zum Kauf entgegenstand (denn die Produktion befindet sich ja in der Krise), stieg überall die Inflation. Ein ziemlich genaues Zeichen für die Verwertungsbedingungen des Kapitals: je höher die Inflation ist, desto schlechter die Verwertungsbedingungen; was im Umkehrschluß auch heißt, daß überall da, wo fast dreistellige Inflationsraten zu beobachten sind, sich Regionen befindet, die das Kapital veröden läßt, da es sich von dort zurückzieht.

Konkurse und absolut "miese" Profitraten nehmen überhand
Die Anzahl der Konkurse steigt und steigt und steigt, selbst Banken werden inzwischen in den Sog des Zusammenbruchs gezogen. In den USA muß der Staat riesige finanzielle Mittel aufwenden, um den Kollaps des Bankensystems abzuwenden.
Dazu gibt es ganze Wirtschaftszweige (was nichts neues ist), die kurz vor dem Zusammenbruch stehen: die Stahlindustrie und die Werften sind schon lange marode, neuerdings aber gerät die gesamte Auto- und Unterhaltungselektronikindustrie in die roten Zahlen.
In diesen Branchen wird zuviel produziert: die Massenproduktion erfordert immens hohe Stückzahlen, um Mehrwert hecken zu können, und dafür gibt es einfach keinen Markt mehr. Das gilt insbesondere für Autos und Unterhaltung, verblüffenderweise aber auch für die Nahrungsmittelindustrie.
Die multinationalen Konzerne setzen deshalb schon länger auf "suchtmittelunterstützten" Konsum, d.h. sie versetzen ihre Produkte mit Zucker oder süchtigmachenden Zuckerersatzstoffen, oder sie verkaufen gleich Alkohol oder Coca Cola, setzen auf Kaffee, Tee oder was auch immer (und auch das Autofahren wird ja heutzutage immer eher etwas, was nichts mit Alltag, sondern viel eher mit Sucht zu tun hat); in der Unterhaltungselektronik wirkt sich das als Wachstum bei Computerspielen aus, die immer mehr in Kinderhände geraten usw. usf.
Der "suchtmittelunterstützte" Konsum bleibt ein Mittel in den Händen der Produzierenden, ihre Produkte ohne tatsächliches Bedürfnis nach ihnen trotzdem abzusetzen...
Aber die Tendenz, daß in den geschilderten Wirtschaftszweigen weniger Mehrwert erzeugt wird, läßt sich dadurch nicht umkehren.

der weltweite Protektionismus steigt
Fast sieht es so aus, als ob sich die Geschichte als Farce wiederholt: dem immer internationaler operierenden Kapital stehen immer undurchlässigere nationale Grenzen gegenüber. So wollen die Nationalstaaten versuchen, sich dem Diktat des weltweiten Wertgesetzes zu entziehen, was natürlich Quatsch ist, da es nicht funktioniert.
(Aber genau deshalb werden die Pläne forciert, die Grenzen auszuweiten und supranationale Abschottung zu praktizieren: EG, Nordamerika, Südostasien, selbst Sub-Zentren sind in Planung: der Merco Sur in Süd-Lateinamerika, der Andenpakt in Nord-Lateinamerika; Griechenland, die Türkei und die neuen Süd-Staaten der alten UdSSR planen einen Wirtschaftspakt).
Allerdings ist der Protektionismus trotzdem real ein Problem und weitet sich fast zu regelrechten Handelskriegen aus. Ein Beispiel dafür waren die US-Strafzölle auf Stahl-Importe aus der EG, da die EG nicht bereit war, aus den USA Ölsaaten zu kaufen, die zu Sojaöl verarbeitet werden (die EG wollte ihre eigenen Ressourcen nutzen: Öl aus Raps usw.)

Es findet eine massive Zunahme "externer Kosten" statt
Unter "externen" Kosten sind diejenigen Kosten zu verstehen, die statt dem Einzelunternehmen in der Endabrechnung der "Öffentlichkeit" angeschrieben werden. Dazu nur ein kleines Beispiel: In der Schweiz werden jährlich 16 Mrd. Franken für Öko-Schäden ausgegeben (hat irgend jemand kluges mal ausgerechnet); davon trägt der Staat 4 Mrd., das Kapital bringt gerade 1 Mrd. auf und die restlichen 11 Mrd. sind halt "externe" Kosten.
Es sind aber nicht nur die Folgekosten ökologischen Raubbaus und der Umweltverschmutzung, die hier zählen. Dazu kommen die überall steigenden Kosten im Gesundheitswesen, die teilweise eine direkte Folge der Externalisierung der Kosten sind (Hoechst braucht halt die Kosten der Krebserkrankungen seiner ArbeiterInnen nicht zu bezahlen), dazu kommen ebenfalls die steigenden Kosten für Arbeitslosigkeit.
Es findet zwar gerade eine ideologische Offensive für mehr "Umwelt" statt, an der sich auch das Kapital beteiligt, aber es geht kein Weg daran vorbei, daß jedes Einzelunternehmen, daß betriebswirtschaftlich kalkuliert, eben versuchen muß, einen Großteil seiner Kosten zu externalisieren, da es sonst unweigerlich durch die strengen Gesetze des Werts vernichtet werden wird.

In allen Ländern steigen die Zinsen
Steigen die Zinsen, ist das ein Zeichen für schlechte Verwertungsbedingungen des Industriekapitals - inzwischen kommen 50% der Mehrwertmasse aus Spekulationsgeschäften und "Finanzinnovationen", und natürlich muß diese Masse an Profit ebenfalls von der Industrie aufgebracht werden, da Spekulation und Zinsgeschäfte nicht wertschöpfend sind.
Hohe Zinsen bedingen einen Kreislauf, da immer mehr produktives Kapital zu Spekulationskapital wird, während gleichzeitig Kredite teurer werden, die die Produktion ankurbeln sollen; ganz abgesehen davon, daß auch der Privatkonsum zurückgeht, wenn die Kredite teurer werden (was jeder und jede beobachten kann, wenn die Zinsen für die Überziehung des Girokontos steigen).



deutsches Kapital

Die geschilderten Symptome sind zwar je national unterschiedlich ausgeprägt, trotzdem aber gibt es keine einzige Nation, die nicht unter ihnen leidet. Und die Symptome sind nicht neu, sondern zurückdatierbar bis 1974.

C. Die neue EG

Die Staaten der EG planen, die Krise zu überwinden und zu nutzen für die Formierung einer neuen europäischen Hegemonialmacht.
Diese ist allerdings nicht zu denken als Zusammenschluß aller der Staaten, die bis jetzt die EG bilden, oder bis jetzt Aufnahmeanträge gestellt haben. Im folgenden werden 4 Punkte geschildert, die eine neue EG "erfüllen" müßte, sollte sie sich als Hegemonialmacht bilden wollen.
Das ganze wird geschildert aus der Perspektive des Kapitals; es sind also "nur" Pläne, die gleich in Worte gefaßt werden. Logischerweise kommt in den Plänen Widerstand nicht vor - also wird auch nicht eine zukünftige Wirklichkeit geschildert. Wie weit die Pläne sich realisieren lassen, liegt an "uns", an allen also, denen diese Pläne überhaupt nicht gefallen ...

Es muß ein europäisches Weltgeld geben
Ab dem 1.1.1999 ist eine gemeinsame EG-Währung projektiert. Alles, was bisher dazu geleistet wurde, ist allerdings sang- und klanglos schiefgegangen: die fiktive Währungseinheit der EG, der ECU, hat auf dem internationalen und europäischen Geldmarkt absolut keinen Einfluß.

.... Kapital und Krise in Europa .....

Wie die Währung ab 1999 aussehen wird, steht noch in den Sternen; ob es ein gefestigter ECU sein wird oder eine von der deutschen Bundesbank dominierte Euro-Mark oder ganz etwas anderes - entweder gibt's noch keine Planungen oder es sind noch keine an die Öffentlichkeit geraten.

Was es auf jeden Fall gibt, sind Vorgaben dafür, welches europäische Land unter welchen Bedingungen dieser Währungsunion beitreten darf, und da wird's schon interessant. Diese Bedingungen - im Ökonomie-Slang "Konditionalitäten" - sind von den sattsam bekannten IWF-Konditionen für Trikont-Länder nicht zu unterscheiden.

Sie besagen u.a.

+ die jährliche Neuverschuldung darf 3% des jeweiligen Haushalts nicht übersteigen
+ die Gesamtverschuldung darf 60% des BSR's nicht übersteigen

Werden diese Kriterien zugrunde gelegt, zeichnen sich schon die Konturen ab, wie die zukünftige EG aussehen wird, denn bis 1999 werden Italien, Belgien, Irland, Griechenland und die skandinavischen Länder diese Bedingungen nie und nimmer erfüllen.

Weiterhin fordern die Konditionalitäten

+ die Inflation darf nicht höher als 1,5% als die drei niedrigsten Inflationen innerhalb der jetzigen EG sein
+ (diese Bedingung zugrunde gelegt, fallen Spanien, Portugal und die Niederlande auch noch raus)
+ die Zinsen dürfen nicht höher als 2% als die drei niedrigsten Zinssätze innerhalb der jetzigen EG sein
+ der Wechselkurs der jeweiligen Nationalwährung muß 1997 und 1998 über 2 Jahre stabil sein, d.h. es darf in dieser Zeit keine Abwertung geben
+ (schon in diesem und letzten Jahr ist die europäische Währungsschlange atomisiert worden: das englische Pfund ist gar nicht dabei, und selbst der französische Franc steht unter Druck)

Aus diesen Bedingungen ist zweierlei ersichtlich:
Erstens können sie von den jeweiligen nationalen Regimes dazu benutzt werden, sich aus der Schußlinie zu nehmen: sie können die Schuld an der Verelendung auf supranationale EG-Instanzen schieben und sich selbst als unter Zwang Handelnde darstellen. Ein Mechanismus, den schon viele Regimes aus Trikont-Ländern nutzten, indem sie die IWF-Bedingungen dazu nutzten, das durchzusetzen, was sie eh selbst vorhatten.

Zweitens ergibt sich daraus ungefähr das, was wohl später als der Kern der neuen EG anzusehen ist.

Im Zentrum werden sich auf nationaler Ebene Deutschland und Frankreich befinden, konzentrisch daran anschließend Spanien, Österreich, die Schweiz und Norditalien, im Norden die Niederlande und eventuell Dänemark. Der Rest Europas wird Peripherie. Allerdings ist festzustellen, daß die "reichen Regionen Europas" gar nicht mehr mit nationalen Grenzen beschreibbar sind: der Kern der EG wird wohl eher die geographische Verbindung der Wohlstandsinseln sein - von Slowenien über Österreich, Süddeutschland und Norditalien, über die Schweiz bis nach Katalonien erstreckt sich schon heute eine "Banane" von Wohlstandszonen mit Hi-Tech-Industrie. Außerhalb davon existieren noch ein paar Inseln in Belgien, den Niederlanden und um Edinburgh in Schottland.

Großbritannien wird gar nicht erst mitmachen (obwohl es europäischer Vorreiter in Sachen sozialer Deregulierung war und ist).

Der Zugriff auf Rohstoffe muß gesichert sein

Wie das geschieht, militärisch oder "friedlich", ist relativ egal, aber auf beiden Ebenen baut die EG vor. Handelspolitisch existiert schon ein Instrumentarium mit den sogenannten Lomè-Verträgen. In ihnen wird der Import von Rohstoffen aus den ehemaligen europäischen Kolonien geregelt, zu Konditionen, deren Nutznießer nur die EG-Staaten sind. Es gibt keine Preisbindung für Rohstoffe, das, was vertraglich abgemacht ist, ist ein minimales Preisniveau. Aber wenn das unterschritten wird, zahlt die EG nicht etwa den in den Verträgen abgemachten Preis, sondern gewährt über die Differenz zwischen realem Preis und dem niedrigstem, im Vertrag erwähnten Preis ein Darlehen (das wiederum bestimmt nicht aus rein humanen Erwägungen gewährt wird - wie das läuft, ist ja aus dem Gebaren von IWF und Weltbank bekannt).

Auf militärischer Ebene zeichnet sich im Moment eine binationale Militärstruktur ab, die sich langsam aus den NATO-Strukturen löst. In Frankreich wird schon eine "out of area"- Sondereinsatztruppe für Einsätze außerhalb der NATO aufgebaut, die aber schnell in die WEU (Westeuropäische Union) integrierbar ist.

Das genau sind die Pläne: EG-Truppen außerhalb der NATO-Strukturen.

Die ganze Diskussion um Blauhelm-Einsätze der Bundeswehr, und ihr tatsächlicher Einsatz in Somalia haben nur diesen einen Sinn: Vorbereitung und Schmackhaftmachung einer europäischen Armee mit deutscher Beteiligung.

Organisation einer internationalen Ausbeutungskaskade

Schon heute beträgt das Lohngefälle von den Kernstaaten der EG zu ihrer europäischen Peripherie 1 : 3. In den nächsten konzentrischen Kreisen um die EG herum (Nordafrika, Türkei) sind die Löhne schon zehn Mal niedriger, und zur trikontinentalen Peripherie beträgt das Verhältnis mehr als 1 : 30.

Dieses Gefälle muß aufrecht erhalten werden, wenn die EG Hegemonialmacht werden will. Die Planungen dafür - Zonierung verschiedener geographischer Räume, die nach Lohngefälle und Ausbeutungsintensität vorgenommen wird - laufen verstärkt wieder im Kieler Institut für Weltwirtschaft: dort wurde schon für die Nazis die Großraumwirtschaft geplant.

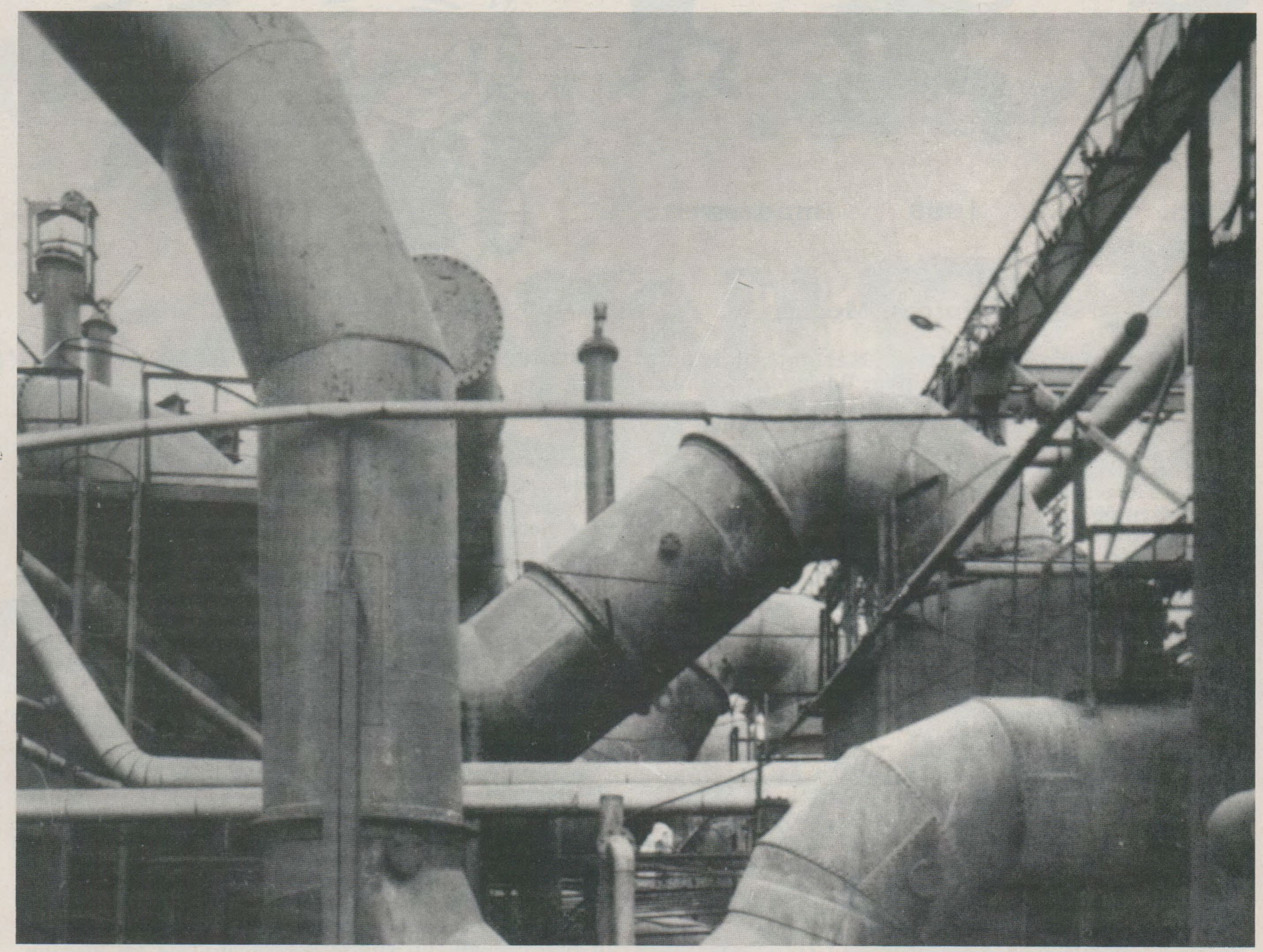
Aber es geht nicht nur um Zonierung. Durch dieses riesige Lohngefälle ist die Bildung einer internationalen homogenen ArbeiterInnenschaft unmöglich, da - logischerweise - je nach Geschlecht und Lohnhöhe die ArbeiterInnen ein unterschiedliches Bewußtsein besitzen, und da die Höhe des Lohns fast immer entlang ethnischer Grenzen verläuft.

In der Kernzone der zukünftigen EG könnte sich folgende Zonierung ergeben:
Über Spanien (und Portugal) läuft die Produktionskette nach Lateinamerika, besonders zu den dortigen freien Produktionszonen;
über Frankreich und Spanien wird Nordafrika angebunden;
über die Niederlande könnten die "alten" Verbindungen nach Indonesien genutzt werden;
und über Österreich (!) wird der gesamte osteuropäische Raum an die EG angeschlossen, wobei in Osteuropa schon heute der Krieg darum tobt, wer überhaupt Peripherie für die EG sein darf. (Serbien gehört ganz klar ersichtlich nicht dazu...).

Schaffung eines "strukturell unterlegten Konsensus"

Die EG wird nicht "funktionieren", wenn die dort lebenden Menschen die angestrebte Hegemonie nicht unterstützen. D.h., es braucht ein sozusagen europäisches Bewußtsein.

Die jetzige Koordinierung der Flüchtlingspolitik europaweit ist so ein Beispiel, wie real und ideologisch eine Einheit hergestellt wird, in der die Grenzen an die geographischen Begrenzungen Süd- , West- und Mitteleuropas verlegt werden.



italienisches Kapital

Der Krieg in Jugoslawien, in dem die christliche Bevölkerung des ehemaligen Nord-Jugoslawiens gegen andere Religionen unterstützt wird, geht aufs beste parallel mit der Wiederentdeckung des christlichen Abendlandes (das in Sevilla auf der Weltausstellung überschwenglich gefeiert wurde) - und die verlogene Empörung, daß in Europa überhaupt noch ein Krieg möglich ist, dient den gleichen Zwecken.

Inzwischen gibt es regelrechte Euro-Kulturprogramme (in der Schweiz wird ein Großteil der kritischen FilmemacherInnen heutzutage aus Töpfen aus Brüssel finanziert: kein Wunder, daß sie inzwischen die EG anhimmeln). Euro-City, Euro-Disneyland, Euro-Cops im Fernsehen, überall begegnet allen Europa als ideologisches Konstrukt.

Selbst die wie Frühlingskrokusse aus dem Boden sprießenden Lichterketten in Deutschland lassen sich so interpretieren; als Abgrenzung vom dumpfen Rassismus, der durch den "Rassismus der Wohlanständigkeit" (europaweit) ersetzt werden soll. Brennende Kerzen helfen keinem Roma und keiner Sinti, die abgeschoben werden sollen, aber sie machen den Deutschen und ganz Europa klar, daß es einer netten Flüchtlingspolitik bedarf, die in Schengen schon längst ausgearbeitet wurde ...

Ein interessantes Beispiel für die Herstellung einer europäischen Identität sind die Kriminalitätsstatistiken des BKA, in den ItalienerInnen oder SpanierInnen in keinster Weise mehr als auffällig gekennzeichnet werden: in den Statistiken explodiert stattdessen die Kriminalität derer, die von den Grenzen der zukünftigen EG gekommen sind - z.B. kommen laut Statistik auf 1.000 RumänInnen sage und schreibe 1.050 (!) Tatverdächtige).

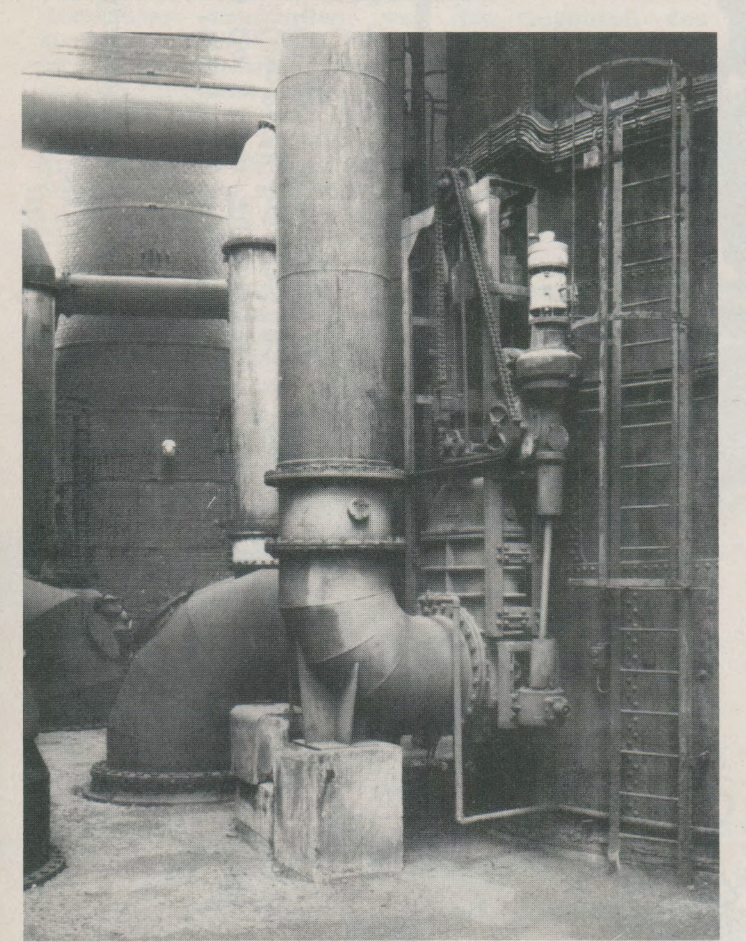
Ein anderes Beispiel für die Schweiz zeigt, daß selbst vor nationalen Heiligtümern nicht Halt gemacht wird: in einer konservativen Schweizer Zeitung erschien letztens die durchaus ernstgemeinte Schlagzeile "War Wilhelm Tell nicht doch Europäer?"

Und ein weiteres, nicht so witziges Beispiel aus der Schweiz, das auch für hier aktuell ist:
In Zürich wurde die Drogenszene von den Bullen in den Stadtteil vertrieben, in dem sich die Linke und die Alternativen bevorzugt niedergelassen haben. Bis weit in die Linke hinein wird dort schon eine Verbindung zwischen "Ausländern" und Drogenhandel konstruiert, die sich aus rassistischem Bewußtsein speist und schon in Form von Zeitungsartikeln bis in linke Zeitungen vorgedrungen ist.

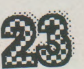
(Die Renaissance nationalistischer Bewegungen in manchen Regionen widerspricht diesem angestrebten europäischen Bewußtsein nicht: zumeist tritt Nationalismus in den (neuen) Ländern auf, die sowieso nicht zum zukünftigen EG-Großraum gehören sollen oder in solchen, die sich selbst zum imperialistischen Subzentrum aufschwingen und sich der Ausbeutungskaskade entziehen wollen, wie z.B. Serbien).

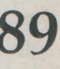
So weit die Schilderung der Krisensymptome und der Maßnahmen, die innerhalb der EG dagegen auf der Tagesordnung stehen.

Wie sich dagegen zu wehren ist, und inwieweit die Schilderungen tatsächlich der Realität entsprechen, bleibt einer weiteren Diskussion vorbehalten.



französisches Kapital



23.5. - 2.6. 1993 Bundesweite Aktionstage

Gegen Rassismus in den Medien

Wir schlagen für die Zeit vom 23. Mai bis 2. Juni 1993 bundesweite Aktionstage gegen Rassismus in den Medien vor. Das Ziel sind Aktionen, die den Rassismus in den (und durch die) Medien offensiv angehen und damit versuchen, den Blick auf den gegenwärtigen bundesrepublikanischen Rassismus zurechtzurücken.
Einige Thesen zur Rolle der Medien:
1. Medien übernehmen eine entscheidende Rolle bei der Formulierung und Übermittlung rassistischer Stereotype. Medien vermitteln den Anschein, "Wirklichkeit" authentisch abzubilden. Dieser Anspruch der Medien verschleiert nur zu leicht, daß die mediale "Wirklichkeit" entsprechend gefiltert und konstruiert ist. Dabei beschränkt sich der mediale Diskurs nicht nur darauf bestehende Rassismen aufzunehmen und zu verbreiten, sondern er produziert zugleich aktiv rassistische Schlagworte und Argumentationsfiguren.
2. Bürgerliche Medien pflegen einen Verlautbarungsjournalismus, der sich hauptsächlich auf Statements von "offizieller" Seite, wie zum Beispiel Äußerungen von PolitikerInnen oder Polizeiberichte, bezieht. Dabei werden rassistische Äußerungen und Stereotype entweder ungeprüft übernommen oder zustimmend kommentiert, jedenfalls aber kaum jemals kritisch hinterfragt: Der Begriff "massenhafter Asylmißbrauch" wurde so zur medialen "Wirklichkeit".
3. Über antirassistische und antifaschistische Aktionen berichten die allermeisten Medien entweder verfälschend oder sie verschweigen sie ganz. In ihren Berichten setzen sie über das Schlagwort der "Gewalt" von rinks und lechts Angriffe von Neo-Nazis mit der notwendigen Verteidigung dagegen gleich oder "verwechseln" beides ganz bewußt. Inhaltliche Positionen der AntirassistInnen und AntifaschistInnen werden jedenfalls konsequent totgeschwiegen.
4. Vor allem die audiovisuellen Medien schaffen gegenwärtig militanten FaschistInnen und RassistInnen eine Plattform zur Darstellung ihrer Ideologien, die so als zumindest diskussionsfähig erscheinen.
5. Dier Ereignisfixierung kapitalistischer Medien lenkt die Aufmerksamkeit auf die spektakulären Aktionen jugendkultureller Gruppen, beschreibt Rassismus allenfalls als Problem sozial deklassierter Randgruppen und trägt dadurch zur Entlastung der Täter ebenso bei wie zur fortgesetzten Ausklammerung von strukturellem und institutionellem Rassismus.
(...)
Die Aktionsvorschläge gehen von Leserbriefen, Flugblättern, Wandzeitungen, Podiumsdiskussionen, Besetzungen etc.
(...)
Organisatorisches:
In allen Bundesländern könnten bis Ende Februar regionale bzw. landesweite Koordinierungstreffen stattfinden. Für eine eventuelle bundesweite Koordinierung erscheinen den InitiatorInnen die BUKO-AG Rassismus, das Netzwerk Friedenskooperative oder das Kommitee für Grundrechte und Demokratie infragezukommen.
Der vollständige Artikel ist im Ordner bzw. in der INTERIM 223 nachzulesen.

Kontakt: Antifaschistisches Netzwerk, c/o AZ Marbach im Cafe Provinz, Cottaplatz 4, 7142 Marbach a.N., Tel.: 07144-16879, Fax: 07144-39195.
Buchtip: Schlagzeilen. Rostock: Rassismus in den Medien. Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung, Duisburg 1992. 16 Dm bei: DISS, Realschulstr. 51, 4100 Duisburg 1, Tel.: 0203-20249.

Organisatorisches

Das Nestbeschmutz wird immer noch in 7-8 wöchigen Abständen herausgegeben. Zur Verwirklichung dieses Vorhabens brauchen wir Geld. Wir denken da an reichlich Spenden, Erbschaften und sonstiges. Wer will, kann ein Förderabo für sich einrichten.
Wer das haben will, zahle Geld auf folgendes Konto:
Sparkasse Göttingen (BLZ: 260 500 01),
KontoNr.: 125200675
P.Geertz, Stichwort Nie Vergessen (N)
Ihr könnt uns jederzeit über unsere Postadresse erreichen:
Nestbeschmutz
c/o Buchladen Rote Str.
Rote Str. 10
3400 Göttingen



V.i.S.d.P.: Sabine Parrschläger, Am Stein 12, 34 Göttingen

Triple Oppression

Bundesweiter Kongreß in Halle vom 26.-28. März 1993

Ein Treffen basisdemokratischer, antirassistischer, feministischer, antikapitalistischer, radikalökologischer Gruppen und Einzelpersonen zum Thema "Triple Oppression".
Der theoretische Ansatz der "Triple Oppression" geht aus von der Kritik eines überkommenen Klassenbegriffs, der patriarchalisch vorgeprägt und dominiert ist und voller Rassismen steckt. Er behandelt die Bedeutung von Kapitalismus/Imperialismus, Patriarchat, Rassismen und den Zusammenhängen zwischen diesen drei relativ eigenständigen Unterdrückungssystemen.
Zur Vorbereitung wird die Lektüre des Aufsatzes "DREI ZU EINS-Klassenwiderspruch, Rassismus und Sexismus" von Klaus Viehmann u.a. in `Metropolen(gedanken) & Revolution, Texte zur Patriarchats-, Rassismus-, Internationalismusdiskussion`, ID-Archiv Berlin 1991.

Der Kongreß beginnt am Freitag, dem 26.3. um 19 Uhr mit einer Einführung in das Thema "Triple Oppression". Am Samstag geht es um 9.30 Uhr weiter im Plenum, danach Aufteilung der TeilnehmerInnen in AGs, am Abend sollen die Ergebnisse im Plenum zusammengetragen werden. Am Sonntag soll perspektivisch über den praktischen Nutzen der Ergebnisse diskutiert werden.
Anmeldungen für den Kongreß (wg. Übernachtung, Kinderbetreuung, Verpflegung) richtet bitte, möglichst schriftlich, an: Gerd Bedszent, Rixdorfer Str. 12, 1197 Berlin, Tel.: 030-9219445.

Libertäre Tage '93

"Wege zu einer anarchistischen Gesellschaft"

8.-12. April 1993 (Ostern), Universität Frankfurt/Main

Herrschaft muß in all ihren Erscheinungsformen (zum Beispiel Staatsherrschaft, Patriarchat, Sexismus, Antisemitismus, Ausbeutung durch Lohnarbeit...) öffentlich gemacht und bekämpft werden. Wir richten uns daher an alle Menschen, die mit uns Wege hin zu einer menschlicheren, libertären (freiheitlichen) Gesellschaft weiterentwickeln wollen. Während der Libertären Tage sollen praktische und theoretische Ansätze aufgezeigt werden, die Herrschaft abzubauen und zu einer anarchistischen (herrschaftsfreien) Gesellschaft führen.

Informationsmappe

In der Info-Mappe zu den Libertären Tagen 1993 sind die Zielsetzung, das Programm, der zeitliche Ablauf sowie organisatorisches enthalten. Schwerpunkt der Info-Mappe ist die nähere Beschreibung der einzelnen Arbeitsgruppen und Veranstaltungen, z.B. AG Herrschaftskritische Männer und das Patriarchat, um eine Auseinandersetzung mit den Themen im voraus zu ermöglichen.
Die Info-Mappe kostet 7.-, ab drei Exemplare 5.-.

Kontaktadresse: Libertäre Tage '93, c/o Dezentral, Sandweg 131a, W-6000 Frankfurt/M. 1
Tel.: 069-4909203, Fax.: 069-4940943 oder Tel.: 069-778185
Konto: T. Schupp LT '93), Postgiroamt Frankfurt, BLZ 50010060, Konto-Nr.: 560973-607

BUKO - Kongreß zu Antisemitismus: 13. Juni 1993



Regelmäßige Termine zur Information und Koordinierung:
So - Plenum um 19.30 Uhr
Di - Café (15.00-18.00 Uhr)
Mi - Volxküche um 19.00 Uhr
Do - Plenum um 19.30 Uhr

FLZ

8. März 1993
Internationaler Frauenkampftag
1. Mai:Demo in Berlin
!Nicht Vergessen!

Im Ordner abgepackt:

Von Phantomen und Penguinen... Anmerkungen zu dem Diskussionspapier zur autonomen Organisierung der Autonomen Antifa (M).
Mit Sonderbus in Sonderhaus - Keine Lagerunterbringung von Flüchtlingen. Anti-Rassismus-Büro Bremen.
Gegen Rassismus in den Medien. Vorschlag zu bundesweiten Aktionstagen vom 23.5.-2.6.1993.

